

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### zwölftes öffentliche Sitzung

Nr. 12

Donnerstag, den 24. April 1947

I. Band

Geschäftliches . . . . . Seite 314

Bemerkungen des Präsidenten zur Kritik an der vorübergehenden Abwesenheit von Abgeordneten während der Beratungen . . . . . 314

Geschäftliche Behandlung des Antrags der Abgeordneten Pischel und Genossen betreffend Entwurf einer Verordnung zur vorläufigen Regelung der Selbstverwaltung bei den leitenden Körperschaften der Sozialversicherung (Beilage 239). . . . . Überweisung an den Ausschuß für Sozialpolitik . . . . . 315

Interpellationen der Abgeordneten

1. Schefbeck und Genossen betreffend Verantwortlichkeit Bayerns für die Ernährungskrise in der britischen Zone (Beilage 222),
2. Stock, Albert, Dr. Huber und Genossen betreffend unsaubrliche Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten der britischen Besatzungszone gegen Bayern (Beilage 230).

In Verbindung damit:

1. Telegramm der Ortsverwaltung Selb der bayerischen Gewerkschaften betreffend die besonders gefährdete Lage im Gebiete von Selb,
2. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zur Besprechung der gegenwärtigen Ernährungskrise (Beilage 224) — mit Zusatzantrag der Abgeordneten Stock und Genossen,
3. sechs unten näher bezeichnete Anträge,
4. der vom Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen vorgeschlagene Aufruf an alle Erzeuger und Verbraucher.

R e d n e r:

Schefbeck (CSU) . . . . .	315
Dr. Huber (SPD) . . . . .	317
Kraus (CSU) [Berichterstatter] . . . . .	317
Staatsminister Dr. Baumgartner . . . . .	318
Staatsminister Dr. Born . . . . .	328
Stock (SPD) . . . . .	330

Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen (Beilage 224) sowie über den Zusatzantrag der Abgeordneten Stock und Genossen . . . . .

Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1947 I. Bd. 12. Sitz. (Sch)

Seite

314

Seite

331

Dr. Hößner (SPD) . . . . . 331  
Dr. Linnert (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 331  
(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Lang (CSU) . . . . .	331
Kiene (SPD) . . . . .	332
Schmidt Gottlieb (WAP) . . . . .	337
Brunner (FDP) . . . . .	340
Plechl (CSU) . . . . .	342
Hagen Lorenz (SPD) . . . . .	342
Thaler (CSU) . . . . .	345
Stiller (FDP) . . . . .	346
Haußleiter (CSU) . . . . .	347
Dr. Horlacher (CSU) . . . . .	349
Schefbeck (CSU) . . . . .	349

Anträge der Abgeordneten

1. Stock und Genossen betreffend Vorbereitungen zur reiblosen Erfassung der neuen Ernte (Beilage 255)

Dr. Horlacher (CSU) . . . . .	350
Söhler (CSU) . . . . .	350

2. Stock und Genossen betreffend Steigerung des Ablieferungsvolls für landwirtschaftliche Produkte und Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften (Beilage 254)

Überweisung an den Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen . . . . . 350

3. Stock und Genossen betreffend Sicherungsmaßnahmen beim Druck der Lebensmittelkarten (Beilage 238) . . . . . 350

4. Stock und Genossen betreffend Entwässerung aller drainagfähigen Böden (Beilage 256).

Überweisung an den Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen . . . . . 350

5. Dr. Stang und Genossen betreffend Jagdausübung durch deutsche Jäger und Abschuß des Raubwildes (Beilage 253)

6. Dr. Linnert und Genossen betreffend Sicherstellung der Ernährung (Beilage 262). Überweisung an den Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen . . . . . 351

Aufruf des Landtags an alle Erzeuger und Verbraucher . . . . . 351

Fortsetzung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Wiedererrichtung von Ver-

<b>braucher=Genossenschaften — Konsumverein — (Beilage 104) — Erste und zweite Lesung.</b>	
Redner:	
Krempl (CSU) . . . . .	352
Drechsel (SPD) . . . . .	354
Räffer (CSU) . . . . .	357
<b>Persönliche Bemerkungen des Abgeordneten Hagn</b>	
Hans (CSU) . . . . .	359
<b>Desgleichen des Abgeordneten Op den Orth (SPD)</b>	359
<b>Desgleichen des Abgeordneten Dr. Kroll (CSU)</b>	362
<b>Antrag des stellv. Ministerpräsidenten Dr. Hoegner betreffend Austragung von Privatangelegenheiten der Mitglieder des Landtags vor dem Altestenrat</b>	363
<b>Persönliche Bemerkungen des Abgeordneten Scheibeck (CSU)</b>	363
<b>Desgleichen des Staatsministers Loritz</b>	363
<b>Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung</b>	363

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Theater am Brunnenhof stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 11 Minuten durch den Präsidenten Dr. Höxlacher eröffnet.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt sind wegen Krankheit die Abgeordneten Frau Deku, Fischer Friedrich, Dr. Franke, Hofmann, Roith. Dem Abgeordneten Brüschen habe ich aus gesundheitlichen Gründen einen 14 tägigen Urlaub erteilt. Das Haus nimmt davon Kenntnis. — Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Pittroff, Schmid Karl, Bachmann, Berger Ludwig, Laufer, Eder, Behrisch, Kraus und Almann; beurlaubt ist, wie ich schon bekanntgegeben habe, der Abgeordnete Dr. von Brittwitz und Gaffron.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, geben wir verschiedene Beobachtungen Veranlassung, ein paar Bemerkungen zu machen. Gestern ist draußen auf dem Gang wieder die Bemerkung gefallen, nachdem so viele Abgeordnete am Gang draußen sind, sei es für die Pressevertreter nicht notwendig, im Saale zu sein. Ich möchte demgegenüber folgendes feststellen: Ich bin durchaus dafür, daß auf allen Seiten Disziplin und Ordnung herrschen. So bin ich insbesondere dafür, daß das Parlament seine Sitzungen rechtzeitig beginnt. Ich bin auch dafür, daß das Kontrollorgan, wenn ich so sagen darf, die Presse, rechtzeitig anwesend ist. Es muß hier gewissermaßen ein Gegenseitigkeitsverhältnis bestehen. Wenn wir schon der Kritik ausgeetzt sind, dann nehmen wir auch für uns das Recht in Anspruch, das zu sagen, was wir für notwendig erachten. Das möchte ich jetzt tun. Es ist nicht so, als wenn hier im Hause keine Disziplin herrschen würde. Es war gestern so, daß bei den wichtigen Beratungen die Mehrzahl der Abgeordneten anwesend war. Es läßt sich bei der vielfachen Anspruchnahme der Abgeordneten gar nicht vermeiden, daß sie einmal auf den Gang hinausgehen, weil sie immer auch von Besuchern hinausgebeten werden.

(Sehr richtig!)

Die Herren müssen auch bedenken, daß die Abgeordneten während der Sitzungen auch eine Reihe anderer

Aufgaben zu erledigen haben. Es kommt noch hinzu, daß wir die Kritik sich doch nicht zu sehr ins Lächerliche verstellen lassen dürfen; denn die Verhältnisse sind doch so, daß wir hier in ernsten Beratungen stehen. Wenn ein Abgeordneter länger draußen ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß er kein Interesse an den Beratungen hat; sondern es ist meist so, daß er durch die Ausschußberatungen über die Verhältnisse in genügender Weise schon unterrichtet ist.

Es hat sich aber ergeben, daß ein großer Teil der Abgeordneten ohnehin anwesend war. Gestern haben wir länger getagt. Es sind noch die ganz wichtigen Debatten bezüglich der Konsumvereine geführt worden. Ich muß feststellen, daß ein großer Teil der Presse nach 5 Uhr weggegangen ist.

(Hört!)

Wenn wir uns schon gegenseitig kritisieren, nehmen wir uns als Abgeordnete auch das Recht dazu. Ich lege großen Wert auf eine vertrauliche Zusammenarbeit zwischen Parlament und Presse. Mir kommt es in erster Linie darauf an, daß die Presseberichterstattung der Bevölkerung das Wesentliche unserer Beratungen vermittelt.

Im „Main-Echo“ ist ein Artikel erschienen mit dem Titel: „Tendenz flau“. Ich möchte schon die Überschrift beanstanden. Unsere Zeit ist so ernst und traurig, daß wir jede überflüssige Sensation vermeiden sollten,

(sehr richtig!)

auch in den Überschriften. Der Landtag ist kein Börsunternehmen, wo es flau zugeht oder weniger flau oder lebhaft, sondern wir sind ein Beratungskörper, der sich mit Anträgen und Gesetzentwürfen sowohl des Hauses wie der Staatsregierung zu befassen hat. Hier heißt es dann weiter:

Die allgemeine politische Interesselosigkeit besteht nicht nur bei dem biederem Durchschnittsbürger, dem zwei Pfund Brot wichtiger sind als die hinreißendsten Landtagsreden, sondern auch bei jenen Personen, die kraft ihrer Stellung, Aufwandsentschädigung und verfassungsmäßigen Pflichten zum Interesse angehalten sind, den Abgeordneten.

(Zurufe: Unerhört!)

Niemand verkennt die Arbeitsleistung der Abgeordneten, die tausend zusätzlichen Schwierigkeiten, die der Ausübung der übernommenen Pflichten entgegenstehen; aber all diese Erscheinungen entschuldigen nicht die Tatsache, daß immer mehr und mehr die parlamentarischen Ausschüsse zusammentreten und wieder auseinandergehen, ohne daß ein Besluß gefasst werden konnte.

— Ich möchte dazu bemerken, daß diese Ausführungen zum großen Teil an der Wahrheit vorübergehen.

(Dr. Lacherbauer: War der Herr in den Ausschüssen?)

Es kommt hier und da einmal vor, daß auch wegen der vielfachen Anspruchnahme unserer Abgeordneten und der Reiseschwierigkeiten ein Ausschuß momentan nicht voll besetzt ist und daß es Schwierigkeiten gibt. Aber wer, wie ich als Präsident, das innere Getriebe des Parlaments überschauen kann mit all seiner Tätigkeit, muß konstatieren, daß es für den Präsidenten außerordentlich schwierig ist, die Termine festzulegen, die Ausschüsse anzusetzen. Ich muß dem Parlament öffentlich das Zeugnis ausstellen, daß

(Präsident)

es in seinen Ausschüssen die letzten Monate gearbeitet hat, was nur gearbeitet werden konnte.

(Sehr wahr! — Dr. Lachrbauer:

Wo war denn die Presse?)

Das festzustellen, gebietet die Ehrlichkeit. Wenn da und dort einmal eine Panne passiert: die kommt in jedem Betrieb vor. Hinzukommt, daß wir in Abbruch der allgemeinen Not teilweise unter ungewöhnlichen Verhältnissen tagen müssen.

(Sehr richtig!)

Für uns wie für die Presse — das betrifft uns gleichmäßig — gehört schon ein großes Maß von Überwindung dazu, ohne Pulte, ohne sich etwas notieren zu können, den Beratungen zu folgen.

Die Arbeit der Presse ist genau so erschwert wie die unsere. Gerade im Zeichen der jungen Demokratie sollen wir uns darum bemühen, das Gute der Demokratie herauszustellen, soweit es im Werden ist, und nicht immer nur negativ arbeiten. Wir müssen erst wieder den Abstand zu den Zeiten des Dritten Reiches gewinnen und manches in der Bevölkerung untermauern, was erst wieder gewissermaßen neu hergestellt werden muß, da gar keine Tradition besteht. Es ist ja vielfach so, daß viele unserer Leute in etwas vorge schrittenem Alter Abgeordnetentätigkeit übernehmen müssen, weil den jüngeren Jahrgängen die Tradition fehlt.

(sehr richtig!)

weil dazwischen die zwölf Jahre stehen. Wir bedauern es außerordentlich, daß gerade bei unserer Jugend diese Tradition fehlt. Deshalb ist es besonders die Aufgabe eines echten Demokraten, nicht überflüssige Kritik zu üben, damit nicht das Parlament in den Augen der Bevölkerung von Haus aus herabgesetzt wird. Mit überflüssiger Kritik leisten wir nur denen einen Dienst, die dem Nazireich angehört haben.

(Sehr richtig!)

Die Kritik geht unter dem Hohngelächter der versteckten und verkappten Nazis in unserem Lande vor sich. Das ist zu bedenken. Man kann nicht Dinge so aus dem Handgelenk betrachten und beurteilen; es gehört auch ein Stück Gewissen dazu.

Dazu kommt, daß die Lage durch die Not unserer Bevölkerung außerordentlich erschwert ist. Ich habe schon zum Ausdruck gebracht: Es ist notwendig — und das geht gewissermaßen auch an die Besatzungsmächte —, daß man der jungen Demokratie auch die Chance für ihre Entwicklung gibt, die sie braucht;

(sehr gut!)

denn eine Pflanze, besonders eine junge Pflanze, die nicht den nötigen Nährboden hat, geht rasch wieder zu Grunde. Deswegen ist es unsere Aufgabe, zusammenzustehen und zusammenzuhalten, das Gemeinsame zu betonen und so die Grundlagen für eine neue Demokratie zu schaffen. Das wollte ich sagen, nicht um Kritik zu üben, sondern um gewisse demokratische Grundsätze zum Ausdruck zu bringen.

Dem Haus ist der Entwurf einer Verordnung zur vorläufigen Regelung der Selbstverwaltung bei den leitenden Körperschaften, Organen der Sozialversicherung, von dem Abgeordneten Peschel zugegangen. Ich schlage dem Hause vor, ihn dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen. — Das Haus ist damit einverstanden.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Wir haben zunächst die beiden Interpellationen zu behandeln.

1. Interpellation der Abgeordneten Schebeck und Genossen betreffend Verantwortlichkeit Bayerns für die Ernährungskrise in der britischen Zone (Beilage 222).

Verbunden damit ist ein Telegramm der Ortsverwaltung der Bayerischen Gewerkschaft Selb — der Herr Landwirtschaftsminister war nicht anwesend; ich lese es deshalb nochmals vor —:

Angesichts der katastrophalen Ernährungslage Demonstrationen in Selb. 6500 Werk tätige erwarten vom Bayerischen Landtag, daß dieser sich mit der besonders gefährdeten Lage beschäftigt und für sofortige Abhilfe in unserem Gebiet Sorge trägt. Ortsverwaltung der Bayerischen Gewerkschaft Selb.

Weiter ist damit verbunden der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zur Besprechung der gegenwärtigen Ernährungskrise (Beilage 224), der Antrag der Abgeordneten Dr. Linnert und Genossen vom 23. April 1947 und eine Reihe von Anträgen der Sozialdemokratischen Partei.

Ich glaube, die Damen und Herren verzichten darauf, daß ich die Anträge verlese. Sie kommen im Laufe der Debatte zur Sprache. — Kollege Stock, bestehen Sie darauf, daß sie verlesen werden?

(Stock: Nein.)

Dann ist damit noch der Aufruf an alle Erzeuger und Verbraucher verbunden, der dem Bayerischen Landtag in einem Ausschußbesluß vorliegt.

Ich gebe zunächst dem Herrn Interpellanten das Wort. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Schebeck, seine Interpellation zu verlesen und zu begründen.

Schebeck (CSU): Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren! Eine Reihe meiner Parteifreunde und ich gestatten uns, hiermit an die bayerische Regierung folgende Anfrage zu richten:

Ist der Staatsregierung bekannt, daß bei den kürzlich stattgefundenen Demonstrationen in der britischen Zone für die dortige Ernährungskatastrophe hauptsächlich Bayern verantwortlich gemacht wurde? Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diese vollkommen falsche Auffassung richtig zu stellen? Ist der Staatsregierung bekannt, daß die Ernährungskatastrophe in der britischen Zone in Ursachen zu suchen ist, die einzige und allein in der britischen Zone selbst liegen?

Ist der Staatsregierung bekannt, daß Bayern in der Zuteilung und tatsächlichen Lieferung von Kohle und Eisenprodukten gegenüber den Ländern der britischen Zone schwer benachteiligt wird, und was gedenkt sie zu tun, um diesen Mißstand abzustellen?

Es wird nicht unbekannt sein, daß die kürzlich im Ruhrgebiet stattgefundenen Demonstrationen sich fast ausschließlich gegen Bayern richteten und daß Bayern hierbei in einer Weise geschmäht und beschimpft worden ist, die jeder Beschreibung spottet; daß dort planmäßig und systematisch eine gegen Bayern feindselige Stimmung, und zwar zum Teil aus parteipolitischen und Wahlgründen, erzeugt worden ist; daß vor allem für die dortige Ernährungskatastrophe Bayern

(Schefbeck [CSU])

verantwortlich gemacht wurde, weil es seine Lebensmittelieferungen dorthin nicht erfüllt habe. Wir Interpellanten sind jedoch der Ansicht, daß die schlechte Ernährungslage in der britischen Zone in erster Linie in Ursachen zu suchen ist, die in der britischen Zone selbst liegen. Bayern erzeuge z. B. nach dem Zusammenbruch an landwirtschaftlichen Produkten nur 20 Prozent weniger als 1939; die britische Zone aber erzeugt angeblich, sage und schreibe, 45 Prozent weniger als 1939. Die britische Zone erzeugte im Jahre 1938 an Fett 160 000 Tonnen Butter, und heute behauptet sie, nur mehr 90 000 Tonnen Butter erzeugen zu können. Woher soll denn dieser krasse Unterschied in der Erzeugungshöhe in Bayern und den Ländern der britischen Zone vor und nach dem Zusammenbruch kommen? Wahrheit scheint auch zu sein, daß die Erfassungsmethoden in der britischen Zone nicht derart streng durchgeführt werden wie in Bayern.

(Sehr wahr!)

In Bayern steht schon fast hinter jeder Kuh ein Kontrollbeamter; in der britischen Zone aber wird die Erfassung, wie berichtet wird, viel laxer gehandhabt. Dabei bin ich aber so objektiv, anzuerkennen, daß auch in Bayern im Hinblick auf die Erfassung noch manches verbessert werden könnte.

(Sehr richtig!)

Auch wird behauptet, daß in der britischen Zone fast die Hälfte der Bevölkerung Schwer- und Schwerarbeiterzulagen erhält, im Gegensatz zu den Ländern der amerikanischen Zone.

(Zuruf: Wer behauptet das?)

— Es wird behauptet, Kartoffeln sollen im Ruhrgebiet vor allem fehlen, nicht weil Bayern nicht genügend liefert, sondern weil die Länder der britischen Zone selbst ihren Lieferungen in das Rhein- und Ruhrgebiet nicht nachgekommen sind. Das Land Niedersachsen soll allein mit 1 200 000 Tonnen Kartoffellieferungen in das Rhein- und Ruhrgebiet im Rückstand sein. Bayern erzeugt monatlich ca. 4 000 Tonnen Butter; es soll im ganzen monatlich mit seinem eigenen Verbrauch 7 000 Tonnen abliefern.

Und wenn sich die britische Zone darüber beschwert, daß Bayern zu wenig Nahrungsmittel liefere, so können wir uns mit gleicher Berechtigung darüber beschweren, daß wir von dort zu wenig Kohle und Eisenprodukte erhalten. Die Zuteilungen an Kohle und Eisen, die Bayern zugewiesen werden, stehen tatsächlich zum größten Teil auf dem Papier. Die volle Zuteilungsmenge ist noch nie geliefert worden. Im März z. B. sind wiederum nur 65 Prozent der zugeteilten Kohlenmenge geliefert worden. An Energiekohlen, d. h. Kohlen für die Elektrizitätswerke und Gasanstalten, wurden Bayern für diesen Winter 211 000 Tonnen zugeteilt; tatsächlich wurden aber nur 137 000 Tonnen geliefert also wieder nur 65 Prozent. 74 000 Tonnen wurden überhaupt nicht geliefert.

Und jetzt, meine Damen und Herren, kommt das Schönste: Die zugeteilte Kohlenmenge, die bis Ende eines Monats nicht nach Bayern geliefert worden ist, wird einfach für verfallen erklärt und gestrichen; bei den Lebensmittelieferungen aber, die Bayern in die britische Zone zu machen hat, wird dieses Verfallsystem nicht angewendet. Bayern muß die Lebensmittel nachliefern. Was hat man nun für eine Ausrede für die mangelhaften Kohlenlieferungen? Man behauptet, es

fehlt an Frachtraum. Diese Begründung klingt sehr eigenartig, wenn man weiß, daß in der letzten Märzwoche allein 40 000 Tonnen sogenannter Aschenkohle nach Bayern transportiert worden sind. Diese Aschenkohle ist ein minderwertiger Kohlenschlamm, der 70 Prozent Wasser enthält. Sie ist aber frei verkäuflich. Darum wird sie transportiert, während für die sonstigen zugeteilten Steinkohlen nach Bayern angeblich kein Frachtraum vorhanden ist. Dieser Aschendreck ist in Garmisch-Partenkirchen um 4 M der Zentner verkauft worden. Die Ruhrzechen machen eben damit ihr Geschäft. (Zuruf: Freie Wirtschaft!)

Es muß aufgeklärt werden, ob hier nicht eine bewußte Sabotage zum Schaden Süddeutschlands und Bayerns vorliegt.

(Zuruf: Wer ist dafür verantwortlich?)

Der Vorwurf muß den obersten Stellen gemacht werden, die eine solche Verwendung des Frachtraums zulassen.

(Dr. Linnert: Keine deutsche Behörde!)

Es wird behauptet, daß viele Schiffe an der Ruhr leer lagern, ohne beladen zu werden, und niemand weiß, warum keine Beladung erfolgt.

Auf einen weiteren Umstand erlaube ich mir hinzuweisen. Der bergwerkseigene Verbrauch betrug in der Vorkriegszeit in der britischen Zone 8 Prozent der jährlichen Fördermenge, heute ca. 19 Prozent. Dieser Zehnselfverbrauch im Ruhrgebiet beträgt täglich, sage und schreibe, nicht weniger als 40 000 Tonnen, eine Menge, deren sachliche Berechtigung niemand mehr ernstlich vertreten kann. Man kann wohl die begründete Vermutung aussprechen, daß mit diesen ungeheuren Mengen Kohlen Schwarzhandels- und Schiebergeschäfte schlimmster Sorte betrieben werden.

Auf dem Gebiet der Belieferung Bayerns mit Eisenproduktion liegen die Dinge ähnlich wie bei der Kohle. Auch hier werden die zugeteilten Eisenslieferungen in keiner Weise erfüllt. Im Jahre 1946 betrugen die trotz Zuteilung an Bayern nicht gelieferten Eisenmengen rund 48 000 Tonnen Eisen, 100 Tonnen Nägel und 400 Tonnen Draht, zusammen also 48 500 Tonnen. Ferner wird auch behauptet, daß die gesamte Eisenproduktion der bayerischen Maghütte in Höhe von 12 000 Tonnen Eisen vollständig an die französische Zone geliefert werden müßte, während Bayern in Minden immer auf seine eigene Produktion an Eisen verwiesen wird.

Vielleicht ist die Staatsregierung in der Lage, hierzu nähere Aufklärung zu geben. Diese wenigen aufgeführten Tatsachen werden Ihnen, meine Damen und Herren, bewiesen haben, wie unbegründet die gegen Bayern erhobenen Vorwürfe sind, ja, daß es vielfach das Recht Bayerns ist, anzuklagen.

Die Interpellation bezweckt, der bayerischen Staatsregierung Gelegenheit zu geben, vor dem Bayerischen Landtag als dem hierzu wohl berufensten Forum die Angriffe gegen Bayern zurückzuweisen, den bayerischen Standpunkt gegenüber der Öffentlichkeit klarzulegen und dem Landtag als der Vertretung des bayerischen Volkes zu erklären, was sie zu tun gedenkt, um das so geschmähte Ansehen Bayerns wiederherzustellen und in Zukunft die Benachteiligung Bayerns in der tatsächlichen Belieferung mit Kohle und Eisen abzustellen.

(Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Zur Begründung der damit verbundenen sozialdemokratischen Interpellation ertheile ich Herrn Dr. Huber das Wort.

**Dr. Huber (SPD):** Meine Damen und Herren, meine verehrten Kollegen! Unsere Fraktion hat folgende Interpellation eingebbracht:

In der letzten Zeit sind in steigendem Maße unfreundliche Äußerungen von Seiten maßgebender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und von Regierungsmitgliedern der britischen Besatzungszone gegen Bayern zu verzeichnen, welche geeignet sind, das gute Einvernehmen zu stören und insbesondere falsche Vorstellungen über die Wirtschafts- und Ernährungslage in Bayern hervorzurufen und zu stärken.

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diese Vorwürfe in würdiger und wirksamer Form zurückzuweisen und Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse zu schaffen?

Die Interpellation braucht eigentlich wenig Begründung. Mein Vorrredner, Kollege Scheibbeck, hat schon Verchiedenes ausgeführt, dem ich mich ohne weiteres anschließen kann. Es ist bei uns in Deutschland leider Gottes so, daß in schwierigen Zeiten immer ein Sünderbock gesucht wird; einmal sind es die Marxisten, dann die Juden, dann der Parlamentarismus und dann die Demokratie. Immer wird irgend jemand gesucht, der für alle Schwierigkeiten verantwortlich sein soll und den man deswegen beschimpfen will, weil er die gesunde Entwicklung sabotiert. Wir befürchten, in der britischen Zone macht sich langsam eine so unfreundliche Stimmung breit, daß dadurch der Zusammenhalt und das Zusammenarbeiten, was doch von uns aus innerhalb Deutschlands gewünscht wird, auf das ernsteste gefährdet wird. Aus diesem Grunde haben wir die Staatsregierung gebeten, Auskunft zu geben, was sie zu tun gedenkt, um die Einwohner der britischen Zone darüber aufzuklären, was in Bayern vor sich geht, was uns möglich ist, was wir tun können und was uns beim besten Willen unmöglich ist.

**Präsident:** Verbunden mit den Interpellationen ist der Mündliche Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen zur Besprechung der gegenwärtigen Ernährungskrise.

Ich gebe dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Kraus, das Wort. Herr Kollege, Sie dürfen nicht Ihre eigenen Anschauungen zum Ausdruck bringen, sondern sollen nur über den Verlauf der Ausschusssitzung Bericht erstatten.

**Kraus (CSU) [Berichterstatter]:** Der Ausschuß stand im Barne der Ernährungskrise. Ich kann nicht den ganzen Bericht über die Ausschusssitzung hier vorlesen, sonst würde ich zwei Stunden dazu brauchen.

(Zuruf: Es ist Ihre Aufgabe, zu berichten! Sie können ja kürzen.)

— Ich werde versuchen, den Bericht zu kürzen. Gedulden Sie sich mir ein wenig!

(Zuruf: Bis jetzt haben Sie damit noch nicht begonnen!) Meine sehr verehrten Abgeordneten! Im Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß wurde besprochen, inwieweit die bayerische Landwirtschaft daran schuld ist, daß diese Krise herausbeschworen worden ist. Es kam durch die Referenten zum Ausdruck, daß die bayerische Landwirtschaft in den meisten Fällen ihre Ablieferungspflicht bis zu 90 Prozent erfüllt hat. Ich brauche

auch hierüber keine Zahlen zu nennen; denn es folgt nach mir ein ausführlicher Bericht des Landwirtschaftsministers. Ich möchte nur die Vorwürfe zurückweisen, die im Ausschuß gegen die Landwirtschaft ausgesprochen worden sind, in Formen, die im Ausschuß kundgetan worden sind.

Im Ausschuß wurde z. B. die Fettlage behandelt. Wir sind im Ausschuß zu der Auffassung gelangt, daß ein Normalverbraucher von der Nation, die heute zugeteilt wird, nicht leben kann. Hierüber besteht kein Zweifel. Auf der anderen Seite spielen die Dinge mit, die momentan von uns nicht gemeistert werden können. Ich erinnere nur daran, daß die Fettkrise augenblicklich auf der ganzen Welt besteht. Ich erinnere daran, daß durch den Zusammenbruch und durch die Naziwirtschaft alles in Unordnung geraten ist, und daß die Landwirtschaft nicht die genügenden Mittel in der Hand hat, um auf den Stand zu kommen, der notwendig wäre, um hier einigermaßen eine gerechte Lösung finden zu können.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Kraus, ich muß Sie unterbrechen. Ich bitte, was ich jetzt sagen muß, nicht als persönliche Kritik aufzufassen; denn wir müssen uns ja erst wieder in die Verhältnisse eingewöhnen, wie sie parlamentarisch ordnungsgemäß waren: Das Wort „ich“ sollte bei einem Bericht gar nicht in Frage kommen. Der Berichterstatter hat nicht von sich aus zu berichten, sondern er hat über das zu berichten, was im Ausschuß vorgegangen ist. Er hätte etwa folgendermaßen zu berichten: „Im Ausschuß hat der Vertreter der Regierung etwa folgendes ausgeführt. Dann hat ein Redner das und das vorgebracht. Dann ist der Ausschuß nach der Debatte zu folgendem Schluß gekommen.“ — So ungefähr muß ein Ausschußbericht aussiehen.

Ich bitte nun den Herrn Berichterstatter Abgeordneten Kraus, möglichst rasch zum Schluß zu kommen und zu sagen, welchen Beschluß praktisch der Ausschuß gefaßt hat, denn ich glaube, das, was uns der Berichterstatter praktisch hier bekanntgibt, wird in den nachfolgenden Reden der Minister und der anderen Abgeordneten auch wieder eine Rolle spielen.

**Kraus (CSU) [Berichterstatter]:** Entschuldigen Sie bitte, meine Herren! Ich habe absichtlich davon abgesehen, den Bericht vorzutragen, der ja ein ganzes Buch darstellt. Ich bemühe mich nun, in kurzen Worten den Bericht zu skizzieren.

Im Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen wurde die gegenwärtige Ernährungskrise besprochen. Der Staatsminister Dr. Baumgartner gab einen kurzen Bericht über den derzeitigen Stand der Ernährungslage. Er gab in Zahlen bekannt, wieviele Mengen augenblicklich noch zur Verfügung stehen, um die 4000 Gramm Brot zu rechtfertigen. Er legte weiter dar, daß diese Ernährungskrise nicht durch die schlechte Ablieferung der Bauern, sondern dadurch entstanden ist, daß das Land Bayern infolge des katastrophalen Ausgangs des Krieges und der Überbevölkerung das bayerische Volk überhaupt nicht ernähren kann und daß Bayern damit zu einem Zufluchtsgebiet geworden ist.

Es liegt klar auf der Hand und kam im Ausschuß auch zum Ausdruck, daß in Bayern die Ablieferung wohl sehr gut war, daß aber hier und da noch Mißstände aufgetreten sind. Hierauf wurde besprochen, wie diese Mißstände zu beseitigen seien. Aus dem Bericht des Herrn Ministers ist aber zu ersehen, daß die

(Kraus [CSU])

wenige Massen, die durch die Abstellung der Mißstände noch zusammenkommt, trotzdem die Situation nicht ändern kann, daß vielmehr nur eine genügende Einfuhr die Ernährungskrise einigermaßen beheben kann.

Darauf kam die Fettversorgung zur Debatte. Hier wurde berichtet, daß die Sachlage sehr übel sei. Man besprach alle möglichen Dinge. Ein Abgeordneter regte an, vielleicht auch die Selbstversorgerationen dementsprechend noch zu kürzen; man müsse nachsehen, ob vielleicht hier noch etwas herauszuholen wäre. Hauptfächlich wurde kritisiert, daß die Zahl der Selbstversorger seit dem Jahre 1939 entschieden in die Höhe gegangen sei. Man müsse überprüfen, ob sich nicht Leute in die Selbstversorger eingeschlichen hätten, die tatsächlich keine Selbstversorger seien. Bei der Besprechung der Fettversorgung wurde auch vorgebracht, ob nicht vielleicht durch eine Erhöhung des Milchpreises ein Ausgleich geschaffen werden könne. Es wurde untersucht, ob nicht durch Änderung der Zwischenspanne, nicht der Verbraucherspanne, vielleicht eine Remedur möglich sei.

Von einem anderen Abgeordneten wurde die Viehableitung kritisiert. Es wurde z.B. festgestellt, daß Schlachtvieh gekauft worden ist, daß aber nicht das ganze Schlachtvieh auf den Markt gekommen, sondern von Händlern zum Teil zu verschiedenen höheren Preisen als Nutzvieh abgesetzt worden sei.

Ferner wurde kritisiert, daß z.B. in der Anbauweise von Ölfrüchten manches zu beanstanden sei. Der Raps- und der Ölfruchtanbau bringe in der kleinen und in der parzellierten Landwirtschaft nur einen geringen Ertrag und führe hier meistens zu Mißernten. Es kam daher zur Sprache, ob hier nicht durch Vergrößerung der Anbaufläche auf den größeren Gütern, denen die Bearbeitungsmaschinen, die Spritzmaschinen und alle Geräte zur Verfügung stünden, eine bessere Ernte erzielt werden könne.

Kurzum: Man kam trotz allem Hin und Her nicht über die Tatsache hinaus, daß der bayerische Bauer, das Land Bayern nicht in der Lage seien, aus sich heraus die Bevölkerung zu ernähren und dazu noch die englische Zone zu beliefern. Unter anderem wurde dann in der Debatte zum Ausdruck gebracht, daß die Angriffe, die gegen den bayerischen Bauer und den bayerischen Ernährungsminister gerichtet worden sind, nicht zu Recht bestehen. Schließlich wurde ein Antrag des Ausschusses formuliert, den ich Ihnen jetzt vorlese:

Der Landtag wolle beschließen, nachstehender Entschließung zuzustimmen:

Die Ausführungen des Herrn Staatsministers Dr. Baumgartner dienten dem Landtagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft zur Kenntnis. Gegenüber den Vorwürfen, welche über die Ursachen der gegenwärtigen Ernährungskrise in der in- und ausländischen Presse, sowie im Rundfunk gegen den Ernährungsminister und das Land Bayern erhoben wurden, stellt der Landtagsausschuß fest, daß diese auch jeder Begründung entbehren, und es wird dem Herrn Ernährungsminister volle Anerkennung und Dank für seine umsichtige und tatkräftige Amtsführung ausgesprochen.

Präsident: Wir kommen nun zur Beantwortung der Interpellationen.

Zur Beantwortung hat zunächst das Wort der Herr Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Herr Dr. Baumgartner.

Staatsminister Dr. Baumgartner: Herr Ministerpräsident! Meine Herren Abgeordneten! Meine Damen und Herren! Es ist für mich schwer, heute angesichts der ganzen Lage vor den Vertretern von sieben Millionen hungernden Menschen zu sprechen. Ich stehe hier nicht als Angeklagter, um mich zu verteidigen. Kein bayerischer Minister in der Parlamentsgeschichte hat bis jetzt eine so ungeheure Last von Verantwortung zu tragen gehabt, wie sie seit einer halb Jahren auf meinen Schultern lastet. Zu jeder Stunde bin ich mir dieser schweren Aufgabe bewußt. Zu jeder Stunde sehe ich vor mir die Hunderttausende von unschuldigen hungernden Kindern, die noch nicht wissen, wer an unserem Elend schuld ist; immer sehe ich vor mir unsere hungernde Arbeiterschaft, die trotz ihres angeborenen Pflichtbewußtseins fast nicht mehr die physische Kraft aufbringt, um sich in abgemagertem Zustand bei unmöglichen Verkehrsschwierigkeiten an ihre Arbeitsstätte zu schleppen; ich sehe die abgehärmten Angestellten in den Büroräumen, schwankend zwischen dem Gedanken der Pflichterfüllung und der Sorge um das tägliche Brot. Vollends zur Tragödie wird das Bewußtsein meiner Verantwortung, wenn ich an die alten Leute denke, die sich, ohne an den jetzigen Zuständen schuldig zu sein, einen besseren Lebensabend verdient hätten, als hungernd langsam dahinzusiechen. Tag für Tag sehe ich die Schlangen von Frauen und Müttern vor den Läden stehen, in gedrückter Stimmung, mit der von ihren blauen Gesichtern abzulesenden Sorge: was werden wir bei der nächsten Mahlzeit zu essen haben? Das ist der Kreis von Menschen, meine Herren Abgeordneten, der zum größten Teil von Ihnen hier im Parlament vertreten wird und für deren Betreuung ich vor Ihnen Rechenschaft abzulegen habe.

Regierung und Parlament sind mit dem ganzen Volk davon überzeugt, daß unsere Ernährung nicht so weitergehen kann wie bisher. Niemand kann mir den Vorwurf machen, daß ich nicht jederzeit für Aufklärung gesorgt hätte. Ich habe immer offene Worte gesprochen, offene Worte zu den Erzeugern und offene Worte zu den Verbrauchern. Ich will dies auch heute wieder tun und mich zunächst in erster Linie mit den Worten der Kritik auseinandersetzen.

Es ist selbstverständlich, daß sich in unserer trostlosen Ernährungslage alle Kreise der Bevölkerung mit dem Problem des Hungers befassen und sich Gedanken darüber machen, wer die Schuld an dieser grausamen Entwicklung trägt. Es ist weiter verständlich, daß auch seitens der Besatzungsbehörden, die mit den örtlichen Verhältnissen erst seit zwei Jahren vertraut sind, der Blick auf die deutschen Verwaltungsstellen fällt, wenn sie sich mit der Katastrophe unserer jetzigen Ernährung beschäftigen. Leider muß ich feststellen, daß die meisten Stimmen der Kritik einem gefährlichen Irrtum unterworfen sind: dem Irrtum nämlich, daß die jetzige Regierung schuld sei an der schlechten Ernährung oder daß der Bauer die Schuld trage. Es heißt Ursache und Wirkung verwechseln, wenn man den jetzigen deutschen Verwaltungsstellen die Schuld an der Lage zuschiebt. Schuld an allem — und das muß immer wieder betont werden, besonders denjenigen gegenüber, die immer sagen, bei Hitler war es noch

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

besser — ist einzig und allein der totale Krieg und die totale Niederlage Adolf Hitlers und seiner Genossen. (Allgemeine Zustimmung.)

In Stadt und Land wird zur Zeit geschimpft. Es ist eine alte Gewohnheit von uns Deutschen, daß wir viel zu schnell vergessen. Wir können nicht oft genug betonen, daß wir erst zwei Jahre nach dem größten Zusammenbruch unserer Geschichte stehen, an dem wir Jahrzehnte zu leiden haben werden. Wer unsere jetzige Zeit auch in der Ernährung mit normalen Friedenszeiten vergleicht, ist entweder böswillig oder versucht, parteipolitische Geschäfte zu machen.

Auch für den nichteingeweihten Kritiker muß es verständlich sein, daß uns der Wegfall des Getreideüberschusses deutsches Ostens eine Verschlechterung in der Versorgung unserer Bevölkerung gebracht hat, die auch bei größten Anstrengungen der westlichen Zonen nicht wettgemacht werden kann. Dazu kommt, was die meisten Leute in Stadt und Land immer wieder vergessen, daß Hitlers totaler Krieg sämtliche Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt vernichtet hat und Deutschlands Beziehungen zur Weltwirtschaft vollständig abgebrochen sind. In normalen Friedenszeiten hat Deutschland für vier Milliarden Mark allein Lebensmittel vom Ausland eingeführt. Bei Getreide haben wir 20 Prozent unseres Bedarfs vom Ausland gedeckt, und bei Fett fast 30 Prozent. Diese Zufuhren gehen uns jetzt ab.

Viele glauben nun, daß wir durch unsere geringen Rationen mit unserer eigenen Produktion ohne Zufuhr auskommen müßten. Demgegenüber ist zu sagen, daß die Überbevölkerung in den Westgebieten ein Ausmaß angenommen hat, das mit der Einsparung durch die Rationskürzungen keinesfalls ausgeglichen ist. Wir haben in Friedenszeiten für fast eine Milliarde Mark allein an Butter, Margarine und Ölen eingeführt. Von diesen Produkten steht uns vom Ausland gegenwärtig überhaupt nichts zur Verfügung. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die beiden westlichen Zonen Deutschlands das Problem der Überbevölkerung und die schwere Frage unserer armen Ausgewiesenen niemals aus eigener Kraft lösen können, weil sie dazu einfach außerstande sind. Die von der bayerischen Staatsregierung für die Armen der Armen, für unsere Ausgewiesenen, getroffenen Maßnahmen können daher nur Behelfsmaßnahmen sein, um wenigstens die brennendsten seelischen und körperlichen Leiden unserer Mitbrüder lindern zu helfen.

Eine weitere Ursache unserer Ernährungsnot ist die Verschlechterung der Produktionsbedingungen. Es mögen manche glauben, dies seien nur Phrasen zur Entschuldigung. Es ist nackte Tatsache, daß mit 15 Prozent Kunstdünger nicht das wächst, was in normalen Zeiten mit einer hundertprozentigen Düngung hervorgebracht werden konnte. Auch der Laie kann feststellen, daß ein mit Maschinen und Geräten intensiv bewirtschafteter Boden mehr hervorbringt. Ledermann kann feststellen, daß der Ausfall an Arbeitskräften und die Abwesenheit zahlreicher Bauern, Bauernsöhne und Landarbeiter sich sehr nachteilig auf die Ergebnisse des Betriebs auswirken muß. Es muß angesichts der bisher angeführten Ursache der Ernährungsnot geradezu lächerlich wirken, wenn jemand, um seine Parteisuppe zu kochen, behauptet,

wir müssen deshalb hungern, weil nicht genügend Mohn angebaut wird, weil mehr Hackfrüchte angebaut werden sollen, weil sein Parteiprogramm nicht durchgeführt wird und weil vor allem die Bodenreform nach seiner Ansicht nicht radikal genug gelöst wurde. Wenn der Boden für Brotgetreide, Kartoffeln, Zuckerrüben usw. zur Verfügung stehen muß, weil gerade auf diesen Gebieten eine Anbauausweitung verlangt wurde, die kaum erfüllbar ist, dann bleibt eben für andere Bodenfrüchte nicht mehr genügend Raum. Auch der gerissenste Parteiplitiker bringt es mit seinem Programm, das er für alleinseligmachend hält, nicht fertig, auf 200 000 qkm in den beiden Westzonen über 41,5 Millionen Menschen ausreichend zu ernähren. Hier nützen ihm keine schönen Reden, keine Demagogie und keine Volksaufpeitschung. Deutschlands Landwirtschaft hat in einer ausgezeichnet funktionierenden Fruchtwechselwirtschaft seit Jahrzehnten den Beweis geliefert, daß wir in den Hektarerträgen uns mit den Bauernländern der ganzen Welt messen konnten und in den meisten Produkten sogar an der Spitze marschiert sind. Es muß angesichts der bisher angeführten Ursachen unserer Not auch lächerlich wirken, wenn man glaubt, die Ernährung dadurch verbessern zu können, daß man große Plakate anschlägt mit dem Hinweis, unsere Abwässer könnten durch bessere Düngung unserer Böden die übervölkerten Westgebiete besser ernähren. Das sind Phantastereien, deren technische Durchführung an der finanziellen und der technischen Seite scheitert. Es fehlt nicht an Vorschlägen, die vielleicht auf den ersten Anblick bestechend sind, in Wirklichkeit aber die elementaren Tatsachen der großen Zusammenhänge meistens übersehen.

Auch für Vorschläge und Kritik aus den Kreisen unserer Jugend bin ich jederzeit dankbar. Ich freue mich, wenn sich unsere Jugend unseren schweren Problemen gegenüber sehr aufgeschlossen zeigt. Es wäre aber viel besser, gerade deshalb, weil wir schon einmal mit der Jugendführung in der Hitlerjugend nicht die besten Erfahrungen gemacht haben, wenn sich diese Jugend darauf besinnen würde, daß das Alter über mehr Erfahrungen verfügt als die Jugend und daß es sich schlecht ausnimmt, wenn das Ei klüger sein will als die Henne.

(Sehr richtig!)

Es hat mit Kritik, die der Sache dienen soll, wirklich nichts mehr zu tun, wenn von einem Gremium, das mit der Materie praktisch überhaupt nicht vertraut sein kann, weil es von dieser Materie viel zu weit entfernt ist, Resolutionen gefaßt werden des Inhalts: es mögen die verantwortlichen Stellen abtreten, wenn sie nicht in der Lage sind, die Situation zu meistern.

(Hinterkeit.)

Ja, meine Herren Abgeordneten, ich erkläre mich gerne bereit, heute dem Verfasser einer solchen Resolution den Platz zu räumen, damit er es besser machen kann. (Sehr richtig!)

Unsere Notlage nach einem solchen Zusammenbruch verlangt von allen nicht faschistischen Kräften gebietisch, daß unsere Ernährungsfragen nicht in die Parteidemagogie und Parteipolitik hineingezogen werden, sondern daß alle ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu irgendeiner Partei zusammenhelfen müssen, um die Schwierigkeiten überwinden zu helfen.

(Sehr richtig!)

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Es ist nicht bestritten und es ist auch klar, daß der Bauer in der heutigen Zeit mehr zu essen hat als der Städter. Aber nicht nur der Bauer! Auch der Lebensmittelhändler, der Müller, der Bäcker, der Mezger, von denen meist nicht die Rede ist, leben besser wie der einzelne Normalverbraucher. Tatsache ist jedenfalls, daß der weitaus größte Teil unserer Bauern seiner A b l i e f e r u n g s p f l i c h t genügt und daß unsere bisherige Ernährung, abgesehen von den Getreideimporten, in den übrigen Sparten zu 99 Prozent vom bayrischen Bauernhof gedeckt worden ist.

(Beifall.)

Wenn einwandfrei feststeht, daß die bayerischen Bauern bei Brotgetreide allein bis zum 1. April 1947 um 11 Prozent mehr abgeliefert haben als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, und wenn weiterhin feststeht, daß wir die doppelte Menge an Kartoffeln aus Bayern ausgeführt haben als in früheren Jahren, so kann auch der böswillige Kritiker nicht von einem Ver sagen unserer Landwirtschaft sprechen.

(Sehr richtig!)

Wer weiß, daß wir in Bayern allein, nur um die 200 Gramm Fett auslasten zu können, pro Monat 4 200 Tonnen Fett benötigen und daß wir zudem noch große Mengen Fett unseren hilfsbedürftigen Nachbarn ausliefern müssen, der wird sich nicht zu einer unberechtigten Kritik über die Ablieferungsfreudigkeit unserer Bauern hinreißen lassen. Wer weiterhin weiß, daß wir, nur um 600 Gramm Fleisch geben zu können, in Bayern allein 32 000 Stück Großvieh in einer Periode benötigen, der wird ebenfalls nicht behaupten können, daß unser ganzes Vieh in schwarze Kanäle geht.

Es wird niemals einen allmächtigen Menschen geben, der alle Lebensmittel erfassen kann. Auch unsere Gewerbe- und Industrieprodukte können nicht so erfaßt werden, wie es notwendig wäre. Selbst wenn der I d e a l f a l l einer restlosen Erfassung aller Lebensmittel möglich wäre, könnten die sieben Millionen Verbraucher nicht in diesem Ausmaße besser gestellt werden, wie man sich das so leichthin in der täglichen Kritik vorstellt. Wenn wir z. B. für sieben Millionen Verbraucher in Bayern nur 50 Gramm Fett in der Periode mehr geben wollen, benötigen wir dazu 7 000 Zentner mehr Fett pro Monat. Niemand wird behaupten können, daß monatlich 7 000 Zentner Fett durch den Schwarzhandel daneben gehen. Ich muß dringend darum bitten, daß wir Maß halten mit unseren allgemeinen Vorstellungen. Ich gebe gerne demjenigen eine besondere Prämie des bayerischen Staates, der mir durch Tatsachen den Nachweis liefert, daß solche Mengen Fett in Kanäle gehen, die der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen sind, und daß wir unsere Fetttrationen damit um 50 Gramm pro Monat erhöhen können. Ich bitte, mich dabei nicht misszuverstehen. Eine rücksichtslose Bestrafung der Schieber, Schleichhändler und Schwarzhändler muß nach wie vor unsere Aufgabe sein. Ich bitte das Parlament, die schwersten Strafen für diese Volksverbrecher festzusetzen.

(Sehr gut! — Beifall.)

Meine Herren Abgeordneten! Ich stelle mich jederzeit schützend vor die 95 Prozent unserer anständigen Bauern, die ihre Pflicht erfüllen. Dem geringen Prozentsatz der Säumigen und Böswilligen rücken wir

durch all unsere Maßnahmen scharf zu Leibe. Unsere Bauern sind sich dessen bewußt, daß sie in dieser schwersten Notzeit unseres Vaterlandes ihre Pflicht zu erfüllen haben, nicht nur, weil sie müssen; sondern im Interesse der Erhaltung ihres Eigentums, das sie für alle Mitmenschen verpflichtet. Ich warne davor, in der heutigen Situation eine Kluft zwischen Stadt und Land aufzureißen durch Verallgemeinerungen, durch nebelhafte Vorstellungen und durch eine Kritik, die nicht den Tatsachen entspricht. Dadurch wird die Lage nicht besser, höchstens schlechter.

Lassen Sie mich ungeschminkt die wirkliche Lage schildern. Sie haben gestern durch den Rundfunk gehört, daß vom Ernährungs- und Landwirtschaftsrat Stuttgart für alle Länder der beiden Zonen für die erste Woche der 101. Periode 1500 Gramm Brot aufgerufen werden sollen. Ich muß Ihnen leider die traurige Mitteilung machen, daß diese Radiodurchsage gemacht wurde, ohne sich mit mir in Verbindung zu setzen, und daß ich sie für Bayern nicht gelten lassen kann.

(Hört, hört!)

Bayern, das nach Ansicht anderer Länder in Milch und Honig fließt und besser lebt als die anderen Gebiete, ist hinsichtlich der Brotgetreideversorgung gegenwärtig am schlechtesten gestellt. Unsere gegenwärtige Versorgungslage bei Brotgetreide ist so, daß wir zur Zeit unser Brotgetreide und Mehl bereits im ganzen Lande hin- und herbewegen müssen, um den Schwierigkeiten im Norden Bayerns und in den Alpengebieten begegnen zu können. Die von mir seit längerer Zeit für Bayern rechtzeitig geforderten Importe an Brotgetreide sind bis heute noch nicht eingetroffen.

(Hört, hört!)

Leider ist durch meine Rückfrage beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat nicht die entsprechende Grundlage für eine verantwortungsbewußte Verbrauchslenkung geschaffen. Die für uns in nächster Frist in Aussicht gestellten Importe sind zu gering und stehen erst zu einer Zeit zur Verfügung, wenn die 101. Periode bereits hinter uns liegen wird. Es ist mir daher nur möglich, für die erste Woche der 101. Periode 1000 Gramm Brot aufzurufen, wenn nicht in verschiedenen Gebieten Bayerns größte Schwierigkeiten auftreten sollen. Soweit ich die Vorratslage der anderen Länder kenne, werden diese die aufgerufenen 1500 Gramm Brot nicht in allen Gebieten auslasten können und werden auch ihre Nährmittelmengen nicht in der aufgerufenen Menge geben können.

Es liegt nun nahe, den Einwand zu bringen, man müsse die restlichen Mengen an Brotgetreide noch rasch und rechtzeitig erfassen, um so mehr Brot zur Verfügung stellen zu können. Hierzu muß gesagt werden, daß auch die sofortige Erfassung der restlichen Mengen unsere Situation nicht wesentlich verändert. Bayern hat z. B. eine Umlage von 570 000 Tonnen Brotgetreide pro Jahr vorgeschrieben erhalten. Diese Umlage ist von mir von vornherein als unerfüllbar bezeichnet worden, weil auf Grund der durch die Statistik festgestellten Ernteergebnisse diese Menge einfach nicht aufzubringen ist. Trotzdem wird bei der Beurteilung der Leistungen Bayerns an dieser Zahl für die Zuteilung der Importe festgehalten. Trotz allem habe ich angeordnet, von unseren Bauern noch das letzte Kilo Getreide herauszuholen. Fragen Sie in den anderen Ländern herum, ob ähnlich scharfe Maßnahmen, wie ich sie in den letzten Wochen in Bayern getroffen habe, angewandt

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

wurden, um durch Hofbegehungskommissionen mit Einschluß der Gewerkschaften jeden Bauernhof von oben bis unten so durchsuchen zu lassen, wie es bei uns der Fall ist? (Hört, hört!)

Die Herren Abgeordneten aus der Landwirtschaft werden dem Parlament selbst bestatigen können, daß meine Anordnungen bis an die Grenze des Möglichen, ja bis zur Unmöglichkeit gehen. Die Herren Abgeordneten der Landwirtschaft werden mit mir mit Recht die Forderung aufstellen, daß endlich in den Kreisen der anderen Berufsstände, bei den Geschäftsmenschen in Gewerbe und Industrie genau so alle drei bis vier Wochen alle Räume von der Dachkammer bis zum Keller gründlich durchsucht werden.

(Beifall.)

Es ist ein unmögliches Zustand, daß der Bauer in jahrelanger unerhörter Zwangswirtschaft sich allein diese furchtbaren Eingriffe in seine persönliche Freiheit im Gegensatz zu anderen Berufen gefallen lassen muß.

Unsere Brotgetreideablieferung ist in diesem Jahre bis jetzt zu 91 Prozent erfüllt. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug sie 64 Prozent und im Durchschnitt der letzten fünf Jahre um die gleiche Zeit 80 Prozent. Selbstverständlich werden wir durch die Mithilfe unserer Bauern und aller beteiligten Kreise noch einige tausend Tonnen Brotgetreide mehr herausbringen. Dies ändert aber an unserer ganzen Brotversorgung in Bayern gegenwärtig nichts mehr, da wir bei 6000 Gramm Brot in Bayern pro Monat allein eine Million Zentner Brotgetreide benötigen würden.

Die Hauptkritik im ganzen Lande in der Frage der Brotversorgung richtet sich auf den Umstand, wie es möglich war, monatelang die Brotration auf 10000 Gramm zu halten, um dann unverantwortlicherweise auf 4000 Gramm herabzugehen zu müssen. Hier darf ich daran erinnern, daß ich in Wort und Schrift eine Brotration in dieser Höhe immer für falsch gehalten habe und bei allen zuständigen Stellen seit November die Verantwortung für die kommenden Dinge ablehnte, wenn im Februar und März nicht rechtzeitig die Importe zur Verfügung gestellt würden.

(Hört, hört!)

Leider sind meine Warnungen ohne Erfolg geblieben. Die Lage ist jetzt die, daß wir ohne rasche Zufuhr von Importen nicht einmal die jetzige Brotration aufrechterhalten können und daß wir — auch das muß vor den Abgeordneten des ganzen Volkes offen ausgesprochen werden —, wenn die Importe nicht eintreffen, vor brotlosen Wochen und Monaten stehen.

(Hört, hört!)

Ich komme zur Milch- und Fettwirtschaft. Ich gebe den Verbrauchern vollkommen recht, wenn sie die Ration von 200 Gramm Fett als eine unmögliche Hungerration bezeichnen. In diese unerträgliche Situation sind wir bei Fett nur durch den Anschluß an die britische Zone gekommen.

(Sehr richtig!)

Ich will damit keinen Angriff verbinden oder nur im Leitesten zum Ausdruck bringen, daß ich für die Notlage der britischen Zone etwa kein Verständnis hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe mich immer und bei jeder Gelegenheit dazu bekannt, daß die auf Deutsch-

land lastende Not von allen Deutschen gemeinsam getragen werden muß. Trotzdem ist eben einfach die Ursache nicht aus der Welt zu schaffen, daß der Anschluß an die britische Zone in der Fettversorgung eine unerträgliche Verschlechterung für die Verbraucher der US-Zone mit sich gebracht hat. Die Anstrengungen aller Ministerien der Länder der US-Zone gehen darauf hinaus, wenigstens die 200 Gramm Fett halten zu können.

Bayern hat auf dem Gebiet der Milch- und Fettversorgung in letzter Zeit Maßnahmen getroffen, die an Schärfe alle Maßnahmen der anderen Länder übertragen.

(Hört, hört!)

Uns fehlen die Kraftfuttermittel, die noch 1944 vom Auslande her zur Verfügung standen. Wenn wir trotzdem den Versuch machen, unsere Milcherzeugung um 15 Prozent zu steigern, genügt diese Menge nicht, um für beide Zonen eine Besserung in der Fettversorgung herbeizuführen. In der ganzen Welt haben wir in Friedenszeiten Butter, Margarine und Öle durch unsere Handelsbeziehungen angekauft. Auch der autarke Adolf Hitler hat, obwohl er den überschüßreichen Osten Deutschlands zur Verfügung hatte, im Jahre 1938 noch für Hunderte von Millionen Mark Fette und Öle, Butter und Margarine vom Ausland eingeführt, und während des Krieges hat er diese Lebensmittel in ganz Europa zusammengestohlen. Und da gibt es Leute, die heute noch immer sagen, daß wir es bei Hitler besser gehabt hätten! Das sind die Aktivisten, die vor die Spruchkammer gehören.

(Beifall.)

Ohne Fettimporte, die in Friedenszeiten 30 Prozent unserer Fettversorgung ausmachten, wird die deutsche Ernährungslage niemals mehr in Ordnung zu bringen sein.

Es ist nicht meine Aufgabe, den Schwarzhändlern und Hamstern, die aus der britischen Zone unser Gebiet überschwemmen, in Eisenbahnzügen, in der Paketpost und den schwarzen Druckereien von Lebensmittelkarten zu Leibe zu rücken. Ich bin nicht der Polizeiminister des Innern von Bayern, nicht der Chef der Landpolizei, und nicht der Verkehrsminister, sondern der bayerische Ernährungs- und Landwirtschaftsminister. Und das genügt mir, meine Damen und Herren!

Auch in der Fettversorgung habe ich alle mir zu Gebote stehenden Maßnahmen ergriffen. Ich bin gerne bereit, hier mich jedem Vergleich mit anderen Ländern zu stellen.

Ich komme zur Viehwirtschaft. Die eigenen Möglichkeiten der Fettversorgung unserer Verbraucher werden noch bedenklicher, wenn das Kapitel der Viehbestandsverminderung dabei ins Auge gefaßt wird. Ganz abgesehen davon, daß der zur Zeit vorhandene Viehbestand nicht ausreicht, um eine Ration von 600 Gramm Fleisch auf die Dauer in beiden Zonen auslasten zu können, ist die Frage der Fetterzeugung eng verbunden mit der befohlenen Herausnahme von 10 Prozent des Viehbestands über den normalen Schlachtviehanfall hinaus. Bayern soll beispielsweise zur Deckung seines eigenen und des geforderten Bedarfs der anderen Länder in einem Monat allein rund 60 000 Stück Großvieh aus der eigenen Landwirtschaft aufbringen.

(Heiterkeit.)

## (Staatsminister Dr. Baumgartner)

Sie alle, meine Herren Abgeordneten, wissen, daß der Fleischbedarf der Bevölkerung früher zu mindestens 55 Prozent aus dem Schweinebestand gedeckt wurde. Nachdem nicht eine Erhaltung, sondern eine wesentliche Verminderung des Schweinebestandes von der Militärregierung wegen des Getreide- und Kartoffelverbrauches angeordnet ist, sind für uns in Deutschland die Aussichten auf eine bessere Fleischversorgung auf die Dauer gesehen äußerst schlecht geworden. Ich sage es offen heraus! Was nützt es, wenn wir es nicht tun? Unsere Fleischration von 600 Gramm Fleisch ist auf die Dauer nicht zu halten. Bayern allein kann für die anderen Länder die Lasten nicht tragen. Unser gesamter Viehbestand ist gefährdet. Die bayerische Landwirtschaft sinkt auf den Zustand der Balkanländer herab. Selbst wenn die Viehbestandsverminderung auf der Grundlage von 10 Prozent durchgeführt werden könnte, ist das nur eine Vogel-Strauß-Politik vom Standpunkt der Fleischversorgung aus.

(Sehr richtig!)

Was nützt es, wenn wir jetzt für uns und die anderen Gebiete riesige Mengen von Vieh herausnehmen, um in wenigen Monaten vor einem ausgesprochenen Nichts zu stehen? Dann gibt es nicht mehr 600 Gramm, auch nicht mehr 400 Gramm, nicht mehr 300 Gramm, sondern vielleicht noch 100 Gramm Fleisch. Dass bei dieser Sachlage unsere ohnehin trostlose Lage in der Fettwirtschaft endgültig zum Zusammenbruch kommt, ist ohne weiteres ersichtlich.

Bayern wird von anderen Ländern immer angegriffen wegen seines angeblich zu hohen Viehbestandes. Auf der anderen Seite fordert man von Bayern riesige Mengen von Fleisch und Fett. Was ist nun richtig? Entweder sind wir das leistungsfähige Agrarland, als das man uns hinstellt, und wir liefern, was wir liefern können — wir haben dies bis jetzt bereits bewiesen —, oder wir sinken auf den Zustand der Habe nicht herab. Vieharme Völker sind immer schon Bettelvölker gewesen.

Nicht einer zehnprozentigen, sondern einer 7½ prozentigen Viehbestandsverminderung habe ich in Stuttgart zugestimmt. Ich habe schriftlich meinen Einspruch bei der Militärregierung aus den angegebenen Gründen eingereicht. Auch die befahlene Schweinebestandsverminderung habe ich angeordnet, obwohl ich mir bewusst bin, dass nach den Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkriegs diese Maßnahme das Gegenteil von dem bewirkt, was wir anstreben.

(Sehr richtig!)

Ohne Zufuhren von Futtermitteln, wie sie in der Kriegszeit nach Deutschland für Millionen und Übermillionen getätigten wurden, ist das Problem der Fleisch- und Fettversorgung Deutschlands nicht mehr zu lösen. Das ist die nackte Tatsache. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn deutsche Berater die britische und amerikanische Militärregierung falsch beraten würden.

Zur Kartoffelwirtschaft: Selbst wenn man mit der Großvieh- und Schweinebestandsverminderung erreichen wollte, dass die Kartoffelversorgung der Verbraucher dadurch eine Stütze erfährt, bleibt die Kartoffelversorgung der beiden Zonen ein vollkommen ungelöstes Problem. Ohne den Osten Deutschlands, der als Kartoffelüberschussgebiet die britische Zone weit-

aus am besten versorgt hat, ist auch die Kartoffelfrage auf die Dauer nicht mehr zur Zufriedenheit der Verbraucher der beiden Westzonen zu lösen. Es helfen auch die größten Anstrengungen von unserer Seite nichts. Die auf die Kartoffelzuteilung angewiesenen 33 Millionen Normalverbraucher in beiden Zonen können von den beiden Kartoffelüberschussländern Bayern und Niedersachsen niemals in ihrem Bedarf befriedigt werden.

Die Saatgutvermehrung in Kartoffeln, die ausschließlich in der Ostzone lag, wird in den nächsten Jahren in Bayern geradezu zu einer Katastrophe werden. Bayern hat trotz der um 15 Prozent schlechteren Ernte gegenüber dem Vorjahr eine Umlage in der Kartoffelablieferung von 1,9 Millionen Tonnen erhalten. Ich habe von Anfang an gegen diese Umlage Einspruch erhoben. Trotzdem hat man alle Berechnungen auf diese Umlage aufgebaut. Die Erfassung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre betrug 1,2 Millionen Tonnen. Wir haben in diesem Jahre bereits 1,4 Millionen Tonnen erfasst und damit eine Höchstleistung in der Kartoffelerfassung vollbracht, die uns bereits die Anerkennung der Besatzungsmächte eingetragen hat. Die Hofbegehungskommissionen und meine Anordnungen an die Bürgermeister gehen dahin, trotzdem noch weitere Mengen aus der bayerischen Landwirtschaft herauszubringen und so den Beweis zu liefern, dass alles getan wird, was nur menschenmöglich ist, um unsere hungernde Bevölkerung in allen Ländern der beiden Westzonen mit Kartoffeln zu versorgen.

Aber noch 600 000 Tonnen Kartoffeln von Bayern zu fordern, ist eine solche Unmöglichkeit, dass man genau so gut 10 Millionen Tonnen fordern könnte. Auch unsere Arbeiter hungern in den Städten. Auch unsere Arbeiter, Beamten und Angestellten sind noch nicht alle mit Kartoffeln versorgt.

(Sehr richtig!)

Ich lehne es ab, unsere Arbeiterschaft nicht mit Kartoffeln zu versorgen, um andere Gebiete mit Kartoffeln einzudecken. Trotzdem ist es mein Bestreben, unserer notleidenden Bevölkerung in den anderen Gebieten Deutschlands auch auf dem Kartoffelgebiet zu helfen, soweit wir helfen können.

Zur Zuck erwirtschaft: Berechtigte Unruhe unter den Verbrauchern löst zur Zeit die Stockung in der Auslastung der Zuckermarken aus. Es hat keinen Wert, die alten Schlager von den Differenzen zwischen Nord und Süd aufzumärmeln. Aber lediglich um der Vervollständigung des Bildes willen muss doch hier erwähnt werden, dass wir von der britischen Zone noch Tausende von Tonnen Zucker erwarten, die zur Sicherung der Zuckerversorgung in Bayern benötigt werden. Es müssen endlich einmal klare statistische Grundlagen geschaffen werden. Wenn die britische Zone mit Zucker-, Kohlen- und Eisenlieferungen nach Bayern im Rückstand ist, so darf dies nicht dadurch begründet werden, dass Repressalien gegen Bayern ergriffen werden, wenn von uns riesige Mengen von Fleisch- und Fettlieferungen verlangt werden, die einfach nicht zu erfüllen sind. Die Vertreter Bayerns in den Zweizonenräten haben hier große Aufgaben zu erfüllen.

Zur Eierwirtschaft: Das Osterei hat es anscheinend nur in Bayern gegeben; denn sonst wäre der Sturm der Entrüstung, der in der außerbayerischen

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Presse über die bayerische Zuteilung zum Ausbruch gekommen ist, nicht verständlich.

(Zuruf: Trocken ei!)

Wenn ich allerdings davon höre, daß die bäuerliche Bevölkerung in Württemberg-Baden, in Hessen und auch in der britischen Zone vom Färben der Ostereier Abstand genommen haben soll, so kann ich dies nicht glauben. Wenn die Verbraucherschaft in diesen Ländern aber auf das Osterei verzichten müßte, dann soll man sich erst die Frage vorlegen, wie es mit der Erfassung in diesen Ländern steht. Hat in den anderen Ländern der beiden Zonen irgend jemand eine Weisung gegeben, wie ich es getan habe, daß für jedes nicht abgelieferte Ei zwei Mark Strafe zu bezahlen sind? Niemals ist eine solche Anweisung in den anderen Ländern gegeben worden. Das dürfte der Grund sein, warum unsere Eierfassung die beste von allen Ländern der beiden Westzonen war.

Im übrigen muß, ohne in der Polemik mit den außer-bayerischen Zeitungen weiterzufahren, trotzdem zur Aufklärung auch der außer-bayerischen Gebiete doch die Frage aufgerufen werden, wo die Reaktion dieser Gebiete geblieben ist, als Bayern die vom Ernährungs- und Landwirtschaftsrat aufgerufenen Mengen an Trocken ei seit der 92. Periode nicht aufrufen konnte?

(Hört, hört!)

Die anderen haben Tausende von Tonnen von Trocken ei bekommen. Jetzt werfen sie uns die Eier in Bayern vor, beschimpfen uns in der unerhörtesten Weise, weil ich nur das für die Verbraucher nachgeliefert habe, was unsere Leute bis jetzt noch nicht bekommen haben.

(Sehr richtig!)

Ich muß hier vor unserer ganzen Volksvertretung in aller Öffentlichkeit diese unerhörten Angriffe der nord-deutschen Presse und des Rundfunks zurückweisen.

(Lebhafter Beifall.)

Die gleichen Erwägungen spielen eine Rolle, wenn wir auch für die 101. Periode in Bayern weitere Eier aufrufen. An Stelle der uns entzogenen Fischlieferungen werde ich eine kleine Menge an Eiern aufrufen. Ich bin in der glücklichen Lage, dem bayerischen Verbraucher wenigstens in dieser Richtung eine kleine Hoffnung machen zu können. Es wird eine Zuteilung an Eiern als Ersatz für die ausgefallenen Fischlieferungen möglich sein, die in zwei Raten in der 101. und 102. Periode zur Ausgabe gelangen wird. Selbstverständlich ist bei der durch den Hunger diktierten Einstellung zu erwarten, daß über Bayern wegen dieser zukünftigen berechtigten Zuteilung an Eiern neuerdings der Stab gebrochen wird. Wir vertreten allerdings den Grundsatz: Richtet nicht, dann werdet auch ihr nicht gerichtet; denn sonst müßte der Stab, der über uns gebrochen wird, auch über die anderen Länder der beiden Zonen gebrochen werden, wenn man an die Unterschiede in der Brotzuteilung in den vergangenen Wochen in der britischen Zone und in Bayern denkt.

Das Bild wäre unvollständig, wenn ich trotz der ungeheuren Notlage in der Versorgung nicht die Getränkeversorgung erwähnen würde. Um einem weitverbreiteten Irrtum von vornherein zu begegnen, habe ich bewußt das Wort „Getränke“ und nicht „Bier“ genannt, weil man das Dünnbier nur im

Zusammenhang mit der Getränkeversorgung und nicht mit der Bierversorgung erwähnen kann.

(Sehr richtig!)

Trotzdem bleibt die Frage des Getränkemarktes unlöst, solange nicht die Entscheidung über die von uns erbetene Zuteilung von 20 000 Tonnen Malz an die Brauereien gefallen ist. Bei einer dem von mir gegebenen Überblick angepaßten Betrachtung kann man ohnehin nicht den Standpunkt vertreten, daß diese Menge eine fühlbare Entlastung in der Brotversorgung bedeuten würde. Beträgt sie doch von der Gesamtversorgung aus nur etwa 1,3 Prozent der gesamten Getreideernte und reicht zur Brotversorgung nur aus, um jedem Verbraucher im Jahr täglich 5 Gramm Brot mehr geben zu können.

Wer sich in die ehrlichen Bedürfnisse der Arbeiterschaft und der Landwirtschaft insbesondere während der heißen Jahreszeit hineinversetzen kann, wird mir bestimmt auf Grund der Aussprache im Landtag nicht den Vorwurf einer einseitig bayerischen Politik, wie es wieder in Norddeutschland geschehen ist, machen können, wenn ich dieses Problem erwähne. Wenn der Arbeiter nicht die Möglichkeit hat, seinen Durst zu stillen, der nicht vom Vergnügen, sondern von der Arbeit her kommt,

(Sehr richtig!)

und wenn der Bauer nicht die Möglichkeit hat, während seiner in der Erntezeit 12 bis 16-stündigen Arbeit seinen Durst zu löschen, dann ist es schon gerechtfertigt, die Besatzungsbehörden mit aller Eindringlichkeit noch darauf hinzuweisen, daß zu der ungeheuren Notlage in der Lebensmittelversorgung nicht auch nach dieser Richtung noch eine Verschlechterung kommen darf, die wir leicht vermeiden können.

Die Bierfrage ist in Bayern eine Fettfrage. Wenn die Bauern kein Erntegetränk haben, sind sie gezwungen, Milch zu trinken. In Norddeutschland hat man, weil mehr Zucker und Süßstoff vorhanden ist, andere Getränke. In Württemberg hat man Most. In Bayern braucht man das dünne Ernebier. Meine Bemühungen, die Erlaubnis zur Bierherstellung zu erreichen, gehen deshalb trotz der ungeheuer erschwerter Brotsituation unermüdlich weiter und ich bin der Überzeugung, daß General Clay unsere berechtigten Wünsche und Sorgen noch im letzten Augenblick verstehen wird.

Die häufige Kritik, daß wir in der Gemüseversorgung versagen würden, ist am einfachsten dadurch widerlegt, daß wir in Friedenszeiten in Bayern 60 Prozent des Gemüsebedarfs eingeführt haben. Davon wurden 40 Prozent aus dem Ausland und 20 Prozent aus den außer-bayerischen Gebieten geliefert. Nachdem wir also nur zu 40 Prozent unseren Gemüsebedarf selbst decken können, ist die Lage noch bedeutend erschwert, wenn wir bedenken, daß wir jetzt statt 6½ Millionen 9 Millionen Menschen in Bayern zu ernähren haben. Außerdem ist die Anbaufläche für Gemüse durch die Erhöhung der Anbaufläche von Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben geringer geworden. Ich bin mit jedem Vorschlag einverstanden und bin dankbar, wenn mir jemand einen Weg zeigen kann, die Gemüseversorgung unter diesen Umständen für 9 Millionen Menschen in Bayern zur Zufriedenheit aller zu lösen.

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Meine Herren Abgeordneten, Sie mögen aus meinen Ausführungen bis jetzt entnehmen, ob es einen Wert hat, den Bauern anzugreifen mit dem Vorwurf, er liefere nicht genug, den Städter zu Wort kommen zu lassen mit dem unsachlichen Einwand, unsere Lage könne aus eigener Kraft verbessert werden, den Landwirtschaftsminister anzugreifen, weil er allein der Schuldige sei. Die Lage wird dadurch, das kann ich auf Grund meiner Erfahrungen aus tiefster Überzeugung erklären, nicht um ein Tota besser. Wir haben Verständnis für die Haltung der Besatzungsmacht, von uns zu fordern, das Letzte aus uns selbst herauszuholen. Wenn dies aber geschieht, so wie wir uns alle mit ehrlichstem Herzen und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln hinter diese Aufgabe stellen, dann haben wir das Recht, an das Gebot der Menschlichkeit zu appellieren, das seine Rechtfertigung in der unumstößlichen Tatsache hat, daß wir uns aus eigener Kraft auf dem uns zur Verfügung gestellten Raum niemals mehr ausreichend selbst ernähren können.

(Sehr richtig!)

Die Herren Abgeordneten dieses hohen Hauses wissen, welche Anstrengungen von meiner Seite seit eineinhalb Jahren gemacht werden, um aus unserer Landwirtschaft herauszuholen, was nur menschenmöglich ist. Die bäuerlichen Abgeordneten des hohen Hauses wissen auch, bis zu welcher Grenze des Möglichen wir gegangen sind, unseren Bauern immer neue unerhörte Lasten aufzuerlegen. Meine Anordnungen und meine Appelle in Wort und Schrift sind im ganzen Lande bekannt. Ich muß daher vor den Vertretern des bayerischen Volkes auch in diesem Zusammenhang in aller Öffentlichkeit die unerhörten Angriffe der „New York Times“ vom 6. April 1947 und die Angriffe des Herrn Peter Arnold in der „Stimme Amerikas“ zurückweisen, die behaupten, ich hätte die bayerischen Bauern aufgefordert, nichts abzuliefern, und ich hätte mich geweigert, in die britische Zone Lebensmittel zu liefern.

(Pfui-Rufe.)

Das sind unerhörte Lügen!

(Dr. Hundhammer: Wer ist der Lügner?)

Ich weiß, daß es Leute gibt, die behaupten, gute Beziehungen zur „New York Times“ zu haben.

(Hört, hört!)

Mögen sie glücklich sein mit diesem Verrat an ihrem eigenen Vaterlande!

(Lebhafter Beifall des Hauses.)

Meine Damen und Herren! Die durch das Parlament an die bayerische Staatsregierung und mich gestellten Interpellationen und Anfragen wegen der Angriffe der britischen Zone gegen Bayern darf ich damit beantworten, daß ich meine Erklärung zum Protokoll des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats vom 10. April 1947 in dieser Frage bekanntgebe. Ich bitte daraus nicht zu entnehmen, daß ich eine neue Auseinandersetzung mit der britischen Zone, insbesondere mit dem Herrn Landwirtschaftsminister Lübke von Nordrhein-Westfalen, infizieren will. Im Gegenteil; ich habe mich mit Herrn Minister Lübke von Nordrhein-Westfalen ausgesprochen und eine Einigung erzielt. Ich wünsche nicht, daß in der Presse ein neuer Kampf zwischen uns entbrennt, weil wir die deutsche Not, wie ich schon erklärt habe, gemeinsam

tragen müssen und daher Hilfe leisten werden, wo wir können.

(Sehr gut!)

Meine Erklärung in Stuttgart vom 10. April 1947 hatte folgenden Wortlaut:

Das Mitglied des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats, Herr Minister Lübke, hat in den letzten Wochen wiederholt in Presse, Rundfunk und Parlament die Schwierigkeiten der Versorgung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen damit begründet, daß hauptsächlich Bayern seine Verpflichtungen nicht erfülle. Diese Angriffe gegen Bayern wurden in der gesamten deutschen Presse verbreitet. Auch andere Regierungsmitglieder von Nordrhein-Westfalen haben sich ebenfalls in der Öffentlichkeit dieser Anklage gegen Bayern angeschlossen.

Ich muß im Interesse der Wahrheit gegen diese unsachliche und damit ungerechtfertigte Kritik an Bayern beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat schärfsten Protest zu Protokoll geben. Die im Ernährungs- und Landwirtschaftsrat errechneten Liefermengen aus Bayern sind von mir in der jeweils festgesetzten Höhe niemals anerkannt worden. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß die Liefermöglichkeiten Bayerns von einer vollkommen falschen Beurteilung aus errechnet wurden. Ich habe lediglich zu all diesen Berechnungen erklärt, von Bayern aus alles zu tun, was in unserer Kraft steht. Die von Bayern verlangten Lieferungen nach Berlin, den Ländern der US-Zone und nach Nordrhein-Westfalen haben ein Ausmaß erreicht, das undiskutabel ist. Bayern kann z. B. nicht 3 000 Tonnen Fett pro Periode ausliefern, wenn seine eigene Erzeugung von 4 200 Tonnen fast ausschließlich zur Deckung des bayerischen Bedarfes für über 9 Millionen Menschen benötigt wird. Die gleichzeitige Belieferung aller Zuschußgebiete ist ebenso unmöglich, wenn die Militärregierung mir den Befehl gibt, Berlin unter allen Umständen zuerst zu beliefern, und wenn mit diesen in letzter Zeit verdoppelten Berliner Ansprüchen die Liefermöglichkeit Bayerns bereits zum größten Teile in Anspruch genommen ist. Die Angriffe gegen Bayern sind also schon aus diesem Grunde ungerechtfertigt.

Sie werden unverständlich, wenn man die eigenen Möglichkeiten der britischen Zone zur Linderung der Not im Ruhrgebiet in Betracht zieht.

1. Bayern hat gegenüber dem Jahre 1938 in der Fettproduktion einen Rückgang von kaum 20 Prozent. Die britische Zone dagegen unterstellt in ihrer eigenen Bilanz eine Mindererzeugung an Fett gegenüber 1938 von fast 50 Prozent.

(Hört, hört!)

— Es erübrigt sich, unter Fachleuten darauf näher einzugehen! — (Sehr richtig!)

2. Die Viehbestandsverminderung ist in der britischen Zone entgegen den Behauptungen ihrer Länder nachweislich nicht durchgeführt.

(Hört, hört!)

Ebenso ist nachzuweisen, daß die Schweinestände in großem Umfang in der alten Höhe weitergeführt werden.

(Hört, hört!)

Die von Bayern verlangten Lieferungen sind deshalb ungerechtfertigt.

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

3. Die Länder der britischen Zone sind mit ihren Kartoffellieferungen nach Nordrhein-Westfalen nachweislich erheblich im Rückstand. Zu behaupten, daß die Not im Ruhrgebiet auf das Ausbleiben der Kartoffellieferungen aus Bayern zurückzuführen ist, ist eine gefährliche Irreführung der Masse. (Sehr richtig!)

Dieser Mangel in der eigenen Erfassung der britischen Zone wird auch klar, wenn man den Vollzug in dieser Zone betrachtet. Dieser läßt sich nachweislich in keiner Weise mit der Strenge vergleichen, die in der US-Zone und insbesondere in Bayern gehandhabt wird. Die Überwachung des einzelnen Bauernhofs ist mit dem in der britischen Zone vorhandenen Apparat auch nicht annähernd so möglich wie bei uns in Bayern. Es fehlen Viehbeschlagnahmekommissionen in dem Ausmaß wie bei uns; es fehlen Kontrollkommissionen zur Überwachung der Milchablieferung in der Vielzahl wie bei uns; es fehlen Hofbegehungskommissionen, wie sie bei uns seit zwei Jahren zur Überwachung der Ablieferung der Bodenerzeugnisse von Hof zu Hof arbeiten; es fehlt ein Kontrollapparat der Kreisbauernschaften zur Überwachung des Vollzugs in den Gemeinden und es fehlt insbesondere ein ausgebauter Kontrollapparat der Zentrale und der Länder zur Überwachung der Kreisbauernschaften. Bayern hat als Land allein in der Zentrale — ohne die 8 000 Prüfer im ganzen Lande — 90 Prüfer zur Überwachung der Ernährungsämter und im Land je einen Kreisprüfer. In jeder Gemeinde ist bei uns eine eigene Kommission gebildet. Dazu kommen stets wiederkehrende Aufklärungsversammlungen mit den Bürgermeistern, Geschäftsführern der Ernährungsämter, Landräten und Obmännern des Bauernverbandes. In über 2 000 Bauerversammlungen hat der Bayerische Bauernverband seit einer halb Jahren die bayerischen Bauern in allen Dörfern und Gebieten auf die Ablieferungspflicht hingewiesen. Wo, in welchem Land ist das sonst der Fall gewesen? Bei diesem Vollzug, der in der britischen Zone an den unseren nicht heranreicht, ist es auch nicht verwunderlich, wenn dort z. B. ein Betrieb mit 80 Stück Großvieh nur 4 Kühe angibt, um in den Genuss der Butterrücklieferung zu kommen, (hört, hört!)

während die anderen Tiere als Ochsen und untaugliche Kühe bezeichnet werden, und wenn weiter ein anderer Betrieb mit 12 gemolkenen Kühen jeden zweiten Tag nur 6 Liter Milch abliefert.

(Heiterkeit.)

Noch unverständlicher und geradezu herausfordernd wirken daher

— ich fahre in dieser Protokollerklärung fort — nach dem bisher Ausgeföhrten sogar noch Drohungen des Ernährungs- und Innensenminister von Nordrhein-Westfalen, die Kohle-, Eisen- und Zuckerlieferungen nach Bayern abstoppen zu lassen, davon gar nicht zu reden, daß die britische Zone mit diesen Lieferungsverpflichtungen nach Bayern erheblich im Rückstand ist. In der bayerischen Presse wurde von diesem Rückstand nichts erwähnt.

(Hört, hört!)

Es hat auch kein bayerischer Minister wegen dieses Rückstandes damit gedroht, daß keine Lebensmittel mehr geliefert werden.

(Sehr richtig! Expresser!)

Ich muß deshalb beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat fordern, daß im Interesse einer geistlichen Zusammenarbeit des Rats künftig derartige unsachliche Angriffe gegen Bayern unterbleiben. Ich muß weiter fordern, daß endlich meinen wiederholten Wünschen entsprechend ab sofort die Statistik des Zentralamtes Hamburg offengelegt wird, damit die Produktionsverhältnisse der einzelnen Länder der britischen Zone gegenüber den früheren Jahren festgelegt werden können.

(Sehr gut!)

Auf diesem Weg kann den verantwortlichen Stellen in Nordrhein-Westfalen ein Einblick gewährt werden, der zu Angriffen gegen Bayern niemals mehr Anlaß geben kann.

Das war die Erklärung die ich am 10. April in Stuttgart abgegeben habe. Ich möchte die Presse bitten, diese Erklärung nach Möglichkeit nicht mehr zu veröffentlichen, weil ich mit dem Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen Frieden geschlossen habe und wir ja abwarten können, wie sich die Verhältnisse weiter entwickeln.

Meine Damen und Herren! Ich darf ein paar Zahlen nennen, um zu zeigen, was Bayern in der Ausfuhr von Lebensmitteln geleistet hat. Wir haben im Jahre 1945 in außerbayerische Gebiete geliefert: an Käse 4 238 Tonnen, Fett 55 Tonnen, Raps 2 950 Tonnen, Kindernährmittel 686 Tonnen, Getreide 17 858 Tonnen, Heu 40 Tonnen, Hafer 4 450 Tonnen, Zucker 951 Tonnen, lebendes Vieh 3 396 Stück, Fleischwaren 7 887 Tonnen, Kartoffeln 124 Tonnen und Gemüse 620 Tonnen. Das war im Jahre 1945.

Nun, meine Herren Abgeordneten, verfolgen Sie die Steigerung im Jahre 1946! Im Jahre 1946 lieferte Bayern in außerbayerische Gebiete: Hafer 1 161 Tonnen, Heu 979 Tonnen, Stroh 720 Tonnen, Brotgetreide 7 050 Tonnen, Gerste 14 100 Tonnen, lebendes Vieh 13 000 Stück, Fleisch 19 144 Tonnen, Fleischkonserven 1 430 Tonnen, Eier 12 089 000 Stück, Kartoffel 250 779 Tonnen, Schweineschmalz 45 Tonnen, Margarine 835 Tonnen, Nährmittel 484 Tonnen, Käse 11 127 Tonnen, Butter 7 109 Tonnen, Butterschmalz 2 480 Tonnen. Das war im Jahre 1946.

Im Jahre 1947 lieferte Bayern in die außerbayerischen Gebiete

im Januar: Fett — im Monat Januar allein! — 1 616 Tonnen, Käse 1 143 Tonnen und Fleisch 2 557 Tonnen;

im Monat Februar: Fett 1 340 Tonnen, Käse 1 508 Tonnen und Fleisch 2 580 Tonnen;

und im März: Fett 1 179 Tonnen, Käse 1 066 Tonnen und Fleisch 2 131 Tonnen.

Und bei diesen Lieferungen, wie sie aus Bayern noch niemals in dieser Menge ausgeführt wurden, muß ich mich persönlich und muß sich Bayern in der amerikanischen, in der deutschen Presse und im Rundfunk beschimpfen lassen, daß es böswillig sei und nichts liefern wolle!

(Zurufe: Unglaublich! Unerhört!)

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Ich brauche nicht mehr auf die anderen Punkte der Interpellationen der CSU und der SPD einzugehen, nämlich auf die Unterschiede zwischen der britischen und amerikanischen Zone bezüglich der Selbstversorger und bezüglich der Kinder von Selbstversorgern. Mir sind diese Tatsachen bekannt. Mir ist auch bekannt, daß in der britischen Zone der Fettbezug auf die Fleischberechtigungsscheine, die Einstufung der landwirtschaftlichen Betriebe in Teil- und Vollselbstversorger und die gewerblichen Zulagen anders als bei uns gehandhabt werden. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich bei sämtlichen Verhandlungen des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats nicht rasten und ruhen werde, bis eine vollkommen gleichmäßige Gerechtigkeit in der Erfassung, in der Produktion, in der Verteilung und in den gewerblichen Zulagen im ganzen Ernährungssystem erreicht ist, wie wir sie in der amerikanischen Zone bereits haben.

(Beifall.)

Meine Herren Abgeordneten! Bis jetzt habe ich Ihnen Rechenschaft abgelegt über meine Auffassung zur gegenwärtigen Ernährungslage. Ich weiß, daß Sie alle von der Bedeutung eines gesunden Bauerntums zur Wiedergesundung unserer schwerkranken Wirtschaft und zur Wiedergenesis unseres aus tausend Wunden blutenden Volkes überzeugt sind. In weiten Teilen unseres Landes herrscht die Auffassung, daß unsere Bauern nur Befehle empfangen, nur abliefern müssen und daß für sie selbst überhaupt nichts geschehe. Die Bauern, heißt es, erhalten keine Kleider, keine Schuhe, keine Wäsche, keinen Kunstdinger, keine Maschinen, keine Geräte, kein Saatgut. Ich kenne die Sorgen und Nöte unseres fleißigen und schwer arbeitenden Bauernstamms. Es ist aber nicht richtig, einfach zu behaupten, daß für die Landwirtschaft überhaupt nichts geschehe. Wir haben der bayerischen Landwirtschaft durch die Zusammenarbeit aller Parteien jährlich 240 Millionen Mark dadurch erspart, daß wir die früheren Reichszuschüsse auf alle Kreise der Bevölkerung umlegen konnten. Nur so war es der bayerischen Staatsregierung möglich, die ohnehin miserablen Preise der Landwirtschaft aufrechtzuerhalten. Wir haben die Kunstdüngerversorgung in diesem Jahre bei Stickstoff von 15 Prozent auf 50 Prozent steigern können,

(bravo!)

bei phosphorsäurehaltigen Düngern von 0,8 Prozent auf 8,2 Prozent und bei Kali von 19 Prozent auf 22 Prozent der Friedenszuweisung. Nur wer Tag für Tag die ungeheuren Schwierigkeiten mitzumachen hat, kann ermessen, welche Unsumme von Arbeit in der Errreichung dieses kleinen Anfangsfortschrittes für unsere Landwirtschaft steckt.

Unsere Maschinenproduktion für die Landwirtschaft kommt jetzt wieder in Gang. Wir haben bereits eine größere Zahl von Maschinen und Geräten zumeisten können, allerdings nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, weil Tausende unserer Bauernhöfe total oder teilweise zerstört waren und daher zuerst beliefert werden mußten. Auch unserer Saatgutversorgung gilt unser ganzes Bemühen.

Unseren Bauern, die jahraus jahrein in mehr als achtstündiger Arbeitszeit ihre Pflicht erfüllen und berechtigte Forderungen an die Wirtschaft zu stellen haben, müssen wir aber sagen, daß nach einer solchen

Niederlage zwei Jahre nach dem Zusammenbruch nicht all ihre Wünsche erfüllt werden können. Große Teile unseres Volkes glauben, wir könnten heute bereits wieder besser leben wie vor 1914 oder vor 1939. Unsere Bauern müssen unserem Herrgott danken, daß sie ihren Boden, ihr Eigentum und ihre Familie gerettet haben. (Sehr gut!)

Was haben die Geschäftsleute der Stadt, die ihr Haus, ihr Geschäft und ihre Existenz verloren haben, was haben unsere hungernden Arbeiter bisher an Kleidern, Schuhe und Wäsche bekommen, was unsere armen Ausgewiesenen, die nur ihr nacktes Leben retteten und ihr Hemd, das sie am Leibe tragen? Wir alle, Städter und Bauern müssen in dieser Notzeit das richtige Maß zu den Dingen wieder finden, und ich freue mich, daß der weitaus größte Teil unserer Bauernschaft diese Einstellung zur harten Wirklichkeit bereits hat und in überaus treuer Pflichterfüllung sich dessen bewußt ist, daß unser bayerisches Bauerntum und die bayerische Bauernjugend jetzt in der seit Jahrhunderten wohl schwersten Zeit unseres Vaterlandes Hand in Hand mit dem Arbeitertum unserer Städte die einzige Rettung unseres ganzen Volkes sein muß.

(Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Sie werden mich nun fragen, welchen Weg es gibt, um aus dieser bisher geschilderten trostlosen Lage wieder herauszukommen. Nach meiner Überzeugung gibt es hinsichtlich der Ernährungslage nur drei Möglichkeiten der Besserung: Erstens: Deutschland muß Industrieartikel exportieren, um die nötigen Lebensmittel einführen und bezahlen zu können.

Zweitens: Wir müssen in allen vier Zonen die vollständig gleichen Methoden anwenden in der Produktion, in der Erfassung und in der Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

(Sehr gut!)

Drittens: Wir müssen bei allen Schwierigkeiten versuchen, unsere Produktion wieder zu steigern.

Zum Industrieexport: Die Hemmungen in der Industrie müssen verschwinden. Das Treuhänderwesen muß einer Ordnung zugeführt werden.

(Sehr gut!)

Das fleißige deutsche Volk will keine Almosen vom Auslande; wir wollen uns alles wieder selbst erarbeiten. Deshalb muß das Kohleproblem gelöst werden: Ohne Kohle kein Kunstdünger, ohne Kohle keine Maschinen, ohne Kohle keine Geräte und keine Bedarfssartikel! Das ganze Kunstdüngerproblem Deutschlands kann gelöst werden, wenn man der gesamten deutschen Landwirtschaft die Kohleproduktion des Ruhrgebietes von nur zwölf Tagen des ganzen Jahres zur Verfügung stellt. (Hört, hört!)

Die gesamte deutsche Ernährung kann damit — ohne jede Übertreibung — um 40 Prozent auf allen Gebieten verbessert werden.

(Hört, hört!)

Diese Frage muß angepackt werden von der Produktionsseite her und nicht nur immer von der Seite der Erfassung und der Diktatur auf dem Bauernhof.

(Lebhafte Beifall.)

Leider sind auch hier meine Vorschläge bis jetzt überhaupt nicht gehört worden.

(Hört, hört!)

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Zu den einheitlichen Methoden in den Zonen: Die unglückselige Zerreißung Deutschlands in die unnatürlichen vier Zonen kann niemals zu einer befriedigenden Lösung der deutschen Agrarpolitik führen.

(Sehr gut!)

Wir haben zur Zeit überhaupt keine Agrarpolitik, überhaupt keinen Plan auf weite Sicht, nicht einmal einen Jahresplan, den ich ständig fordere. Wie nach dem Dreißigjährigen Kriege bewegen wir uns ziel- und planlos hin und her, leben von der Hand in den Mund und machen Schwankungen in der Ernährungspolitik mit, die auf die Dauer unmöglich so weitergehen können, weil Millionen Menschen dabei verhungern.

(Sehr richtig!)

Wir müssen unsere Erfassungsmethoden verbessern, wir müssen den Bauern etwas für ihre Ware bieten, wir müssen ein Prämienystem für die guten Ablieferer einführen. Dazu gehört aber, daß auf dem Gebiet des Gewerbes und der Industrie die gleiche organische Erfassung stattfindet wie in der Landwirtschaft

(sehr richtig!)

und daß die Freikontingente in der US- und britischen Zone sofort verschwinden,

(lebhafte Beifall.)

weil sie die Quelle eines üblen Schieber- und Schleichhändlertums sind.

Zur Steigerung unserer Produktion benötigen wir vor allem Arbeitskräfte, Kunstdünger, Saatgut, Maschinen und Geräte. Es geht nicht an, daß bei uns in Bayern in Stadt und Land Hunderttausende von Menschen täglich herumlaufen, die faulenzen, schieben, hamstern und schwärzhandeln, während der Bauer und die Bäuerin nicht wissen, wo sie ihre Arbeitskräfte hernehmen sollen.

(Beifall.)

In der Bereitstellung der nötigen Arbeitskräfte und Betriebsmittel für den Bauern hat unser Parlament eine der schwersten und wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, damit wir von Bayern aus der Welt zeigen, daß wir nicht unfruchtbare Kritik üben und allgemeine Redensarten führen, sondern fruchtbare und praktische Arbeit leisten.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Es gibt keine Kollektivschuld und es darf auch keinen Kollektivhunger geben!

(Beifall bei der CSU.)

Vieles ist von unserer Seite her noch zu verbessern; vieles bleibt noch zu tun. Nur wenn wir selbst den Nachweis erbracht haben, daß unsere letzten Möglichkeiten erschöpft sind, können wir vor die Besatzungsmacht hintreten und erklären: Bis hierher und nicht weiter; wir sind am Ende unserer Kraft!

Wir alle in diesem hohen Hause lehnen eine Kollektivschuld des deutschen Volkes ab,

(Beifall)

und lehnen daher auch ab, daß Hunderttausende von Menschen am Kollektivhunger zu Grunde gehen.

(Erneuter Beifall.)

Nicht die hungernden und blassen deutschen Kinder haben diese Lage verschuldet, nicht die deutschen Frauen sind schuld an der jetzigen Not und nicht wir Antifaschisten haben dieses furchtbare Elend über Deutschland gebracht. Angefangen der furchtbaren Lage in unserer Ernährung, angefangen der Trostlosigkeit in der Versorgung unserer städtischen Bevölkerung und angefangen des tatsächlichen Hungers von Millionen unschuldiger Menschen richten wir Antifaschisten an die ganze Welt einen Appell und appellieren dabei an das Gebot der Menschlichkeit. Wir erklären auch ganz offen, daß wir, ohne die Verbrechen Hitlers entschuldigen zu wollen, der Überzeugung sind, daß Hitler seine Tyrannie, seine Aufrüstung und seinen Krieg niemals fertig gebracht hätte, wenn ihm nicht, wie Brünings auf einem Vortrag an der Universität Chicago feststellte, auch das Ausland hierzu verholfen hätte.

(Anhaltender stürmischer Beifall.)

Die Finanzachverständigen Deutschlands waren sich darüber einig, daß Hitlers Regierung 1934 wegen Devisenmangels bankrott gemacht hätte, wenn nicht England, Amerika und Russland der Hitlerregierung zu Hilfe gekommen wären.

(Sehr richtig!)

Durch die Dollarabwertung Amerikas wurde Hitlers Auslandsschuld um 40 Prozent vermindert, so daß Hitler eine Atempause gewann. Ende 1934 wurde das englisch-deutsche Zahlungsabkommen geschlossen, das trotz der Warnung Brünings, der damals in London war, die Hitlerregierung finanziell so unterstützte, daß dieses Abkommen ein bedeutender Faktor zur Aufrüstung Deutschlands werden konnte.

(Hört, hört!)

Hitlers dritter Freund in seiner finanziellen Not war die Sowjetunion durch die russischen Industrieaufträge von einer halb Milliarden Reichsmark. So haben drei ausländische Mächte Hitler geholfen, sich mit seinen Spießgesellen und Verbrechern über die Finanzkrise hinwegzuhelfen und dieses riesige Aufrüstungswerk zu betreiben. Dazu kamen noch die Handelsverträge des Auslands mit Hitler, kamen die Gesandtschaften der auswärtigen Mächte am Hofe des allgewaltigen Hitler, kamen die Neujahrsempfänge der ausländischen Diplomaten und kamen die Besuche der Diplomaten bei den Parteitagen in Nürnberg.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dazu kam weiter der Deutsche Gruß der ausländischen Gesandten bei der Olympiade in Berlin. Nichts soll die Schuld der Deutschen, nichts soll die ungeheueren Verbrechen der Nazis an der Welt entschuldigen oder beschönigen. Eine Kollektivschuld aber muß abgelehnt werden und eine alleinige Schuld Deutschlands an unserer jetzigen Wirtschaftslage ebenfalls.

(Starker Beifall.)

Wir wissen, daß in weiten Teilen Deutschlands bereits Hungersnot, Seuchen und Krankheiten herrschen würden, wenn wir nicht durch die großzügige Hilfe der amerikanischen Nation für Millionen Dollar Lebensmittel empfangen hätten. Wir bitten die Besatzungsmächte, uns die Möglichkeit zu geben, durch unseren eigenen Fleiß und durch unsere Arbeit wieder unser Brot zu verdienen. Wir wollen helfen, gutzumachen, was andere verschuldet haben, wir wollen den Geist des Nationalsozialismus und des

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Militarismus verbannen und hinaustreiben aus Haus und Hof und Herz und Hirn.

(Lebhafte Beifall.)

Wir wollen ein friedliches Volk unter den friedlichen Völkern der Erde sein. Wir wollen uns der Hilfe des amerikanischen Volkes würdig zeigen. Wir wollen von Bayern aus in christlicher Nächstenliebe all unseren notleidenden Brüdern in ganz Deutschland, soweit es in unserer Kraft steht, zu Hilfe kommen. Unsere Bauern werden sich aus ihrer christlichen Einstellung heraus in der ernsten Stunde der Rechenschaft niemals den Vorwurf machen lassen:

Wir waren hungrig, und ihr habt uns nicht gespeist.

Wir waren durstig, und ihr habt uns nicht getränkt.

Wir waren obdachlos, und ihr habt uns keine Herberge gegeben.

Unsere Bauern, unsere Bürgermeister, die Obmänner des Bayerischen Bauernverbandes, die Leiter der Ernährungsämter und unsere Landräte werden in diesen Wochen all ihre Kräfte aufbieten, um von unserer Seite die Ernährungsnot zu lindern, wo wir nur können.

Sie, meine Herren Abgeordneten, bitte ich zum Schluß, daß Sie im Sinne meiner Ausführungen draußen bei Ihren Wählern und vor dem ganzen bayerischen Volke den Mut zur Wahrheit haben, zu einer Wahrheit über die ganze Lage, zu einer Wahrheit, die uns allein über diese furchtbare Übergangszeit hinweghelfen kann.

Helfen müssen wir alle. Millionen leidender Menschen erwarten unsere Hilfe. Die Frage der Verantwortlichkeit ist geteilt je nach dem Grad der Gewaltenteilung. Die Weltgeschichte als das Weltgericht wird über unsere Siegermächte das Urteil sprechen:

Unschuldige deutsche Kinder waren hungrig, und ihr habt sie gespeist.

Unschuldige deutsche Mütter waren durstig, und ihr habt sie getränkt.

Unschuldige deutsche Ausgewiesene hatten keine Herberge, und ihr habt ihnen Brot und Lebensraum gegeben.

(Unhaltender stürmischer Beifall und Bravo-Rufe.)

**Präsident:** Angesichts der eindrucksvollen Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers sehe ich als Präsident davon ab, die Tribüne zu rüggen, weil sie sich am Beifall beteiligt hat. Es waren Momente in der Rede des Herrn Landwirtschaftsministers enthalten, die auch die Tribüne einmal veranlassen konnten, im Beifall mit den Herrn Abgeordneten mitzugehen. Im übrigen ist es aber nicht Brauch und Sitte, daß sich die Zuhörer am Beifall beteiligen.

Ich habe als Präsident dieses Hauses nur den Wunsch, daß die eindrucksvollen Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers, die den allgemeinen Beifall des Hauses gefunden haben, die Grundlage abgeben möchten für eine Besserung unserer Lage und daß sie das Gehör finden möchten, das sie in unserer tiefen Not zur Besserung unserer Lage in der ganzen Welt einmal finden müssen.

Das Wort hat weiter in der Debatte zu Ziffer 4 der Interpellation des Herrn Abgeordneten Schefbeck der Herr Staatsminister für Wirtschaft Dr. Zorn.

**Staatsminister Dr. Zorn:** Herr Ministerpräsident, meine Herren Abgeordneten! Gestatten Sie mir zur Abrundung des eindrucksvollen Bildes der Wirtschaftslage, das eben der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner entworfen hat, noch ein kurzes Wort zu Ziffer 4 der Interpellation des Herrn Abgeordneten Schefbeck. Ich kann Ihnen nur ein nüchternes Zahlenwerk präsentieren, das aber die traurige Wirtschaftslage unseres Landes auch auf dem Gebiete von Kohle und Eisen deutlich macht. Diese Ziffer 4 der Interpellation stellt fest, daß Bayern in der Zuweisung von Kohle und Eisen gegenüber der britischen Zone benachteiligt wurde. Diese Feststellung ist ohne Zweifel richtig. (Hört!)

Aber Bayern wurde bei der Kohle- und Eisenzuweisung nicht nur gegenüber der britischen Zone, sondern auch gegenüber den beiden anderen Ländern der amerikanischen Zone benachteiligt.

(Hört!)

Die Kohle- und Eisenzuweisungen sind sozusagen das tägliche Brot eines Wirtschaftsministers von heute, und zwar ein sehr hartes und zähes Stück Brot. Um den Ursachen dieser Benachteiligung auf den Grund zu gehen, muß ich Ihnen zunächst einiges berichten über die Art der Kohleverteilung.

Bis zum 1. April dieses Jahres lag die Kohleverteilung in den Händen des Kontrollrats. Dieser teilte die Kohle nach Abzug von einigen Hauptkontingentsträgern wie Truppe, Reichsbahn, Eisen- und Stahlindustrie, Elektrizitäts- und Wasserwerke, auf die verschiedenen Zonen auf. Die Verteilung des auf die US-Zone fallenden Anteils, also des Industrie- und Zivilbedarfs dieser Zone, erfolgte durch den Arbeitsstab Kohle im Länderrat, und zwar im Benehmen mit den Kohlereferenten der drei Länder. Dieser Modus änderte sich grundlegend ab 1. April dieses Jahres. Seit drei Wochen teilt also der Kontrollrat dem Verwaltungsamt Minden nach Abzug des Armeeverbrauchs ein Gesamtkontingent für beide Zonen zu. Das Verwaltungsamt verteilt nun diese Menge ohne Rücksicht auf die Ländergrenzen auf die Industriezweige. Die Fachgruppenleiter der einzelnen Industriezweige im Verwaltungsaamt für Wirtschaft Minden teilen ihre Kontingente hinziederum im Benehmen mit den Fachgruppenleitern der Länder auf diese auf. So viel über den Verteilungsmodus.

Nun zur Frage der Kohlenlieferungen. Vom April 1946 bis März 1947 betrugen die gesamten Kohlenzuweisungen an Bayern ca. 4 137 000 Tonnen. Tatsächlich ausgeliefert wurden nur ca. 3 503 000 Tonnen.

(Hört!)

Die Minderlieferung betrug also ca. 634 000 Tonnen, und dies trotz der günstigen Auslieferung der eigenen Kohlenförderung. Es muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß zu dieser Minderlieferung von etwa 634 000 Tonnen noch ein Verlust von ca. 95 000 Tonnen kommt, der durch Plünderungen außerhalb Bayerns in diesem Winter entstand. Die britische Zone dagegen hat im gleichen Zeitraum ihre Zuteilung voll erhalten.

(Hört!)

Diese Minderbelieferung ist für die bayerische Wirtschaft besonders schmerzlich, da, wie der Herr Abgeordnete Schefbeck mit Recht gerügt hat, nach den Bestimmungen des Kontrollrats eine Nachlieferung nicht möglich ist. Es ist klar, daß wir die Gründe

(Staatsminister Dr. Zorn)

der Minderbelieferung eingehend untersucht haben. Die mangelhaften Zuteilungen durch den Kontrollrat im vergangenen Jahr an die ganze US-Zone hatten ihren Grund auch darin, daß die statistischen Unterlagen im letzten Jahr sehr unzulänglich waren. Dazu kam noch die besondere Benachteiligung Bayerns durch die Auseinandersezung mit Württemberg und Hessen. Bei der Errechnung der Kohlenzuteilungen an die Länder der US-Zone wurden nämlich nicht die Industriekapazität und der Bevölkerungsschlüssel als Maßstab zugrunde gelegt, sondern ein Verbrauchsschlüssel, der sich für Bayern ungünstig auswirken mußte, da der Verbrauch von Ruhrkohle in Bayern im Vergleich zu dem in Württemberg und Hessen schon immer erheblich geringer war.

Ein weiterer Grund für die Schlechterstellung Bayerns ist seine ungünstige Transportlage. Der Mangel an Transportmitteln wirkt sich bekanntlich immer am ungünstigsten für das revierfernste Gebiet aus. Auch die Abzweigung bedeutender Sonderkontingente, wie beispielsweise des Exportkontingents in Höhe von 15 bis 16 Prozent der Gesamtförderung, ferner des sehr großen Zechenelbstverbrauchs, der zur Zeit ca. 19 Prozent der Förderung ausmacht, aber in der Vorkriegszeit nur etwa 8 Prozent betrug; all diese Dinge drücken die Belieferung.

Nach meinem Amtsantritt habe ich sofort den bisherigen Verteilungsmodus angefochten. Nach langwierigen Verhandlungen haben die süddeutschen Länder erreicht, daß die Kohlenzuteilung nunmehr in beiden Zonen nach fachlichen Gesichtspunkten erfolgt. Dadurch ist bereits eine Besserstellung Bayerns erreicht. Während der durchschnittliche Monatsanteil Bayerns im Jahre 1946 ca. 340 000 Tonnen betrug, beträgt die Aprilzuteilung 1947 357 000 Tonnen, die Maizuteilung 422 000 Tonnen; das sind also 24 v. H. mehr gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahrs.

(Bravo!)

Die Stockungen in der Kohlenversorgung im März und April lagen, wie ja allgemein bekannt ist, nicht daran, daß Bayern benachteiligt worden wäre, sondern an der angespannten Transportlage. Ich darf noch darauf aufmerksam machen, daß es Aufgabe der neugegründeten Planungsabteilung des Wirtschaftsministeriums ist, die sachlichen Grundlagen für eine gerechte Aufschlüsselung der Kontingente erheblich gründlicher auszubauen, als es bisher geschehen ist. Um die Kohlenlage zu verbessern, wurde weiterhin bereits veranlaßt, die im argen liegenden Transportverhältnisse durch Meistbegünstigung der Bahnreparaturwerke und der Flussschiffahrt zu verbessern. Ein diesbezüglicher Beschluß des Verwaltungsrates in Minden ist gefaßt. In Minden wurde überdies auch angeregt, die Verteilung der bekanntlich sehr umstrittenen Kontingente der Zechen, der Reichsbahn und der Stahlindustrie einer eingehenden Kontrolle zu unterziehen. Der gesamte Verwaltungsrat in Minden hat diesen Antrag unterstützt.

Meine Herren, Sie dürfen überzeugt sein, daß wir hier in Bayern mit allen Kräften versuchen werden, wenigstens einen Teil der zu wenig gelieferten Kohle ersetzt zu bekommen. Bezüglich der Hausbrandversorgung muß ich Ihnen leider die betrübliche Mitteilung machen, daß das für beide Zonen vorgesehene Bevorratungskontingent von einer Million Tonnen

für die Monate Mai und Juni zunächst auf 281 000 Tonnen ermäßigt wurde,

(hört, hört!)

und zwar auf Weisung des Kontrollrats.

(Hört!)

Die dadurch eingesparte Menge wird auf Chemie-, Eisen-, Stahl-, Baustoff- und Textilbetriebe aufgeteilt. Es ist Ihnen bekannt, daß der Verwaltungsrat in Minden den Beschuß gefaßt hat, es sollen im Interesse der Hausbrandversorgung pro Kopf der Bevölkerung 6 Zentner Briketts freigemacht werden. Trotzdem hat der Kontrollrat die Hausbrandbevorratung für die Monate Mai und Juni zurückgestellt, da durch den Förderrückgang an der Ruhr eine ordnungsmäßige Versorgung der Industrie nicht mehr möglich schien. So viel, meine Herren Abgeordneten, über die Kohle.

Den weiteren Beanstandungen und Fragen, die der Herr Abgeordnete Scheffbeck in der Begründung seiner Interpellation vorgebracht hat, werde ich selbstverständlich nachgehen. Das Ergebnis meiner Nachprüfungen werde ich dem hohen Haus berichten.

Meine Herren! In der Eisenzuteilung liegen die Verhältnisse ganz ähnlich wie bei der Kohle. Zunächst zum Verteilungsmodus: Der Kontrollrat verteilt auch die ihm gemeldeten Eisen- und Stahlproduktion auf die einzelnen Zonen, und zwar nach den Vorschlägen des Verwaltungsamtes Minden. In der US-Zone erfolgte bis Dezember 1945 die Aufteilung auf die drei Länder durch die Militärregierung an Hand eines geschätzten Verteilungsschlüssels. Vom Dezember 1945 bis etwa Mai 1946, also bis vor einem Jahr, war der Verteilungsschlüssel wie folgt: Bayern erhielt 60 Prozent der Zonenzuteilung, Württemberg und Hessen je 20 Prozent. Ab Mai 1946 wurde nach langen Verhandlungen ein kombinierter Schlüssel festgelegt, der die Industriekapazität und die Verbraucherzahlen gleichzeitig berücksichtigt. Da die Kapazität der eisenverarbeitenden Industrie Bayerns und Württemberg-Badens etwa die gleiche ist, sah dieser Verteilungsschlüssel für Bayern und Württemberg je 40 Prozent, für Hessen 20 Prozent vor. Es ist kein Zweifel, daß Bayern durch diesen Schlüssel wegen der viel zu geringen Berücksichtigung der Verbraucher benachteiligt ist. Es ist jedoch damals den bayerischen Vertretern nicht gelungen, sich durchzusetzen. Auch dieser Verteilungsschlüssel wurde auf meine Veranlassung hin angefochten.

Nun zu den Zuteilungen! Im Jahre 1946 wurden der gesamten US-Zone ca. 475 000 Tonnen Walzeisen zugewiesen. Tatsächlich geliefert wurden nur ca. 307 000 Tonnen.

(Hört!)

Der Rückstand beträgt also ca. 168 000 Tonnen.

(Hört!)

Ferner wurde auf Grund von statistischen Unterlagen des Verwaltungsamtes Eisen und Stahl in Düsseldorf in der Zuteilung von Kontingenten eine weitere Benachteiligung der US-Zone von ca. 70 000 bis 100 000 Tonnen festgestellt. Die Fehlmenge beträgt also für die ganze Zone insgesamt 220 000 bis 250 000 Tonnen. Bayern hätte nach dem Kontingent, das wir bekanntlich angefochten haben, monatlich ca. 10 000 Tonnen Eisen bekommen sollen. In Wirklichkeit hat es aber nur ca. 5 000 Tonnen erhalten.

(Hört!)

(Staatsminister Dr. Jörn)

Dazu kommt noch für Bayern eine Kontingentsbenachteiligung mit etwa 40 000 Tonnen. Infolgedessen hat Bayern etwa 90 000 bis 100 000 Tonnen Eisen zu wenig geliefert bekommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf folgendes aufmerksam machen: Im Jahre 1936 verarbeitete die heutige britische Zone etwa doppelt soviel Eisen als die heutige US-Zone. Das gesamte Verhältnis der tatsächlich verarbeiteten Eisenmenge ist in der britischen Zone mit 67,5 Prozent, in der US-Zone mit 32,5 Prozent zu beziffern. Trotzdem wurden 1946 die Kontingente im Verhältnis 75 zu 25 festgelegt.

(Hört!)

Die tatsächliche Belieferung stand sogar nur im Verhältnis 84 zu 16 Prozent. Wie bei der Kohle sollte auch dieser Lieferungsrückstand für verfallen erklärt werden. Auf unsere Vorstellung beim Verwaltungsausschuß Minden wurde eine Nachlagslieferung von 65 000 Tonnen angeboten. Diese Nachlieferung wird von den Ländern der US-Zone jedoch nur als Vorleistung anerkannt. Darüber hinaus wurde eine bevorrechtete Lieferung dieser Menge gefordert. Die Verhandlungen wegen des vollständigen Ausgleichs sind noch im Gange.

Meine Herren Abgeordneten, es kommt aber letzten Endes nicht allein darauf an, wieviel Roheisen der Industrie zur Verarbeitung zugewiesen wird, sondern es kommt maßgebend auch darauf an, welche Mengen an Fertigfabrikaten der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Da die fertigen Erzeugnisse zum großen Teil nicht bewirtschaftet sind, tritt auch dadurch eine Benachteiligung Bayerns ein. Die Nutznießer dieser Nichtbewirtschaftung der Eisenfertigwaren sind die Länder Württemberg und Hessen, in denen sich die hauptsächlichen Standorte der eisenverarbeitenden Industrie und der Maschinenindustrie befinden. Dort werden zweifellos Fertigwaren einschließlich Maschinen in viel stärkerem Maße an die Wirtschaft gegeben, als dies in Bayern der Fall sein kann.

(Hört!)

Um diesen zweifellos sehr mißlichen Zustand zu ändern, wurde von meinem Ministerium in den letzten Tagen in Minden gefordert, alle Eisenfertigwaren nach einem Verbraucherschlüssel auf die einzelnen Länder aufzuteilen. Unser Vorschlag wurde angenommen. Ferner wurde unserem Antrag entsprochen, daß Landwirtschaft und Verkehr eine wesentliche Erhöhung ihres Eisenkontingents erhalten. Für die übrigen Wirtschaftszweige konnte leider eine Erhöhung der Eisenkontingente noch nicht erreicht werden. Die zu zuteilenden Mengen reichen nur für den Unterhaltungs- und Erneuerungsbedarf aus.

Schließlich muß ich noch darauf hinweisen, daß die Lage in der Eisenwirtschaft, im ganzen gesehen, äußerst deprimierend ist. Die Eisenproduktion liegt heute in den beiden Zonen ungefähr bei 10 Prozent der ehemaligen gesamtdeutschen Eisenproduktion. Daz unter diesen Umständen die Eisenzuteilung mangelhaft sein muß, ist selbstverständlich. Nach den neuesten Mitteilungen wird auch für das zweite Quartal 1947 eine Kontingentszuteilung nicht erfolgen und zwar wegen der großen Lieferungsrückstände der eisenbeschaffenden Industrie. Nachdem die verarbeitende Industrie in Bayern seit dem dritten Quartal 1946 tatsächlich keine Lieferungen mehr erhalten hat, bringt sie dies

zweifellos in eine sehr ernste Lage. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, wie notwendig es ist, daß mit allen Kräften am Aufbau unserer bayerischen Hüttenwerke gearbeitet wird. Denn sie sind die Quelle, auf die wir in Zukunft immer stärker zurückgreifen werden müssen.

Im übrigen sind die Fragen der Verteilung dauernd im Fluß. Sie dürfen überzeugt sein, daß das Wirtschaftsministerium alles tun wird, um irgendwelche Benachteiligungen zu vermeiden, und daß daran gearbeitet wird, die Mißstände im Verteilungssystem zu beseitigen. Vor allem wird dafür gesorgt werden, daß die Kontingentschlüssel nunmehr nach gerechteren Gesichtspunkten errechnet werden und daß unanfechtbares statistisches Material und nicht mehr fragwürdige Schätzungen und die Lautstärke der Ländervertreter in den Sitzungen in Minden die Grundlage für die Zuteilung von Kohle und Eisen sein werden.

(Beifall.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Staatsminister für Wirtschaft für seine Ausführungen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stock.

Stock (SPD): Ich beantrage, daß auch die Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Jörn den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden.

Präsident: Ich bitte den Herrn Staatsminister, das zu veranlassen.

Staatsminister Dr. Jörn: Das wird geschehen.

Präsident: Die Ausführungen sind eine Ergänzung der Darlegungen zur Gesamtlage auf dem Ernährungsgebiet.

Ich würde nun dem hohen Hause vorschlagen, die Tagung zu unterbrechen. Wir haben jetzt die Beantwortung der Interpellation sowohl durch den Herrn Landwirtschaftsminister wie durch den Herrn Staatsminister für Wirtschaft gehört. Beide Ausführungen haben sich gegenseitig ergänzt. Ich darf wohl, ohne jemanden zu nahe zu treten, konstatieren: Die herausragenden Ausführungen des Herrn Staatsministers für Landwirtschaft haben einen derartigen Widerhall im Hause gefunden, daß es vielleicht nicht angezeigt ist, jetzt, nachdem die beiden Minister zur Lage gesprochen haben, durch eine unmittelbar anschließende Debatte diesen Eindruck wieder etwas zu verwischen.

(Sehr richtig!)

Wir wollen unter dem frischen Eindruck der Darlegungen jetzt die Beratungen abbrechen, und ich möchte mir erlauben, Ihnen vorzuschlagen, sie nachmittags 2 Uhr wieder fortzusetzen, so daß auch die Fraktionen ganz kurz zur Lage Stellung nehmen können. Vielleicht ist es zweckmäßig, daß die einzelnen Parteidredner sich angesichts der Gesamtsituation auf das Wesentliche beschränken. Damit soll niemand gehindert sein, seine Anträge vorzubringen. Es liegt eine Reihe von Anträgen vor. Die Debatte sollte aber meines Erachtens von dem höheren Gesichtspunkt der gesamt demokratischen Auffassung aus so geführt werden, daß sie nur noch eine Ergänzung darstellt und der Gesamteindruck dadurch nicht verwischt wird. Unter diesem Gesamteindruck möchte ich dem Hause auch noch vorschlagen, den Antrag zur Abstimmung zu bringen, der im Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

(Präsident)

Die Ausführungen des Herrn Staatsministers Dr. Baumgartner dienten dem Landtagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft zur Kenntnis. Gegenüber den Vorwürfen, welche über die Ursachen der gegenwärtigen Ernährungskrise in der in- und ausländischen Presse sowie im Rundfunk gegen den Ernährungsminister und das Land Bayern erhoben wurden, stellt der Landtagsausschuß fest, daß diese auch jeder Begründung entbehren, und es wird dem Herrn Ernährungsminister volle Anerkennung und Dank für seine umsichtige und tatkräftige Amtsführung ausgesprochen.

Ich möchte dem hohen Hause empfehlen, diese Entschließung folgendermaßen abzuändern:

Die Ausführungen des Herrn Staatsministers Dr. Baumgartner dienten dem Landtag zur Kenntnis. — Also nicht dem Landtagsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft; denn der Herr Staatsminister hat im wesentlichen in großen Zügen hier seine Ausführungen, die er im Ausschuß vorher gemacht hat, vertieft. —

Gegenüber den Vorwürfen, welche über die Ursachen der gegenwärtigen Ernährungskrise in der in- und ausländischen Presse sowie im Rundfunk gegen den Ernährungsminister und das Land Bayern erhoben wurden, stellt der Landtag fest, daß diese auch jeder Begründung entbehren, und es wird dem Herrn Ernährungsminister volle Anerkennung und Dank für seine umsichtige und tatkräftige Amtsführung ausgesprochen.

Ist das hohe Haus damit einverstanden?

(Widerspruch — Dr. Linnert: Erst muß die Diskussion abgeschlossen werden, ehe über die Entschließung abgestimmt wird.)

Wer sich dieser Ansicht anschließen will, daß erst nach Abschluß der Diskussion abgestimmt werden soll, wolle sich vom Platz erheben. Meine persönliche Auffassung als Präsident — ich will allerdings niemand vore greifen — ist die, daß wir dem besonderen Höhepunkt, den wir heute früh erreicht haben, auch nach außen eine abschließende Note geben sollten.

Wer also die Ansicht des Herrn Abgeordneten Dr. Linnert teilt, daß erst nach Abschluß der Debatte abgestimmt werden soll, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag abstimmen, den ich bekanntgegeben habe.

Dr. Hoegner (SPD): Wir haben einen Zusatz eingebracht, über den dann auch abgestimmt werden muß.

Präsident: Ich wollte darüber abstimmen lassen, der Wortlaut liegt mir aber nicht vor, es hat ihn niemand.

(Dr. Hoegner: Ich kann ihn bekanntgeben.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Der Zusatz lautet:

Der Herr Landwirtschaftsminister wird ersucht, wenigstens die bisherige, äußerst notdürftige Ernährung der städtischen Bevölkerung aufrecht zu erhalten und im Benehmen mit den anderen zuständigen Ministern mit den schärfsten Mitteln gegen die vor sich gehende Zerstörung unserer gesamten Ernährungswirtschaft vorzugehen.

Präsident: Der Zusatzantrag ist jetzt bekanntgegeben. Er stellt nach meiner Überzeugung eine wich-

tige Ergänzung zu dem Antrag des Ausschusses dar. Ich empfehle beide Anträge, sowohl den Antrag des Ausschusses wie den eben bekanntgegebenen Zusatzantrag anzunehmen.

(Dr. Linnert: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort hat zur Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP): Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang im parlamentarischen Leben, das der Herr Präsident Dr. Horlacher genau kennt, daß wir mitten in der Aussprache einen Antrag, der noch dazu soeben erst mündlich vorgetragen wurde, und überhaupt die ganze Entschließung zur Abstimmung bringen. Es könnte doch sein, daß sich aus der Diskussion auch noch andere Zusätze und Möglichkeiten ergeben. Ich bitte, kein Präjudiz zu schaffen.

Präsident: Wir waren schon in der Abstimmung begriffen. (Widerspruch bei der FDP.)

Wer Widerspruch erhebt, daß über den Zusatzantrag gleichzeitig abgestimmt wird, möge aufstehen. — Das ist die Minderheit. Es bleibt also bei meiner Auffassung.

Ich lasse jetzt über den Antrag des Ausschusses mit den Änderungen, die ich bekanntgegeben habe, und über den Zusatzantrag abstimmen.

Wer für diese beiden Anträge ist, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Beide Anträge sind einstimmig angenommen.

(Zuruf von der FDP: Wir enthielten uns der Stimme.) — Also bei Stimmabstimmung der FDP.

Ich schlage nun dem Hause vor, sich auf pünktlich nachmittags 2 Uhr zu verlegen mit Fortsetzung der Tagesordnung.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 11.36 Uhr unterbrochen und um 14 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Das Wort hat der Abgeordnete Lang.

Lang (CSU): Hohe Staatsregierung, meine Damen und Herren! Es ist durchaus zweckmäßig, wenn auch ein ausübender Bauer in die Ernährungsdebatte eingreift. Ich bin Allgäuer Bauer, also ein Bauer der Milchwirtschaft und Viehzucht. Gerade wir da oben im Allgäu werden am meisten von den jetzt erhobenen Vorwürfen betroffen. Diese Vorwürfe kommen nicht nur aus der britischen Zone, sie werden auch von unserem eigenen Volke, insbesondere von unserer eigenen Großstadtbevölkerung, erhoben. Auch diese hungert, nicht nur die in der britischen Zone.

Es dürfte an der Zeit sein, einmal die verschiedenen Mängel aufzuführen, die daran schuld sind, daß wir heute nicht mehr so viel Fett und Käse wie vor einigen Jahren erzeugen können. Unser Landwirtschaftsminister, der unser vollstes Vertrauen genießt, hat Recht gehabt, wenn er sagte: wir sind nicht auf der Anklagebank. Nein, wir Bauern klagen selbst an, in erster Linie diejenigen, die durch ihre Katastrophen- und Raubbaupolitik der letzten Jahre unsere Landwirtschaft und Milchwirtschaft in eine Art Erschöpfungszustand gebracht haben. Wir können heute einfach nicht mehr das liefern, was wir früher liefern konnten. Wir müssen allerdings auch — nehmen Sie mir es nicht übel, wenn ich dies vor dem hohen Hause sage! — manche Stellen anklagen, die vom grünen Tisch aus in Unkenntnis

(Lang [CSU])

der Sachlage Anordnungen getroffen oder solche des Dritten Reiches beibehalten haben, die sich heute ungünstig für uns auswirken. Ich erinnere daran, daß wir seit zwei Jahren fast keinen Kunstdünger erhalten haben. Die Kunstdüngermarken des vergangenen Jahres sind zum großen Teil nicht eingelöst worden. Wir haben fast nichts dafür bekommen. Wenn ein Normalverbraucher seine Marken nicht eingelöst erhält, wird er sich auch dagegen wehren.

In der Viehwirtschaft möchte ich auf einen Umstand hinweisen, der bis jetzt zu wenig beachtet worden ist. Hierbei wähle ich meinen eigenen Betrieb als Beispiel. Infolge des Bazillus Bang, des Verwesens, der Trichinose, habe ich in meinem Betrieb im vergangenen Jahre 7000 Liter Milch weniger abliefern können als in den vorhergehenden Jahren. In meiner Gemeinde beträgt der Milchausfall 400 000 Liter, in meinem Kreise fünf Millionen Liter, im ganzen Allgäu Millionen und aber Millionen. Der Ausfall an Butter, Fett und Käse beläuft sich auf viele tausend Tonnen.

Ich bitte diejenigen Behörden, die hier Ordnung schaffen können, mit einer Revision des Körgesetzes endlich einmal einzugreifen. Wir sind keine Gegner dieses Gesetzes und wollen nicht, daß es verschwindet, aber wir wünschen, daß seine überspannte, diktatorische Handhabung, so wie dies im Dritten Reich Übung geworden war, endlich abgebaut wird. Man soll unsere Bauern im Allgäu nicht zwingen, dauernd das Gesetz zu übertreten und schwarze Stiere zu halten, um den Betrieb überhaupt noch aufrecht erhalten und den bestehenden Verpflichtungen wenigstens einigermaßen nachkommen zu können. Wenn ich heute in meiner Gemeinde Betriebe mit 10 Kühen habe, von denen vielleicht zwei trächtig sind, muß doch jeder, auch der Normalversorger, begreifen, wie die Sache eigentlich liegt.

Dann erinnere ich daran, daß wir im bayerischen Vorälpegebiet in diesen Jahren immer wieder Gelegenheiten hatten, aus Tirol Vieh einzuführen. Die Tiroler Bergbauern haben das Vieh aufgezogen und wir konnten damit viel Milch einsparen. Wir haben in großer Zahl sogenannte Altmelkbetriebe unterhalten und dies war auch eines der Geheimnisse unserer hohen Milchablieferung.

Es ist absolut nicht so, daß wir heute deshalb nicht abliefern, weil wir keine Währung haben. Wir machen es nicht so, wie zum großen Teil die Industrie, die auf die Währungsreform wartet oder mit Kompressionsgeschäften ihre Waren absetzt. Wir liefern täglich und jede Woche früh und abends unsere Produkte ab und fragen nicht danach, was wir dafür bekommen. Wir erhalten heute für den Liter Milch 19 ₔ, für ein Pfund Kalbfleisch, wenn es gut geht, 50 ₔ, für ein Pfund Fleisch einer Schlachtkuh 30 ₔ. Wir wollen darum nicht streiten; denn es gilt auch für uns keine andere Parole als die, Opfer zu bringen. Schließlich ist es gleichgültig, ob wir 30 oder 19 ₔ bekommen. Wir wissen, daß wir im Grunde genommen nichts bekommen. Ich bitte die zuständigen Stellen, Schritte zu unternehmen, damit auch in dieser Hinsicht etwas geschieht. Wäre es denn ganz unmöglich, eine wertbeständige Übergangs währung, und zwar eine sogenannte Warenmark aufzubauen und so das Aibel an der Wurzel zu erfassen?

Ich habe diese kurzen Ausführungen nur gebracht, um vielleicht solche Stellen, die bis jetzt am grünen Tische dies nicht gewußt haben, darauf aufmerksam zu machen. (Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Kiene.

Kiene (SPD): Meine Damen und Herren! Wer arbeitet, soll auch essen, hat der Herr Ernährungsminister auf seinen Bauernkundgebungen gesagt. Heute ist es aber doch zum Teil so: wer nicht arbeitet, lebt viel besser als derjenige, der arbeitet. Ich erinnere an eine Illustration in einer Zeitung. Dort war ein herausgefressener Spießer aufgezeigt, links von ihm ein Weib und rechts von ihm ein Weib. Die eine fragt ihn: Und wie heißen Sie? — Mein Name ist Hase. Wovon leben Sie so gut? — Davon, daß die anderen so schlecht leben. Das größte Übel unserer heutigen Zeit ist die menschliche Gemeinheit. In diesem Bilde ist sie ausgedrückt. Menschliche Gemeinheit hat es immer gegeben. Durch den Nationalsozialismus und den darauf folgenden Zusammenbruch ist sie in noch viel stärkerem Maße zum Vorschein gelangt. Ich erinnere Sie daran, daß wir Arbeiterkinder in einer Zeit großgehungert worden sind, als man in Bayern und in Deutschland allenfalls im Überfluß gelebt hat.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere ferner daran, daß man so die christliche Nächstenliebe nicht ausgeübt hat und daß es auch heute sehr schwer ist, dem Gebot der christlichen Nächstenliebe: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst! in dem notwendigen Maße nachzukommen. Im Gegenteil scheint es in Übung zu kommen, daß es heute heißt: Liebe Dich selbst, so gut es nur irgend geht, und schädige Deinen Nächsten, so sehr Du kannst. Nach zwölf Jahren der Herrschaft Hitlers und nach einem Zusammenbruch ohnegleichen herrscht der Hunger nicht nur in Bayern und in allen Städten Deutschlands, er herrscht in ganz Europa, ja zum Teil in der ganzen Welt. Alle Organisationen, die in wirtschaftlicher, insbesondere in ernährungswirtschaftlicher Hinsicht, der Erhaltung der Menschheit gedient haben, sind ins Schwanken gekommen. Der deutlichste Beweis hierfür ist, daß die Amerikaner nicht einmal 30 000 bis 50 000 Tonnen Getreide den am meisten betroffenen Ländern rechtzeitig anliefern können. Alle diejenigen, die täglich satt werden, mögen sich an die Brust klopfen und fragen, ob sie nicht an jener menschlichen Gemeinheit teil haben, die in den Städten Kinder, Frauen und Arbeiter hungern läßt. Aber es ist sehr schwer, über den eigenen satten Bauch hinweg den knurrenden Hunger im Magen des Normalverbrauchers zu erkennen.

In der „Süddeutschen Zeitung“ stand am 11. März 1947 ein sehr schöner Artikel, in dem es heißt:

Es ist schwer, über die Mauern der eigenen Not hinauszuschauen. Wer von einer anderen Warte aus die gesamte Landschaft des Hungers und Elends betrachtet, denen er, den Rechenstift in der Hand und lange Tabellen neben sich, steuern will, hat einen größeren Überblick. Er weiß auch, daß die Anweisungen, die er auf dem Papier gibt, sich verwandeln können: in Schiffe, in Fleisch und Brot. Aber viele Millionen Hungernder strecken nach diesen Gaben ihre Hände aus, und der segensreiche Strom der Zufuhren reicht nicht hin, das ganze ausgedörrte Feld der Not zu erfrischen. Was die

(Riene [SPD])

Vereinigten Staaten seit Jahr und Tag in die Welt senden, macht einen Wettkampf mit dem wachsenden Hunger....

Wir lesen dann weiter, daß in China, in Rumänien und auf dem Balkan der Hunger wütet und nicht nur bei uns in Deutschland. Wenn Sie selbst jeden Tag satt werden, so stellen Sie sich vor, daß der Normalverbraucher täglich nur noch eine ärztliche Dosis verabreicht bekommt. Ich wollte Ihnen nicht vor-demonstrieren, was der Arbeiter, der auf dem Bau, in der Fabrik, im Bergwerk oder sonstwo arbeitet, an Lebensmitteln täglich erhält, indem ich hier auf den Tisch diese 7 Gramm Fett, 20 Gramm Fleisch, ein Achtel Liter Magermilch und 200 Gramm Brot lege.

(Zuruf: Sie erhalten Zulagen!)

Fortschreitende Gesundheitsschädigung, körperlicher Verfall, sinkende Arbeitsleistung, frühzeitige Vergreisung, starke Anfälligkeit für alle Krankheiten, Hoffnungslosigkeit und Schwerpunkt, Verzweiflung und maßlose Radikalisierung werden die Folge sein. Wir haben bereits die ersten Hungerdemonstrationen erlebt. Soll der Aufruhr in unser Land kommen? Nein! Deshalb werden wir alle unsere Kräfte anstrengen müssen, um zu tun, was noch getan werden kann.

Es ist hier viel von den Gegensätzlichkeiten zwischen der britischen und der amerikanischen Zone gesprochen worden. Ich habe heute die Zeitungen gelesen und mir eine Nummer mitgebracht, um Ihnen daraus zu beweisen, daß nicht die Gewerkschaften und nicht die Arbeiterschaft auf die bayerischen Bauern geschimpft haben. Das sind andere Kreise gewesen. Wenn diese vielleicht aus der Not unseres Volkes und aus den Opfern, die wir dem Bauernstande auferlegen müssen, politische Geschäfte machen wollen, kann ich nur sagen: Pfui Teufel! Unter dem 29. März ist folgende Meldung der Dena über die Hungerdemonstrationen in der britischen Zone veröffentlicht:

Die Betriebsgewerkschaften bewegten sich in langen Zügen diszipliniert durch die Straßen und führten Transparente mit sich, auf denen Schlagworte wie „Schieber prassen, wir haben Hunger“, „Den schaffenden Menschen eine bessere Ernährung“, „Versprechungen machen nicht satt, gebt uns zu essen“, „Wir wollen keine Kalorien, wir wollen zu essen“, „Wir haben Hunger, auch Angestellte fordern Zusatzzrationen“, zu lesen waren.

Ein Redner der Düsseldorfer Gewerkschaften hat gesagt:

Hätte man die deutsche Industrie rechtzeitig anlaufen lassen, dann wäre die jetzt hereingebrochene Katastrophe vermieden worden. Die Gewerkschaften wollen nicht ruhen, bis das Weltgewissen erwacht ist.

Eine Entschließung des Ortsausschusses der Gewerkschaften stellte neben der Forderung nach der Einrichtung von Bürgerausschüssen und nach schnellster und endgültiger Entnazifizierung folgende weiteren fünf Forderungen auf:

Einsetzung von Kontrollkommissionen, die alle noch vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln, Kartoffeln, Gemüse und so weiter erfassen und sie dem allgemeinen Verbrauch zuführen.

Beseitigung Schlange-Schöningens und mit ihm aller unfähigen Landes- und Ortsleiter, damit diese Funktionen von wirklich demokratischen Kämpfern

besezt werden, die alles tun, um eine Änderung der katastrophalen Lage herbeizuführen.

Das Zweizonenamt hat sofort alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um aus den Gebieten, die nicht so notleidend sind, Lebensmittel in die Notstandsgebiete zu leiten.

Durchführung der nun schon fast zwei Jahre geforderten Bodenreform, um die kleinste landwirtschaftlich zu nutzende Parzelle zu erfassen und den Ertrag der eigenen Scholle zu steigern.

Die britische Militärregierung in Düsseldorf wird gebeten, dringlichst den Kontrollrat zu ersuchen, sich dafür einzusezen, daß endlich die Zonengrenzen in Deutschland fallen, um die Voraussetzung einer gesamtdeutschen wirtschaftlichen Planung und Lenkung aller Gütererzeugnisse in die Wege zu leiten.

Dies gilt alles für die britische Zone. Dann heißt es weiter:

Die Entschließung bringt abschließend zum Ausdruck, daß sich die Gewerkschaften wochenlang bemüht haben, das Außerste zu vermeiden. Wir appellieren an alle in Frage kommenden Stellen, in letzter Minute alles zu tun, damit die anrollende Lawine nicht alles unter sich begräbt.

In Köln wurde von 80 000 Arbeitern eine ähnliche Entschließung angenommen, in der der Weltgewerkschaftsbund und die Moskauer Konferenz aufgefordert wurden, zu helfen. In der Entschließung heißt es:

Die Kölner Arbeiterschaft ist nicht mehr in der Lage, ihre gewohnte Arbeit durchzuführen, wenn nicht endlich wahr gemacht wird, was uns seit Monaten versprochen wurde. Statt einer Verbesserung der Ernährungslage auf 1550 Kalorien ist eine andauernde Katastrophe der Verschlechterung festzustellen. Wir appellieren an das Weltgewissen. Wenn uns vom Ausland nicht genügende Hilfe zuteil wird, sind wirrettungslos verloren.

Anderswo heißt es, wenn nicht Lieferungen aus diesen Ländern in die britische Zone umgeleitet würden, sei es nicht möglich, die nächsten 4 Wochen in Nordrhein-Westfalen durchzustehen.

Ich finde in diesen Meldungen nicht ein Wort davon, daß Bayern versagt hat, und nicht ein böses Wort über den bayerischen Bauern. Deshalb möchte ich auch bei uns vor Übertreibungen warnen.

(Zurufe bei der SPD: Sehr richtig!)

Ich begrüße es, daß unser Ernährungsminister hier mitgeteilt hat, daß es in den Besprechungen mit dem Regierungsbeamten, der den Angriff gegen Bayern erhoben hat, möglich war, zu einer Einigung zu gelangen. Ich glaube, nichts kann uns mehr schaden, als wenn wir uns gegenseitig zerfleischen. Bedenken Sie, daß Sie auf die Industrieprodukte des Rheinlands und des Ruhrgebiets genau so angewiesen sind. Wir hören das immer wieder.

(Zurufe bei der CSU. — Unruhe.)

Es ist dies eine unbestreitbare Tatsache. Wenn Sie vielleicht für die britische Zone nichts übrig haben, so kann hiедurch die Tatsache nicht aus der Welt geschafft werden, daß wir aufeinander auf Gedeih und Verderb angewiesen sind.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Ich erinnere an die von den bayerischen Gewerkschaften veranstalteten Kundgebungen. Hier finde ich wieder diesen abgewogenen, klugen, besonnenen

(Riene [SPD])

Ton, wie er uns auf der anderen Seite von den Vertretern des Bauernverbandes so angenehm entgegen schallt. Dieses Verständnis für einander, diese Notgemeinschaft, die uns zu einer gemeinsamen Regierung zusammengeführt hat, röhrt zu einem großen Teil daher, daß die Arbeiter entschlossen sind, mit den Bauern zu gehen, und daß die Bauern entschlossen sind, mit den Arbeitern zu gehen. Hierin werden sie sich durch andere Kreise nicht irre machen lassen.

(Beifall.)

Es soll nicht wieder die Suppe wie in den Jahren von 1919 bis 1933 gekocht werden, wo man alles getan hat, um diejenigen auseinanderzubringen, die den Staat tragen. Die Gewerkschaften haben in vernünftiger Weise über die Ernährungslage gesprochen. Sie haben gefordert, die zugeteilten Nahrungsmittelrationen, insbesondere die Milch- und vor allem die Fett- und Fleischzuteilungen mit allen Mitteln zu gewährleisten, wenn nicht zu erhöhen. Sie erwarten die schwerste Bestrafung aller Schwarzhändler und Schieber, außerdem die sofortige Unterbindung der eine gerechte öffentliche Bewirtschaftung störenden Kompensationsgeschäfte. Sie bitten die Militärregierung, der deutschen schaffenden Bevölkerung ihre Hilfe auch in der Ernährungssicherung, insbesondere in der Zufuhr von Fetten, nicht versagen zu wollen. Der Landwirtschaftsminister hat vor den Gewerkschaften gesprochen und für seine Ausführungen dort bestimmt die gleiche Anerkennung erhalten wie heute in diesem hohen Hause.

Gestatten Sie mir, daß ich auf einige Zahlen aufmerksam mache! Ich wohne in nächster Nähe der Bayerischen Stickstoffwerke und lebe mit der Arbeiterschaft seit beinahe 20 Jahren zusammen. Es hat eine ungeheure Mühe gekostet, die Stickstoffwerke auf volle Touren zu bringen. Erst war keine Kohle vorhanden, dann gab es keinen Kalk und kein Karbid, dann haben die Arbeitskräfte im Kalkwerk Saal versagt. Es waren dies lauter SS-Leute, die stifteten gingen. Wir haben darauf Arbeitskräfte für dort mobilisiert. Dann kam Kalk und endlich konnte der Betrieb ins Laufen gebracht werden. Es stellte sich dann aber wieder die ungeheure Stromknappheit ein und anstelle der vorgesehenen 30 000 Tonnen konnten nur 26 000 Tonnen erzeugt werden. Wenn die Arbeiterschaft nicht mehr die vollen ihr zustehenden Rationen erhält, die ohnedies Hungerrationen sind, werden Sie mit der Tatsache rechnen müssen, daß sie dann nur noch 36 Stunden in der Woche arbeiten kann. Dies bedeutet aber, daß die so wichtige Düngergrundlage sich weiterhin um 25 Prozent verschlechtert. Dies hat aber wiederum fallende Erträge in der Landwirtschaft zur Folge und so rollt die Lawine abwärts, wenn nicht durch größte Anspannung aller Kräfte herausgeholt wird, was nur herausgeholt werden kann.

Um 7 000 Tonnen Stickstoff mehr zu erzeugen, benötigen wir 22 000 Tonnen Kohle. Bayerische Kohle genügt nicht, es muß wenigstens Ruhrkohle sein; früher war es sogar schlesische Kohle. Wenn die Bergarbeiter diese 22 000 Tonnen Kohle fördern sollen, dürfen sie aber nicht schon am Morgen mit zitternden Knieen in den Schacht einfahren, sondern müssen einigermaßen bei Kräften sein.

Der Hunger hindert also die Menschen mehr als bisher tätig zu werden. Eine andere Gefahr bedroht unsere Versorgung mit Lebensmitteln infolge der Ab-

wanderung nicht unbedeutender Mengen durch unkontrollierbare Kanäle in andere Zonen. Dies bezeugt folgender Brief, den ich Ihnen vorlesen möchte:

Vor ca. drei bis vier Wochen kam ein Lastwagen mit Ketten und Drahtstiften, Beilen usw. in die Feichtener Gegend. Kuhketten wurden pro Stück für 1/2 Pfund Butter und 2 Eier eingetauscht. Mein Gewährsmann tauschte selbst eine Kuhkette ein und sah in einer Kiste bei einer halben Zentner Butter. Zusammengestellt wurde die Hamsterware beim Mezner in Feichten. Auseinandergefahren in die verschiedenen Bauerngehöfte wurde die Ware mit kleinen Handwagen. Meist haben die Tauschhändler nur Aktentaschen dabei und in irgend einem Hof ihre Verteilungsstelle. Wer nichts tauschen kann an Lebensmitteln, kann nichts erhalten. Gegen Geld wird nichts abgegeben.

So verschiedene Gewährsmänner. Weiter heißt es:

Vor vier Wochen kamen auf ihrer Hamsterreise ein paar Fräulein der Wuppertaler Gegend mit vorbei. Bei diesen Fahrten werden Bestellungen schon wieder für die nächste Fahrt gesammelt, die alle vier Wochen stattfindet. Früher haben sie die Gegend oberhalb der Donau abgegrast. Nun sind die Landleute so übersättigt mit diesen Artikeln, daß sie nicht mehr tauschen. Es werden die Fahrten nun nach Ober- und Niederbayern verlegt. Die Züge sind dort oben so mit Tauschhändlern überfüllt, daß man sich in den Zug rausen muß. Gearbeitet wird nur drei Tage in den Fabriken für die regulären Aufträge. Was dann noch angefertigt wird, gehört für den Tauschhandel.... usw.

Das ist ein Problem, mit dem natürlich das Inneministerium, die Polizei und die Gerichte fertig werden müssen.

(Zuruf: Das sind die Leute, die nachher berichten, Bayern sei das Land, wo Milch und Honig fließt; daher kommt das.)

— Natürlich! Oberst Quarles von der amerikanischen Militärregierung hat gesagt, die nächsten vier Monate werden zweifellos, was die Ernährung anbetrifft, die schwersten sein, die Deutschland jemals gekannt hat. Wenn nicht die gesamte Produktion an Lebensmitteln aufgebracht wird und auf dem normalen Wege zur Verteilung gelangt, werden alle Nahrungsmittel- und Getreidelieferungen aus England und Amerika nicht ausreichen, um auch nur eine Mindestratration zu garantieren. Das ist das Problem in seiner ganzen Größe. Dann ist dazu gesagt worden, erst müssen wir alles getan haben, ehe wir Zufuhren von Amerika verlangen und erwarten können. Unser Ernährungsminister hat uns mitgeteilt, daß das Brotgetreide mit der Umlage zu 91 Prozent, Gerste zu 77 Prozent und Hafer zu 50 Prozent erfaßt ist. Die Umlage wurde von den amerikanischen Stellen festgelegt. Es wurden Zahlen bekannt, und zwar die vorgesehenen Ernteschätzungszzahlen aus dem Vorjahr, die erheblich größer waren, die aber zu hoch ange setzt waren, weil die Druschproben und die eigentliche Ernte dann geringere Ergebnisse gezeigt haben. Wir haben sinkende Erträge, es fehlt der Kunstdünger usw. Daneben aber besteht die Tatsache, daß der Leiter des Getreidewirtschaftsverbandes mitgeteilt hat, daß er im Laufe eines Jahres 132 Mühlen schlicken mußte, weil es so viele schwarze und weiße Müller gibt, und daß die Bürgermeister und Landräte und Abgeordneten laufen, damit

(Kiene [SPD])

die Mühlen wieder ausgemacht werden. Er sagt mit Recht, es geht nicht, daß für gewisse Kreise ein 60- oder 50-prozentiges Mehl ausgemahlen wird, wie festgestellt wurde, und daß Schrotmühlen laufen, damit das Korn für Schweine gequetscht werden kann.

(Zuruf: Schmarrn!)

— Das ist kein Schmarrn; dafür gibt es Beweise, aber es sind Ausnahmen. Ich spreche auch nicht von der Allgemeinheit, sondern ich will hier einige Ausnahmen erzählen, weil diese Ausnahmen auch noch beseitigt werden müssen, soferne wir dazu überhaupt in der Lage sind. Die neueste Anordnung des Ernährungsministeriums ist ganz bestimmt das Schärfste, was bis heute auf diesem Gebiet geschehen. Wir haben z. B. im Landwirtschaftsausschuß seit längerer Zeit die Einrichtung von ständigen Dorfausschüssen gefordert, wir sehen sie in dieser Anordnung schon voll in Tätigkeit als die sogenannten Hofbegehungskommissionen, die nicht neu, sondern eine alte Einführung auf dem Lande sind. Nach der neuesten Anordnung hat die Hofbegehungskommission die Eigenschaft eines Bevollmächtigten des Ernährungs- und Landwirtschaftsministers; den Anordnungen des Bevollmächtigten ist daher im Auftrag der Staatsregierung unbedingt Folge zu leisten. Der Einsatz der Kommissionen wird von Prüfern des Ministeriums, die mit einer besonderen Vollmacht ausgestattet sind, überwacht. Ebenso überprüfen ständige Einsatzkommandos der Militärregierung die Durchführung dieser Anordnungen auf dem Dorfe. Die Hofbegehungen sind in jedem Betrieb der Gemeinde durchzuführen. Die Arbeit der Kommissionen hat sofort, also schon seit dem 21. April zu beginnen und muß am 5. Mai beendet sein. Die Gemeinden haben sofort für die Durchführung der Hofbegehungen die notwendigen Unterlagen, soweit es notwendig ist, vom Ernährungsamt zu beschaffen. Die Kommissionen haben auf Grund des dem einzelnen Betrieb auferlegten Ablieferungsfalls und auf Grund des Ergebnisses der Hofbegehung festzusetzen, welche Ablieferungen der einzelne Betrieb noch an Brotgetreide, Gerste, Hafer, Heu, Stroh und Kartoffeln zu erfüllen hat. Das ist das Außergewöhnliche, was getan werden kann. Es gibt sonst keine Mittel mehr wie dieses. Die Betriebe werden durchsucht und die säumigen Ablieferer werden einer neuen Bestrafungsart zugeführt. Man hat eingesehen, daß Geldstrafen in keiner Weise ausreichend sind. Es wird daher hier in dieser Anordnung deutlich davon geredet, daß ihnen die Mahlscheine und Schlachtscheine entzogen werden, wenn sie ihre letzte Pflicht nicht erfüllen.

(Zuruf: Die Arbeiter?)

— Darüber reden wir dann. Das Ministerium nimmt sich außerdem vor, solche Betriebe, solche Ablieferer, die nicht Folge leisten, zwangsweise mit Pächtern zu besetzen oder zu enteignen.

Wegen der Arbeiter bekommen Sie heute einen Antrag der SPD zu hören, wonach wir auf dem Standpunkt stehen, daß eine befristete Arbeitsverpflichtung für Arbeitskräfte, die auf dem Lande benötigt werden, ausgesprochen werden soll. Ich glaube, das ist auch eine Forderung, die Ihre Kreise voll und ganz befriedigen kann. Man spricht so gerne vom gesunden Egoismus der Privatwirtschaft. Ich möchte diesen gesunden Egoismus etwas schärfer eingeengt wissen, besonders in der gegenwärtigen Zeit, in der

die Not das Primäre ist. Es genügt nicht, daß der einzelne sich sagt: ich werde satt, ich habe genug. Der reine Nützlichkeitstandpunkt steht heute im Konflikt mit einer ehrlichen, sauberen, sozialen, christlichen Gesinnung. Wie war es in der Zeit von 1933 bis 1945? Da haben sich die Menschen auch auf den reinen Nützlichkeitstandpunkt gestellt und sich gesagt: ich sorge für mich, soll ich Mitglied werden oder nicht; nützt mir das? Werde ich Mitglied, dann bin ich besser daran, dann komme ich vor anderen in eine Stellung, dann werde ich vor einem anderen, der nicht Mitglied ist, befördert. Heute fragen sich die Menschen: soll ich mitschieben, soll ich mithamstern, soll ich also gewissermaßen mitschuldig werden daran, daß in den Städten Kinder, Frauen und Normalverbraucher Hunger leiden?

(Zuruf: Wen meinen Sie damit?)

Da muß jeder einzelne sich selbst an die Brust klopfen und sich selbst befragen. Ich schuldige niemand persönlich an, ich klage nicht irgend eine Schicht an. Jeder einzelne möge sich am Ohr nehmen. Damals hieß es: ich bin nicht so dumm; wenn ich mitmache, so nützt es mir; und der Judaslohn für diese Gesinnung ist in Deutschland nicht ausgeblieben. Ich glaube, wenn wir heute mit dieser ähnlichen Gesinnung durchkommen wollen, werden wir den gleichen Zusammenbruch erleben, wir werden genau so zur Desorganisation, Anarchie und Verzweiflung kommen. Denn wenn man einmal mitmacht, vom Mithamstern zum Mitschieben und zum Hauptschieber ist nicht weit. Ich möchte dem Herrn Entnazifizierungsminister — ich weiß nicht, ob er da ist — den Vorschlag machen, außer dem Entnazifizierungsverfahren soll ein Entbazzifizierungsverfahren eingeführt werden mit den Gruppen der Hauptschieber, Mitschieber, Minderablieferer, Mithamsterer und entschuldigten Hamsterer, die aus der Not heraus handeln, und der armen, nicht beteiligten Normalverbraucher und der Kinder, die aber am meisten betroffen sind, weil sie Hunger leiden müssen.

(Zuruf: Die Hineingepreßten!)

Das ist ganz klar, daß sie „hineingepreßt“ sind.

(Zuruf: Die Ausgepreßten!)

— Das wäre in dem Fall richtiger. Sie lesen doch auch Zeitungen und müssen sich wundern, wenn Sie eine Nachricht lesen, wie sie hier über Neuötting, eine meiner Heimat nächstgelegene Gegend, steht:

Am Bahnhofplatz in Neuötting kam einem Herrn eine Aktentasche abhanden. Der Verdacht richtete sich gegen einen jungen Mann, dem kurzerhand einige Ohrfeigen verabreicht wurden. Der Angegriffene rief die Polizei an. Als diese eintraf, stob eine Gruppe von Schwarzhändlern in der Meinung, es beginne eine ihnen zugedachte Razzia, kopflos auseinander. Sie hinterließen mehrere Kopfer und drei Aktentaschen, für die sich keine Eigentümer mehr meldeten. Der Inhalt waren etwa zwei Zentner Butter und eine Menge Eier, die beschlagnahmt wurden. Die Besitzer waren unerkannt in der am Bahnhof wartenden Menge untergetaucht und konnten leider nicht mehr aufzufindig gemacht werden.

Das ist leider sehr oft der Fall, daß diese Leute nicht aufzufindig gemacht und nicht entsprechend bestraft werden. Ein Kollege hat mir erzählt, daß in der Nähe von Ansbach ein Arzt — die Ärzte sind auch nicht

(Riene [SPD])

besser als die anderen — eineinhalb Zentner Getreide in seinem Haushalt hatte. Als das Getreide durch die Polizei beschlagnahmt werden sollte, ließ sich der gute Mann dazu hinreissen, den Weizen in den Abort zu schütten. Die hohe Justiz hat ihn zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt!!

(Zuruf: Zahlbar in 10 Raten!)

Vielleicht war der Richter ein Bundesbruder.

(Zuruf: Der Richter, der so etwas macht, gehört angezeigt.)

Noch eine andere Tatsache. Ich habe bei einem Hoteier 10 Zentner Weizen feststellen können, den er auf dem Dachboden aufgeschüttet hatte. Wozu braucht der Mann den Weizen? Er flüttet damit ein Dutzend Enten und Gänse, die er entweder für sich oder andere braucht. Ein anderes Beispiel, mit dem sich insbesondere der Herr Ernährungsminister beschäftigen muß, ist der berühmte Bauer Hackel von Anzing. Er war ein guter Ablieferer bis Weihnachten 1945. Dann hat er in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar von seinen 8 Kühen 80 Liter Milch abgeliefert. Das Ernährungsamt A hat sich mit dem Fall beschäftigt. Das Ernährungsministerium hat sich damit beschäftigt und auch der Landrat hat sich damit beschäftigt. Seit 29. Februar liefert der Bauer, nachdem er im Tag zwei Liter Milch für seine gesamten acht Kühe abgeliefert hatte, keinen Tropfen mehr ab. Als Grund hat er sich folgendes herausgesucht: Die Milch wurde vorher an seiner Stalltür abgeholt und weggefahren. Nun ist die Straße 30 Meter von seinem Haus wegverlegt worden und diese 30 Meter vom Haus bis zur Straße bringt der Bauer die Milch unter keinen Umständen. Seit 28. Februar bis dato liefert der Bauer keinen Tropfen Milch mehr ab. Das wären pro Tag, wenn ich die Kuh mit zweieinhalb Litern anseze, 20 Liter. Im Laufe von 400 Tagen 8 000 Liter Milch. Der Landrat und das Ernährungsamt A können sich gegenüber diesem Bauern nicht helfen.

(Zuruf: Sie müssen abgesetzt werden.)

Die Zeile des Gebets „Unser tägliches Brot gib uns heute!“ hat einen neuen tiefen Sinn bekommen. Diesen Sinn könnte man aber auch so vortragen, daß andere Leute beten möchten „Herr, laß mich hungern dann und wann, daß ich nicht milde werde“ oder „Herr, gib mir die Einsicht, zu verstehen, daß die Städte nur dann produzieren und existieren können, wenn sie das alles bekommen, was sie zu ihrer Arbeit unbedingt notwendig haben.“ Nun sind wir als Abgeordnete fleißig und ehrlich bemüht, mit entsprechenden Gesetzen und Anträgen das Unsere zu tun, um die Verhältnisse in der Landwirtschaft, in der Ablieferung und der Versorgung unserer Normalverbraucher in den Städten zu verbessern. Es ist aber noch nicht genug getan worden weder vom Landwirtschaftsministerium und vom Wirtschaftsministerium noch von uns aus. Alle unsere Forderungen auf mehr Maschinen, mehr Geräte, mehr Betriebsmittel, mehr Kunstdünger, mehr Kohle, mehr Arbeitskräfte, mehr Schuhwerk, mehr Arbeitskleidung müssen doch endlich einmal eine reale Form annehmen. Wir können die Leute nicht immer bloß mit Versprechungen hinhalten. Wir können die Bauern ebensowenig mit Versprechungen hinhalten als wir die Arbeiter mit Versprechungen hinhalten können. Es muß endlich etwas geschehen und die Leute müssen endlich etwas spüren, sonst voll-

zieht sich der ganze Güterverkehr, wie Sie gesehen haben, zwischen denjenigen, die die Industrieprodukte erzeugen und verteilen, und denjenigen, die die entsprechenden Nahrungsmittel abzugeben haben, auf willem, unkontrollierbarem und unorganisiertem Wege. Es muß ernst gemacht werden mit der Planwirtschaft und es muß die gesunde eigene Unternehmerinitiative eben genügend eingeschränkt werden durch die sozialen Gebote unserer Zeit. Sie müssen klar umrissen und festgelegt werden, sonst nützen alle unsere Anträge nichts, wenn sie lediglich auf dem Papier bleiben und nicht raschestens verwirklicht werden. Der Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährungsfragen hat zum mündlichen Bericht folgenden Antrag gestellt, den Antrag Stock und Genossen:

Die Staatsregierung wird ersucht, schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen zur restlosen Erfassung der neuen Ernte zu treffen. Der Landtag wird ersucht, mit den Vertretern der Gewerkschaften und des Bauernverbandes sofort in Besprechungen einzutreten zu dem Ziel:

1. Die Erzeugung zu steigern;
2. das Ablieferungsholl zu steigern;
3. Die Landwirtschaft allenfalls auf dem Wege kurzfristiger Arbeitsverpflichtung mit den erforderlichen Arbeitskräften zu versorgen.

Ferner liegt folgender Antrag vor:

Die Staatsregierung wird ersucht, schnellstens dafür Sorge zu treffen, daß für den Druck von Lebensmittelkarten technische Maßnahmen eingeführt werden, die den Nachdruck oder Falschdruck erschweren und unmöglich machen.

— Denn es geht nicht an, daß, wie der Wirtschaftsreferent der Stadt München berichten muß, 30 Prozent der Lebensmittelmarken, die nicht aus München stammen, gefälscht sind.

Der Landtag erkennt die bisherigen Bemühungen des Landwirtschaftsministers, wenigstens die notdürftige Ernährung der städtischen Bevölkerung aufrecht zu erhalten, an und fordert ihn auf, im Benehmen mit den anderen zuständigen Ministern mit den schärfsten Mitteln gegen die vor sich gehende Zerstörung unserer gesamten Ernährungswirtschaft vorzugehen.

Der Ausschuß hat außerdem beschlossen, dem Landtag zu empfehlen, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, der sich einerseits an die Erzeuger, andererseits auch an die Verbraucher wendet. Der Vorschlag wird Ihnen noch in gedruckter Vorlage zugehen. Er soll bezeichnen, einerseits die Erzeugerschaft darüber zu unterrichten, daß alles, was nur irgend möglich ist, getan werden muß, andererseits die Verbraucher aufzufordern, sich in Geduld zu halten und das Vertrauen nicht zu verlieren, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die letzten Reserven für die Ernährung zu mobilisieren, um durch die kommenden sechs bis acht Wochen hindurchzukommen. Es soll gleichzeitig dazu aufgefordert werden, daß sich Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zur Verfügung stellen, daß es sogar auch Frauen sein können, die z.B. Pflanzen ziehen oder Disteln stechen können, damit wir wenigstens in dieser Hinsicht eine bessere Ernährung bekommen.

Für das kommende Jahr sind selbstverständlich weiter ausholende Maßnahmen notwendig. Der Er-

(Riene [SPD])

nährungsausschuß des Landtags wird im Benehmen mit dem Ministerium alle Gedanken und alle Anträge, die an uns herangetragen werden, besprechen, auf ihre Brauchbarkeit und Güte prüfen, damit alles getan wird, um einerseits die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, soweit das geschehen kann, andererseits aber auch für eine Säuberung und Reinigung in der Zuteilung der erzeugten Lebensmittel einzutreten.

Ein besonderes Kapitel sind die Molkereien. Sagen Sie nicht, es sei alles in Ordnung! Es ist dieser Tage ein Lastauto mit drei Tonnen Butter geschnappt worden. Es ist bei den Bauern ein Überschüß an Fett vorhanden, das läßt sich nicht abstreiten. Wir wollen von den Schweinen gar nicht reden.

(Zuruf: Doch, doch!)

Das ist viel mehr und viel zweckmäßiger eine Maßnahme des Ministeriums. Mit leerer Kritik erreichen Sie gar nichts, aber mit richtigen Maßnahmen und mit richtiger Aufklärung derjenigen, die Schweine füttern, und mit der richtigen Erfassung in den Betrieben können Sie auch hier eine Fettmenge mobilisieren. Man hat einen Fehler gemacht, das ist, daß der Unterschied in der Fetttraktion des Normalverbrauchers und des Selbstversorgers zu groß war. Das ist meines Erachtens schon korrigiert worden und kann vielleicht noch weiter korrigiert werden im Einverständnis mit der Bauernschaft. Es darf nicht sein, daß die Butter auf illegalem Wege nach Norddeutschland und in das Rheinland kommt und daß es dort heißt „Seht Ihr, die haben es ja, läßt mich nur hinunterfahren, ich bringe es schon her.“ So wird es gemacht und die Bauern liefern ihnen selbst den Beweis gegen ihre eigene Ablieferungsfreudigkeit. Das muß befeitigt werden. Ich bitte die Staatsregierung, ihre nächsten Maßnahmen gerade in dieser Hinsicht zu treffen.

(Zuruf: Die Grenze sperren!)

Das ist ein Problem. Die Polizei muß jedenfalls viel schärfer mobilisiert werden in der Jagd auf Hamsterer, auf Großschieber, die waggonweise die Waren fortführen. Ich bin nicht dafür, daß man den kleinen Mann drangsaliert, sondern daß man dort zugreift, wo die Ware zentnerweise erfaßt werden kann.

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmidt Gottlieb.

Schmidt Gottlieb (WAB): Die Ernährungskrise steht auf der heutigen Tagesordnung. Es ist noch gar nicht so lange her, daß wir uns im Landwirtschaftsausschuß mit der Frage beschäftigt, ob wir das Gerstenkontingent zur Herstellung von Bier erhöhen können. Ich habe damals das Wort ergriffen und vor Augen geführt, daß der Herr Landwirtschaftsminister vielleicht 14 Tage oder drei Wochen vorher am Rundfunk eine Rede von Stapel gelassen und schon damals die schwierige Ernährungslage geschildert hat, daß er nicht weiß, woher er die Brotration nehmen soll, und daß die Vorräte kaum noch vier Wochen reichen. Gott sei Dank haben sie jetzt ein bißchen weiter gereicht, aber wir haben doch aus dem Munde des Herrn Landwirtschaftsministers gehört, daß die Ernährungskrise immer schärfer wird. Das habe ich damals als ganz gewöhnlicher Bauer richtig kalkuliert und gesagt, in allererster Linie geht es uns um das tägliche Brot und erst dann kommt das Bier. Wir alle wünschen, daß end-

lich wieder die Zeit kommt, in der wir eine halbe oder eine Maß Bier bekommen können wie früher. Ich habe die Stadt München nicht erst jetzt kennengelernt, sondern es ist das schon 46 Jahre her, als ich in München in einem Großbetrieb als Schmied arbeitete. Wenn wir damals von 6 bis 8 Uhr mit unserem Kaffee arbeiteten, so war das für uns eine lange Zeit. Nachdem aber um 8 Uhr der Bierwagen aus der Brauerei angefahren war und wir unsere Brotzeit hatten, sind die Hämmer geslossen und war es 12 Uhr, ohne daß wir wußten, wie. Wenn wir heute durch die Straßen der einstmals so schönen Stadt München gehen und uns erinnern, wie man damals in München gelebt hat wie in einem Paradies, möchte einem das Herz weh tun.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat uns heute vormittag nach allen Regeln der Kunst geschildert, wie es um die Ernährungslage aussieht. Wir müssen ihm alle unsere Anerkennung dafür aussprechen, daß er den bayerischen Bauernstand in Schuß genommen hat und betont hat, daß der bayerische Bauernstand seine Pflicht erfüllt hat wie noch nie. Wenn festgestellt wurde, daß er um 10 Prozent und mehr und bei den Kartoffeln doppelt soviel abgeliefert hat wie im Vorjahr, so ist das eine ganz besondere Leistung. Stellen Sie sich doch vor: Wenn man heute einem alten Bauern erzählen würde, daß auf einem Tagwerk 150 bis 200 Zentner Kartoffel geerntet werden, so würde er sich auf den Kopf stellen und den, der es sagt, als einen Lügner angreifen. Warum ist diese Ablieferung möglich gewesen? Nur weil wir Kunstdünger, andere Düngemittel und Arbeitskräfte zur Hand hatten.

Wie erst heute festgestellt wurde, haben wir in der letzten Zeit kaum noch 15 Prozent von dem Dünger in Händen gehabt, über den wir früher verfügten. Trotzdem hat die Landwirtschaft es fertig gebracht, im letzten Jahre um ein Vieles mehr zu liefern als in den vergangenen Jahren. Da kann sich wohl jeder ein Bild machen, welche Anstrengung das der Landwirtschaft kostete, der Landwirtschaft, die sich heute ohnehin so abmühen muß. Stellen Sie sich vor, wieviele Arbeitskräfte, wieviele kräftige Bauernhände sind heute noch in Gefangenschaft; weiß Gott, ob sie vielleicht überhaupt noch zurückkehren! Wieviele Betriebsleiter, wieviele Bauersfrauen müssen sich abrackern, um den Betrieb weiterzuschleppen! Aber denken wir nicht an die Kriegsgefangenen, sondern auch daran, wieviele Bauern heute noch in den Lagern sitzen! Ein Bauer, der vielleicht einmal ein kleiner Ortsbauernführer, ein stellvertretender Stützpunktleiter usw. war, der sitzt heute vielleicht in Moosburg, der sitzt vielleicht in Gögglingen. Draußen schleppen sich die Frauen durch, um den Betrieb weiterzubringen, nicht nur um ihrer eigenen Existenz willen, sondern weil sie sehen: es geht bei dem Bauernhof um die Ernährung des ganzen Volkes. Darum möchten wir unsere Anerkennung dafür aussprechen, daß der Bauernstand von amtlicher Stelle gegen die Angriffe von außen, hauptsächlich aus dem Norden, verteidigt wurde; denn alle diese Vorwürfe, die uns von dort aus gemacht wurden, müssen wir entkräften zurückweisen.

Vergleichen wir unsere Wirtschaft von heute mit der Wirtschaft von früheren Jahren, mit der Wirtschaft der Friedenszeit, so muß es doch eigentlich jedem klar sein, daß es unmöglich ist, das zu bewältigen, was gegenwärtig von der Landwirtschaft verlangt wird. Wir wissen, daß im Rheinland große Not herrscht. Es darf sich aber niemand vorstellen, als ob

## (Schmidt Gottlieb [WAB])

unsere Landwirtschaft ein „Tischlein deck dich“ wäre. Ja, dann wäre es ein Leichtes, wenn man nur herauszaubern bräuchte und sagen könnte, gut, wir können immerzu hergeben! Denken wir daran: Unser ganzes R he i n l a n d, unser ganzes I n d u s t r i e g e b i e t wurde bisher von O s p r e u c h e n versorgt, das Unmengen von Kartoffeln und Unmengen an Brotgetreide produzierte. Wir Bauern waren damals verärgert. Wie oft fragten wir, wenn der Bericht von dem Schlachthof und Viehhof von München kam: Wie ist der Markt gelaufen, wie ist der Absatz gewesen? Wenn damals dem Schlachthof in München aus Bayern vielleicht tausend Schweine angeliefert wurden, dann waren es dreitausend Stück, die zum Schaden der bayerischen Bauern noch nach Bayern hereingeliefert wurden. Wir konnten damals nichts dagegen machen. Heute könnten wir diese Schweine sehr notwendig brauchen. Unseren bayerischen Bauern wurde damals noch vorgeworfen: „Ihr habt gar nicht die Ware, die von dorther geliefert werden kann“. Die Mezger haben unsere bayerische Ware noch sabotiert, die war damals gar nicht gut genug. Wenn wir die jetzigen Verhältnisse mit den damaligen vergleichen, müssen wir doch sagen: Wie ist es denn möglich, daß unsere Bevölkerung überhaupt noch etwas erhält, nachdem man uns zudem noch Millionen und aber Millionen Menschen in den kleinen Raum hereingeworfen hat? Wer natürlich heute in eine Gaststätte geht und sieht, wie sich die Bevölkerung dort ernährt, und weiß, wie man früher in den Gaststätten Münchens gelebt und wie es dort ausgesehen hat, wer sich daran erinnert, wie man uns die warmen Würste schon auf der Straße angeboten hat, der kann es kaum begreifen, wie die Ernährung überhaupt noch vor sich gehen kann.

Wir haben uns vorgestern im Landwirtschaftsausschuß drei Stunden abgeplagt mit dem Problem, wie dieser Zustand behoben werden soll. Was soll zu der Lösung der Ernährungsfrage geschehen? Es wurde viel an der Sache vorbeigeredet, und es wurden viele Vorschläge dieser und jener Art gemacht. Die Lösung ist wirklich hart, sie ist wirklich schwer. Ich möchte da als Lösung vor allem eines vorschlagen, an den guten Willen der Bauern zu appellieren. Wenn man immer wieder sagt: — der Herr Landwirtschaftsminister hat es heute schon vorgebracht, auch andere Redner haben es vorgebracht —: der Bauer und nochmals der Bauer, der wird ausgepreßt, er muß noch einmal hergeben, so möchte ich erklären, der Bauer ist nicht so böswillig, wie er immer gerne hingestellt wird, er gibt das Äußerste, sonst wäre es ja schon lange überhaupt nicht mehr möglich, daß die Menschen noch etwas zu essen haben. Bedenkt aber, daß doch der Landwirtschaft und den Bauern die Arbeit verleidet werden muß, wenn Kommission auf Kommission die Bauernhäuser durchstreicht und die Ortschaften durchquert, Wohnungskommission, Getreidekommission, Viehkommission, eine Kommission hinter der anderen! Ich glaube, andere Schichten des Volkes würden sich das nicht mehr gefallen lassen! Geht halt einmal hinaus aufs Land: Der Bauer hat wieder sein Korn in das Land gelegt, an jedem Stück Land hängt einer dran, von früh bis spät abends. Wenn er sich so abgemüht und abgerackert hat und er wird nachher — ich möchte nahezu sagen — noch belästigt und immer wieder belästigt, so würde es einen wirklich nicht wundern, wenn ihm allmählich der Mut genommen würde und wenn er sagen würde: gut, wenn schon meine Arbeit keinen Wert mehr haben

soll und wenn wir keinen Dank mehr ernten sollen, dann hören wir auch auf. Darum möchte ich vorschlagen und vor allem dem Herrn Landwirtschaftsminister ans Herz legen, wenn wir an unsere Landwirtschaft herantreten, vor allem an den guten Willen der Bauern zu appellieren. Sie haben immer ihr Äußerstes getan.

Dafür möchte ich ein Beispiel geben. Im vorigen Jahre kam der Leiter meines Ernährungsamts zu mir und sagte: Bis jetzt ist unser Bezirk immer an der Spitze der Leistungen gestanden, wir dürfen es uns nicht bieten lassen, daß wir in der Leistung zurückgehen, was unternehmen wir? Er hat zuerst gemeint, man müsse die Gendarmerie einschalten usw. Ich habe ihm aber erwidert: Nein, machen Sie die Sache ganz anders! Wenden Sie sich an die Bürgermeister; wenden Sie sich von einer Gemeinde zu anderen und appellieren Sie an den guten Willen! — Das hat der Mann gemacht. Was glauben Sie, was die Folge war? Er hat noch einmal das Dreifache von dem herausgeholt, was noch daran fehlte, daß wir wieder an der Spitze aller Bezirke standen!

(Bravo!)

Der Kreis Nördlingen ist noch nie in der hintersten Linie gestanden. Ich möchte bitten, daß hauptsächlich nur bei Unwilligen mit strengen Maßnahmen vorgegangen wird. Man darf nicht immer wegen eines kleinen Prozentsatzes verallgemeinern und die Gesamtheit hernehmen. Ich möchte bitten, es möge alles versucht werden, auf die ganzen Bauern einzutwickeln, daß jeder leistet, was zu leisten ist. Wer in die Kreise und in die Städte kommt, der kann an der Not der Gegenwart keinen Zweifel mehr haben. Vor einigen Tagen war ich bei einem Professor aus meiner Gegend zu Mittag geladen. Mich hat es natürlich nicht gewundert, wie sich die Leute so durchfristen. Mit Gerichten, die früher bedeutungslos waren, müssen sich die Leute heute ernähren, mit Gerichten aus Gemüse und immer wieder Gemüse und Kartoffeln.

(Zuruf: Wenn wir nur genug Gemüse hätten!)

Ich möchte aber noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Der Landwirtschaft wird immer wieder der Vorwurf gemacht: Wie käme denn der Schwarzhandel zu der Ware, wenn nicht aus der Landwirtschaft? Woher hätte er denn die Ware, wenn nicht von den Bauern! Es ist richtig, das Brot kann selbstverständlich nur von den Bauern kommen, das weiß man heute in den Städten. Früher haben manche nicht gewußt, wo eigentlich der Brotlaib herkommt, wo das Brot erzeugt wird. Heute wissen es alle.

In diesem Zusammenhang möchte ich eines nicht vergessen: Heute wird immer wieder von der Bodenreform, von der Sozialisierung usw. gesprochen und damit Agitation getrieben. Meine Herren, wenn Sie durch die Lande gehen, sehen Sie, wie jeder Bauer an seiner Scholle hängt. Wie ist jeder auf seinen Betrieb aus, daß immer alles intakt ist! Wir alle können Gott sei Dank sagen, daß die Landwirtschaft noch intakt ist, daß sie noch besser intakt ist als die Industrie und alles andere. Es wäre mit uns gefehlt, wenn es in der Landwirtschaft so ausfahre wie in der Industrie. Wenn man mittanschen muß, wie bei manchen Betrieben der Inhaber mitten aus dem Betrieb gerissen ist und der ganze Betrieb durch einen Treuhänder ruiniert wird, dann muß man sagen: Wie wäre das, wenn wir in der Landwirtschaft das eingeführt hätten! Ich habe einen Brief in der Tasche — aber es würde

## (Schmidt Gottlieb [WAB])

langweilen, darauf näher einzugehen. Darin wird von einem Betrieb berichtet, auf dem ein Treuhänder eingesetzt ist, und schon wird berichtet, daß dieser bald nicht mehr den dritten Teil von dem abliefert, was der Bauer abgeliefert hat.

Es wird den Bauern immer vorgeworfen, daß er Schmiergeschäfte mache. Denken Sie doch daran, der Bauer hat keine Gabel, hat keine Sense, keine Erbteile! Was will er machen? Um Geld bekommt er es nicht, es geht nicht anders als durch Schmieren und wieder Schmieren. Seht, ich bin nicht nur Bauer, ich bin Schmied. Früher habe ich meine Hufnägel in Massen gehabt, da hat sich kein Bauer um einen Hufnagel zu kümmern brauchen. Heute muß der Bauer die Hufnägel bringen, daß man ihm sein Pferd beschlagen kann. Der Bauer kommt nicht dazu, wenn er nicht mit aller Zähigkeit sich daran hält und zusieht, wie er Hufnägel herbekommt. Wenn sich der Bauer nicht mit aller Zähigkeit darum bemüht, dann steht eben sein Betrieb still.

Hier komme ich noch einmal zu dem anderen Punkt: Es wird nur immer davon gesprochen, daß der Bauer sich durch Schwarzhandel, durch Schieben Geld macht. Da möchte ich gerne auf etwas aufmerksam machen, was so gerne vergessen wird. Man spricht immer davon, daß so und so viele Hamsterer sich auf dem Dorf herumtreiben, daß so viele Hamsterer aufs Land hinauskommen. Jawohl, das ist eben so: Diejenigen, die viele Hunderte von Mark ausgeben können, können eben zum Schwarzhändler gehen und sich dadurch ernähren; was tun aber die armen Teufel, die nichts haben? Die wollen doch auch nicht verhungern. Stellt Euch einmal vor — die meisten haben auch ihre Frauen daheim, wenn sie auch keine Bauersfrauen sind —, es kommt so ein Mensch ins Haus, er jammert und jammert, daß er am Verhungern sei und nichts zu leben und kein Stückchen Brot habe, da läßt sich eben so eine Bauersfrau zuletzt doch erweichen und gibt so einem armen Teufel doch ein Stück Brot. So werden in einer Gemeinde täglich nicht nur ein und zwei Laib Brot weggetragen. Wer will diese Menschen, wer will die Bauersfrau, wer will den Mann verurteilen, wenn er vielleicht 40 ♂ in der Stunde verdient und keine 50 oder 100 ♂ ausgeben kann, um sich anderswo ein Pfund Butter zu kaufen?

Zur Viehwirtschaft! Welche Anforderungen auf Lieferung von Vieh an den Bauern gestellt werden, das ist jedenfalls mehr als das, was er wirklich liefern kann. Ich muß aber auch da feststellen: Ich höre in meiner Gemeinde als Bürgermeister wenig Beschwerden. Wenn ich sage, kommt in die Städte, dort herrscht überall der Hunger, wenn es einmal über den Stand geht, was wir an Vieh abliefern, wir brauchen es eben und müssen es tun, dann wird es eben gemacht, und wenn der Viehstall leer wird. Ich kann versichern: wenn in dem Maße weiter Vieh weggeholt wird, wie das zurzeit der Fall ist — das ist ein Eingriff in die Substanz —, werden die Bauernhöfe eines Tages ohne Vieh dastehen. Wer Bauer ist und wer die Landwirtschaft kennt, weiß, was der Bauernhof ohne einen Viehstand bedeutet.

Noch eines zu dem Punkt Viehstand, was ich Euch allen, hauptsächlich allen unseren amtlichen Stellen, die mit der Militärregierung zu tun haben, die mit den Besatzungsmächten in Fühlung sind, ans Herz

lege. Wir haben draußen eine Masse Wild herumlaufen. Wenn dem nicht abgeholfen wird — Herr Landwirtschaftsminister, das muß ich Ihnen vor allem sagen —, ist es tod sicher, daß die Hälfte unserer neuen Ernte ruiniert wird. Wir haben Gemeinden, in denen früher vielleicht 10 Stück Rehe vorhanden waren, in denen heute 200 bis 300 Stück herumlaufen. Wenn es früher geheißen hat, jetzt geht der Wildabschluß los, dann haben wir Bauern gewußt, wir können kein Vieh mehr abstößen. Heute läßt man dieses Wild frei laufen, die Menschen läßt man hungern, das Vieh holt man aus dem Stall. Das ist ein Zustand, den ein Bauer nicht begreifen kann. Wir bitten, daß hier im Interesse der nächsten Ernte Abhilfe geschaffen wird.

Die Milchwirtschaft wird in dem Augenblick besser werden, wir werden in dem Augenblick wieder mehr Fett bekommen, in dem unsere Kühe wieder frisches Gras fressen, in dem wir wieder Grünfütterung haben. Dann wird es wieder Butter geben; denn die Butter kommt von der Kuh und die Kuh gibt nur dann Milch, wenn sie wieder gut zu fressen hat.

(Zuruf: Und die Eierwirtschaft!)

— Ja, die Eierwirtschaft wird auch besser werden.

Wenn man jetzt soviel von Strafen usw. für die Bauern hört, so möchte ich dem Herrn Landwirtschaftsminister vorschlagen und ihn bitten, mit Kürzungen und Strafen bei den Bauern zurückzuhalten, die willig sind, ihre Ablieferungen zu erfüllen. Hierbei möchte ich vor allem auf eines hinweisen: Der Bauernhof kann immer nur als Ganzes betrachtet und immer nur nach seiner Gesamtleistung eingeschätzt werden. Ich habe bei Viehkommissionen die Erfahrung gemacht, daß bildet sich mancher ein, daß er ein großer Milchablieferer ist, dann kommt man in den Stall und dann hat der Mann keinen Schwanz Vieh als Schlachtvieh abzuliefern. Dann hat er vielleicht 1000 Liter Milch im Monat mehr, es fehlen aber die vielen Zentner Fleisch, die er haben sollte. Am richtigen Maß gemessen steht dieser Bauer weit zurück hinter dem Bauern, der vielleicht drei, vier Stück Schlachtvieh hat. Rechnen Sie einmal das Stück Vieh zu 12 Zentner Lebendgewicht, zu 6 Zentner Totgewicht, setzen Sie den Wert von einem Pfund Fleisch ins Verhältnis zu einem Pfund Butter: Wieviel Milch muß dieser Bauer dann abliefern, bis er einmal ein solches Stück Vieh ersezt! Gerade auf dem Gebiet, Herr Landwirtschaftsminister, wird es so vieles zu schaffen geben. Hier muß in der Preisregelung einmal eine Änderung getroffen werden, denn sonst ist kein Anreiz mehr vorhanden, gutes Schlachtvieh auf den Markt zu bringen. Gerade Schlachtvieh ist im Preis derart gesunken, daß sich jeder Bauer sagt: Da rentiert es sich nicht mehr, daß ich mir überhaupt Mühe gebe, hier eine bessere Qualität zu erzielen. Auf dem Gebiet gibt es noch manches zu regeln, und wir werden zusammenhelfen müssen, um das alles in Ordnung zu bringen.

Gestern, meine Herren, ist so viel gesprochen worden von Bergiftung der öffentlichen Meinung. Da möchte ich auch auf eines hinweisen. Ich habe jetzt auch Gelegenheit, ziemlich viel mit der Eisenbahn zu fahren, ich komme ziemlich viel in die Stadt. Ich möchte davor warnen, daß mit allen Regeln der Kunst auf die Landwirtschaft Schmuz geworfen wird. Auch das ist Bergiftung. Die Landwirtschaft, der Bauer müht sich ab, und sollen einmal einige Prozent dabei sein, die sich

## (Schmidt Gottlieb [WAB])

wirklich an Schieberei beteiligen, so darf man das nicht verallgemeinern. Viele Bauern geben heute an die arme Bevölkerung Lebensmittel ab. Das wird aber nicht verallgemeinert. Es darf nicht wieder der Zustand einreihen, daß ein Stand gegen den anderen geheizt wird. Wir werden diese ganze Not nur beheben können, wenn die Stände zusammenarbeiten, wenn Bauer, Arbeiter, Beamter, und wie sie alle heißen, zusammenstehen, denn nur die Einigkeit macht stark. Nur dann werden wir über diese Krisis hinwegkommen. Gerade diese Kluft zwischen den Ständen hat uns in diese Not hineingetrieben. Gerade der Umstand, daß unser Volk auseinandergezerrt wurde, wurde damals benutzt, um dem Nazisystem ein Sprungbrett zu geben und es in die Höhe kommen zu lassen. Erinnert Euch daran, daß 9 Millionen Menschen damals ohne Brot und ohne Arbeit waren! Niemand hat dagegen etwas getan. Die Bauern hatten die Ställe voll Bier, die Scheunen voll Getreide, konnten es aber nicht losbringen, weil die Millionen von Menschen kein Geld hatten, um zu kaufen. Damals war es künstlich herbeigeführt, heute ist es ernst. Damals hat diese künstliche Not, die herausgezaubert wurde, uns dem Nazisystem in die Hände getrieben. Heute haben wir die wirkliche Not. Wenn damals ein Hitler ausgesprochen hat, er habe einen Trümmerhaufen bei seinem Regierungsantritt vorgefunden, was hat dann die heutige Regierung vorgefunden. Schaut Euch einmal die Stadt München an!

Nun möchte ich zum Schluß kommen. Ihr seht, ich bin ein alter Bauer. Ich bin aber nicht nur Bauer, es ist jetzt 47 Jahre, seitdem ich in München gearbeitet habe. Ich kenne die Not der Landwirtschaft, ich kenne die Not der anderen Kreise, ich habe mit allen Kreisen Fühlung gehabt. Da möchte ich Euch sagen, von uns Bauern wird jeder sein Äußerstes tun, um den Hunger abzuhelfen, damit wir doch unsere Bevölkerung bis zur nächsten Ernte durchbringen. Ich möchte auch die Regierung bitten, doch alles zu tun, damit unsere Besatzungsmächte, die uns von dem Nazisystem befreit haben, uns auch bis zur Ernte mit Brot und vergleichen durchhelfen. Wenn da alles getan wird, werden wir auch durchkommen.

Auf eines muß ich noch verweisen. Wie vielleicht alle wissen, ist in der Nazizeit, worüber ich mich oft geärgert habe, am Rundfunk das Geprahle losgegangen: „Der Himmel hat uns nichts geschenkt“. Wir Bauern haben uns damals schon nicht irreführen lassen. Wir Bauern vertreten auch heute den Standpunkt, daß uns der Himmel alles schenkt, wir stehen auf dem Standpunkt, daß alle unsere Arbeit umsonst ist, wenn der Himmel nicht mittut. Wie schnell hat der Himmel die Arbeit zerstört, wie schnell ist ein ganzes Feld in zehn Minuten vernichtet, wenn ein Hagelschlag herniedergeht, wenn eine Dürre und Nässe kommt! Dann ist die ganze Arbeit des Bauern vergebens. Darum möchte ich Euch bitten, es möge das ganze Volk den Standpunkt einnehmen, den der Bauernstand auch heute vertritt, weil er weiß, daß es ohne diesen Standpunkt ohnedies nicht in die Höhe gehen kann. Wenn ich Versammlungen halte, nehme ich jedesmal die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen: Seht, in unserer deutschen Geschichte hat ein großer deutscher Mann einmal den Satz geprägt „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“. Und wenn

wir heute in einer großen Not sind, dürfen wir, wenn wir Gottesfurcht haben, zu Gott auch das Vertrauen fassen, daß er uns über die Notzeit hinweghilft. Wenn wir uns darauf stützen, werden wir auch wieder in die Höhe kommen.

(Beifall bei der WAB.)

I. Vizepräsident: Zum Wort sind noch vier Redner gemeldet. Vielleicht darf ich die Bitte aussprechen, daß sich die folgenden Redner kurz fassen.

Sch erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Brunner.

Brunner (FDÖ): Hohes Haus! Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nicht so lange in Anspruch nehmen wie mein Vorredner. Aber gestatten Sie mir auch einige Ausführungen zu der Rede des Herrn Ministers von heute morgen! Die Rede des Herrn Ministers hat uns insofern enttäuscht, als von seiner Seite keine bestimmten Vorschläge gemacht worden sind, weder zur Behebung der derzeitigen Ernährungskrise, noch um die Wiederholung im nächsten Jahre zu vermeiden.

(Dr. Baumgartner: Dann haben Sie scheinbar geschlafen!)

— Nein, es wurden nur einige Andeutungen gemacht,

(Dr. Baumgartner: Ich habe sehr präzise Vorschläge gemacht.)

als der Herr Minister den Übergang von der Zwangs-

bewirtschaftung zum Prämien system freiste.

Wir von der FDÖ haben in der Erkenntnis, daß das Zwangssystem abgewirtschaftet hat und eines freien, demokratischen Landes unwürdig ist, folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird beauftragt

1. das bestehende Zwangsablieferungsverfahren durch ein Prämien system zu ergänzen,
2. die Neufestsetzung einer Mindestablieferungsquote durch die Ernährungsämter Abt. A unter Mitwirkung der Bürgermeister, der Ortsobmänner des Bayerischen Bauernverbandes und von jeweils zwei guten Ablieferern in jeder Gemeinde anzurufen,
3. für diejenigen Mengen, die über die Mindestablieferung hinaus abgeliefert werden, Prämien in Form von Futtermitteln oder Handelsdünger zu gewähren,
4. unverzüglich ein Prämien system für die Mehrablieferungen auszuarbeiten und dies dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen,
5. Maßnahmen zu treffen, die eine genaue Bestimmung des Begriffes „Selbstversorger“ schaffen, wobei nur solche Personen einzubeziehen sind, die ihren Hauptberuf in der Landwirtschaft haben, und den Kreis dieser Bevölkerungsgruppe auf den Stand von 1938 zurückzuführen,
6. die Rationen für Selbstversorger in ein erträgliches Verhältnis zu den Rationen der Normalverbraucher zu bringen, wobei den schwierigen Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen ist.

Sämtliche für die Ernährung zuständigen Behörden, angefangen vom Ernährungsminister bis herunter zu den Ernährungsämtern, suchen Mittel oder Auswege,

(Brunner [FDP])

um diese drohende Ernährungskrise zu verhindern. Mit immer neuen Zwangsmaßnahmen wird dem Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte gedroht, um die Ablieferung bis zum letzten Tropfen Milch und bis zum letzten Getreidekorn zu erzwingen. Nun zeigt sich aber in der Praxis, daß die Zwangswirtschaft, geboren und anerkannt als notwendiges Ableb der Kriegsführung, unwirksam wird, wenn die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Wir leben nicht in einem diktatorischen Kommandoat, sondern sind im Aufbau eines demokratischen Staates begriffen. Es geht nicht an, daß man einem Teil der Bevölkerung mit immer neuen Zwangsmaßnahmen kommt, da muß der Teil mit der Zeit misstrauisch werden. Ich bitte, mich nicht miszuverstehen. Wir wollen nicht einen Stand gegen den anderen ausspielen, wir wollen nur versuchen, zu erklären, woher die Unwirksamkeit aller Zwangsmaßnahmen kommt.

Der Vorwurf, daß die Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte mit verschwindend kleinen Ausnahmen ihre Ware nur aus egoistischen Gründen zurückhalten, entspricht nicht immer den Tatsachen. Tatsache ist aber, daß die Not der Zeit den Bauern zwingt, seinen Bedarf an Maschinen und Werkzeugen, die er zur Erhaltung und Fortführung seines Betriebes unbedingt benötigt, auf dem Bauhofweg zu erhalten zu versuchen. So lange nun aber selbst Behörden und die Wirtschaft sich des Kompensationsweges bedienen, kann man ihn den Bauern nicht verbieten. Will man nun aber diese Kompensationsgeschäfte, die einen Teil der für die Bevölkerung bestimmten Lebensmittelmeigen der ordentlichen Bewirtschaftung entziehen, eindämmen oder verbieten, so müssen eben andere Wege der Erfassung gegangen werden. Man setze doch einmal an die Stelle der Zwangsmaßnahmen freiwillige Ablieferungen über eine bei der Leistungsfähigkeit des bäuerlichen Betriebes tragbare Mindestablieferung hinaus! Für jede über die festgesetzte Mindestablieferung hinausgehende freiwillige Mehrablieferung gewähre man dem Bauer eine Prämie in Form von Futtermitteln und Kunstdünger! Diese beiden Produkte sind für den Bauer ebenfalls ausgesprochene Mangelware. Der Bauer, der sich verpflichtet fühlt und durch freiwillige Mehrablieferung unter Beweis stellt, daß er den Sinn der demokratischen Volksverbundenheit begriffen hat, wäre dann durch diese Sonderzuteilungen in der Lage, einmal durch bessere Fütterung der Milchtiere einen höheren Milchertrag zu erzielen; diese würde sich wiederum in der Fettversorgung auswirken; zum andern Teil durch bessere Düngung größere Ernteerträge zu erzielen, die wiederum in einer Mehrablieferung von Getreide der allgemeinen Versorgung zugute kämen. Die Ernährungskrise ist ja nicht ausschließlich nur ein Erfassungs- oder Verteilungsproblem, sondern zum größten Teil ein Erzeugungsproblem; darum sieht unser Antrag nicht Prämien in Form von selbsterzeugten Produkten, sondern von solchen Artikeln vor, die wir immer noch eher zur Verfügung stellen können als Maschinen, und die geeignet sind, die Produktion zu erhöhen.

Außerdem muß eine Neufestsetzung der Mindestablieferung durch ein Gremium unparteiischer und fachlich geschulter Männer erfolgen. Daß es hier an manchen Orten noch sehr im Argen liegt, möchte ich an einem Fall, der mir persönlich bekannt ist, demon-

strieren. Das Durchschnitts-Ablieferungssoll beträgt in einer Ortschaft für Weizen 7 bis 8 Zentner, für Kartoffel 40 bis 50 Zentner pro Tagwerk. Ein Bauer dieser Ortschaft bekam ein Ablieferungssoll von vierzehn Zentner für Weizen und 120 Zentner für Kartoffel pro Tagwerk aufgebrummt, während der Ortsbeauftragte, der das Ablieferungssoll festzusetzen hat, selbst an Weizen nur 2 Zentner und an Kartoffeln 8 Zentner abzuliefern hat.

(Zuruf: Wer ist denn das?)

— Namen steht jederzeit nach der Aussprache zur Verfügung. — So groß ist doch der Bonitätsunterschied in einer Ortschaft nicht, daß so ein krasser Unterschied gerechtfertigt wäre. Wenn man noch betrachtet, daß der Mann mit 5,5 Litern täglicher Milchablieferung im Durchschnitt bei einem Ortsdurchschnitt von 3,5 Litern an der Spitze steht, dann kann man es — um auf die Viehableitung zurückzukommen — nicht verstehen, daß man dem Mann seine beste Kuh, die täglich 12 Liter Milch lieferte, als Schlachtvieh aus dem Stalle herausgeholt hat. Der Mann hat für diese Kuh nach Wochen 268 Mark bekommen, während ihm vorher einzelne Preise bis zu 1500 Mark angeboten worden sind. — Darum sind wir dafür, daß das Ablieferungssoll nicht von irgend jemand, sondern nur von einer Kommission fachlich geschulter und unparteiischer Männer festgesetzt werden darf. Solch ungerechte Einstufungen beweisen doch eindringlich, daß nur eine unparteiische Kommission ein gerechtes Ablieferungssoll festsetzen kann.

Das schwierigste Problem in unserer Ernährung ist wohl die Fettversorgung. An Getreide haben wir durch Lieferung aus dem Ausland Hilfe zu erwarten. Beim Fett sind wir aber wohl für die nächste Zeit auf die eigene Versorgung angewiesen. Da müssen alle Mittel und Wege gegangen werden, die auch nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg haben. Es ist unbegreiflich, daß wiederum ein Schweinemord einzusehen soll, statt daß eine Vermehrung des Schweinebestandes angestrebt wird. Es ist doch nicht so, daß der Bauer ausschließlich Brotgetreide zur Mast verwendet; denn bei jedem Bauer — ich betone extra: Bauer — fällt wenigstens so viel Abfallgetreide an, das zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist, daß er damit zum größten Teil seinen Bedarf an Maßfutter decken kann. Es ist doch gewiß für unsere fettarme Ernährung von größerem Nutzen, ein Schwein mit drei Zentner Lebendgewicht auf den Markt zu bringen, als ein paar Zentner Getreide einzusparen. Voraussetzung aber für die Willigkeit des Bauern, mehr Schweine heranzuziehen, ist, daß auch mit dem Preisunfall Schluß gemacht wird. Keinem Bauer wird es auf die Dauer einfallen, sich mit Schweinemast zu befassen, wenn er für ein sechs Wochen altes Ferkel genau den gleichen Preis anlegen muß, den er für ein Fettgeschwein bezahlt bekommt. Ein weiterer Schritt zur Mehrerfassung von Fett und Schweinfleisch wäre die Reduzierung der Selbstverbraucher auf die Bauern, die tatsächlich in der Lage sind, Schweine aus eigener Futtermittelgrundlage zu füttern. 1939 hatten wir 1,4 Millionen Selbstversorger, 1945 2,5 Millionen,

(hört, hört!)

fast eine Million mehr; d. h. eine Million Menschen kamen in den Genuss der Selbstversorgerrationen, ohne hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig zu sein.

## (Brunner [FDP])

Rechnet man nun den Haushalt dieser Selbstversorger im Durchschnitt mit drei Personen, so könnten rund 300000 Schweine der Gesamtbevölkerung zugute kommen. Gerade diese kleinen Selbstversorger sind nicht in der Lage, das benötigte Maßfutter selbst zu erzeugen. Somit besteht die Gefahr, daß hier Brotgetreide verflüttet wird, das man sich hintenherum besorgt. Es geht nicht an, daß eine Familie, die an der Peripherie der Großstadt ein halbes Tagwerk Garten besitzt, zwei Ziegen im Stall hat und von der Mann obendrein in der Stadt seiner Arbeit nachgeht, als Selbstversorger auftritt. Vor 1939, als noch genügend Schweinefleisch auf dem Markt zu kaufen war, wäre es diesen Leuten nie eingefallen, ein Schwein zu mästen. Aber als die Zeiten schlechter wurden, besann man sich darauf, daß man ja als Selbstversorger auftreten könnte. Für unsere Begriffe sind dies keine Selbstversorger. Den Begriff Selbstversorger wollen wir dahin ausgelegt wissen, daß er nicht nur hauptberuflich als Bauer tätig ist, sondern daß er sich und seine Familie auf eigener Scholle ernähren und auch für die Allgemeinheit noch abliefern kann. Darunter verstehen wir einen Selbstversorger. Wir bitten Sie nun, Herr Landwirtschaftsminister, so schnell wie möglich eine genaue Definierung des Begriffes Selbstversorger zu treffen und dafür Sorge zu tragen, daß diese Bestimmung auch strikte eingehalten wird.

Wenn man nun den richtigen Selbstversorgern vor Augen führt, welches Elend und welche Not bei der Großstadtbevölkerung herrscht, dann werden sie dafür Verständnis haben, daß der krasse Unterschied zwischen ihrer Ration und der der Normalverbraucher unter Berücksichtigung ihrer schweren Arbeits- und Arbeiterverhältnisse etwas ausgeglichen wird. Wenn durch diese Maßnahme dann der Schwarzhandler zu kurz kommt, ist das nur zu begrüßen und wäre für die Gesamtbevölkerung von Nutzen. Ein bekannter Bauer hat mir vor einigen Wochen persönlich erklärt: Nun ist es so weit, daß auch wir Bauern unsere Volksverbundenheit unter Beweis stellen und mit eventuellen Kürzungen unserer Rationen rechnen müssen. Durch die fast restlose Ablieferung ihrer Produkte haben unsere Bauern bewiesen, daß sie die Not der Zeit begriffen haben. Wir sind überzeugt, daß sie bei der nochmals einzuhaltenden Nachprüfung das letzte verfügbare Korn und den letzten übrigen Liter Milch abgeben werden, damit die kommenden Monate, wohl die schwersten in der Ernährungsgeschichte unseres Landes, überwunden werden; und das ganze Volk wird es ihnen danken.

(Beifall bei der FDP.)

**I. Vizepräsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Piechl.

**Piechl (CSU):** Meine Damen und Herren! Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mich kurz fasse, weil ich mich immer tatsächlich kurz fasse. Ich möchte bloß einige Bemerkungen machen, und zwar zur Bierfrage. Ihr wißt, daß uns das Gerstenkontingent bis heute nicht zugewiesen worden ist. Ihr wißt weiter, daß wir, wenn uns die Bierherstellung nicht mehr genehmigt werden würde, eine Katastrophe auf dem Gebiete der Getränkeversorgung erleiden müßten; denn wir haben bei uns in Bayern nicht die Rohstoffe, die in anderen Bezirken Deutschlands vorhanden sind. Wir haben nicht so viel Süßstoff, daß

wir andere Getränke herstellen könnten. Die Gewerkschaften haben sich mit Herrn General Clay unterhalten und, soviel man herausgefunden hat, ist Herr General Clay nicht abgeneigt, uns in der Frage der Bierherstellung entgegenzukommen. Infolgedessen bitte ich die Staatsregierung, sie möge neuerdings Versuche unternehmen und dahin wirken, daß uns die Bierherstellung doch noch genehmigt wird. Wir haben seinerzeit im Bayerischen Landtag einen Besluß gefaßt. Ich glaube, daß dieser Besluß jetzt schon vorgelegt worden ist. Ich glaube weiter, daß wir nicht vergeblich appellieren werden, wenn wir sagen, daß das Bierproblem nicht bloß ein gewöhnliches Problem, sondern ein Problem der Wirtschaft und der Ernährung ist. Der bayerische Arbeiter und der bayerische Bauer betrachtet Bier nicht als Genussmittel, sondern als Nahrungsmittel. Es ist bereits festgestellt worden, daß die kalorienmäßige Ausnutzung der Gerste bei der Bierherstellung günstiger ist als bei der Herstellung von Brot.

Sezt einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Kollegen der Freien Demokratischen Partei. Ich glaube, wer heute Vormittag die Ausführungen des Herrn Ministers gehört hat, wird sagen müssen, der Herr Minister hat heute Neues gebracht. Insbesondere sind es die Vorschläge, die er gemacht hat. Er hat zur Abhilfe vorgeschlagen: Erstens der Industrieexport muß gesteigert werden, um Devisen zu bekommen, um dann die Lebensmittel damit bezahlen zu können. Zweitens hat er gleiche Methoden hinsichtlich der Produktion, der Erfassung und der Verteilung in allen vier Zonen vorgeschlaen; drittens Steigerung der Produktion; viertens Regelung der Kunstdüngerfrage; fünftens Prämienystem und sechstens Fetteinfuhr. Ich glaube, mehr brauchte er zu dieser Sache nicht zu sagen. Wer die Ausführungen gehört hat, muß sich sagen, daß sie sich auf einem Niveau bewegt haben, das durch die lange Debatte, die jetzt eingesezt hat, sicher nicht gehoben werden konnte. Es ist vielmehr so, daß durch diese Debatte die Rede des Herrn Ministers etwas abgeschwächt worden ist.

(Sehr richtig!)

Der Herr Vorréder hat auch davon gesprochen, daß die Zwangswirtschaft eine unangenehme Angelegenheit ist. Das wissen wir von der Landwirtschaft ganz genau. Wir wissen aber auch, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt auf diese Zwangswirtschaft nicht verzichten können, weil wir sonst Hunderttausende von Menschen dem sicheren Hungertode ausliefern würden; infolgedessen ist diese Frage momentan gar nicht diskutabel. Auch wir begrüßen den Tag, an dem uns die Möglichkeit gegeben ist, auf die Zwangswirtschaft zu verzichten. — Dann weiter zu seiner Definition der Selbstversorger und der Verbraucher: Was in dieser Hinsicht gemacht werden konnte, steht ja in den Bewirtschaftungsvorschriften. Ich glaube, es wird niemals einfach sein, hier ganz klare Verhältnisse zu schaffen. Unsere Aufgabe ist es, darnach zu trachten, daß wir in den nächsten Monaten durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse hindurchkommen.

(Beifall bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hagen, Nürnberg.

**Hagen Lorenz (SPD):** Meine Damen und Herren! Wenn jemand eine Pflicht zu erfüllen hat und es ihm aus irgend einem Grunde, vielleicht auf Grund höherer Gewalt, unmöglich ist, dieser Pflicht nachzu-

## (Hagen Lorenz [SPD])

kommen, so sucht er dafür gewöhnlich einen Prügelknaben. Das hat auch der Ernährungsminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Lübke, getan, indem er die ganze Schuld für die schwierige Ernährungslage in der englischen Zone auf die süddeutschen Länder, insbesondere Bayern, abzuwälzen versuchte.

Wie liegen denn nun die Dinge nach der Richtung hin? Ich gebe sonst im allgemeinen auf Statistiken sehr wenig — ich möchte das voranstellen —, aber die Statistik, die mir über den Unterschied in der Erfassung der bewirtschafteten Nahrungsmittel in der englischen und in der amerikanischen Zone zugekommen ist, spricht trotzdem Bände. Man spricht in dieser Statistik davon, daß man in der englischen Zone der Ablieferungspflicht nur zu 55 Prozent nachgekommen ist, daß also ein Minus von 45 Prozent vorhanden ist, während bei uns in Bayern nachweisbar nur ein Minus von 20 Prozent vorhanden ist. Das sind Dinge, an denen wir bei der Klärung dieser ganzen Geschichte nicht vorübergehen können. Ich habe vor kurzem anlässlich einer Zonentagung der Gewerkschaften in Stuttgart bzw. Kornwestheim in ganz energischer Form dagegen Stellung genommen, daß man insbesondere uns Bayern dafür verantwortlich macht, wenn dort oben in der Frage der Ernährung nicht alles so klappt, wie es sein sollte. Leider — das möchte ich hier ganz öffentlich feststellen — sind auch Kreise von Leuten, die sonst sehr vernünftig denken, heute schon von dieser Psychose miterfaßt.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

und glauben diese Worte ebenso, wie sie sonst im allgemeinen nur Schwäger glauben. Dagegen haben wir uns als Gewerkschaften gewandt und dagegen möchten wir Sozialdemokraten uns auch hier im Bayerischen Landtag mit aller Energie wenden. Wir wissen, daß wir uns selbst nicht ernähren können. Wir wissen, daß wir auf die Hilfe des Auslandes angewiesen sind und schon in Friedenszeiten angewiesen waren. Voraussetzung für die Hilfe des Auslandes aber ist, daß wir selbst unsere ganze Kraft einsetzen und alles tun, damit wir vor dem Auslande bestehen können und sagen können: Wir haben unsere Kraft erschöpft; weiter geht unsere Kraft nicht; ihr seid deshalb verpflichtet, uns zu helfen.

Wenn ich das vorausgestellt habe, so deshalb, um nicht den Anschein zu erwecken, als wollte ich den Bauernstand in seiner Gesamtheit verurteilen oder der Regierung irgendwelche Unterlassungsfünde vorwerfen. Aber, wenn wir auch anerkennen, daß ein großer Teil der bayerischen Bauern seine Pflicht in vollstem Maße getan hat, so möchte ich trotzdem diesem Teil der Bauern noch zurufen: Heute ist die Not in den Städten so groß, daß Ihr nicht nur die Pflicht erfüllen müßt, sondern daß Ihr darüber hinaus auch noch alles das tun müßt, was irgendwie in Euren Kräften steht, damit die ungeheure Not in den Städten gelindert wird. Und sie muß gelindert werden. Es gibt aber auch noch eine andere Sorte von Bauern. Das wollen wir nicht verschweigen, und gerade die Worte des Herrn Ernährungsministers — ich nehme an, daß er sich bewußt ist, daß er neben dem Landwirtschaftsminister auch noch Ernährungsminister ist — haben uns bewiesen, daß er selbst nicht hundertprozentig der Auffassung ist, daß von den

Bauern restlos alles das getan wird, was getan werden müßte; denn sonst hätte er ja keine Veranlassung gehabt, Hofbegehungskommissionen einzuführen, um auch das Letzte herauszuholen, was heute von verschiedenen Bauern vielleicht noch versteckt aufbewahrt wird. Wir alle zusammen müssen heute von der Voraussetzung ausgehen: es geht heute nicht um die Erhaltung eines Standes, es geht heute nicht um die Erhaltung einer Schicht des Volkes, sondern es geht heute um die Erhaltung der Gesamtheit unseres Volkes. Es geht insbesondere — was ja in unserer neuen Verfassung so schön zum Ausdruck kommt — um die Erhaltung des wertvollsten Gutes, der Arbeitskraft; denn besitzen wir diese nicht mehr, dann muß sich das ganze Volk darüber klar sein, daß nichts mehr zu retten sein wird. Nun läuft bei uns täglich und ständig eine Unmasse von Resolutionen ein, in denen Forderungen oft der tollsten Art aufgestellt werden. Ich mache auch hier vor diesem Forum kein Geheimnis daraus und sage, daß man versucht, uns aufzufordern, aufs Land hinauszugehen und den Bauern, wenn sie nichts abgeben wollen, den roten Hahn aufs Dach zu setzen, (hört!)

oder daß man sagt: Wir gehen aufs flache Land hinaus und holen uns selbst, was uns von Seiten der Bauern verweigert wird. Wir haben das bisher zu verhindern gewußt. Ob wir es auf die Dauer können, wissen wir nicht. Wir haben deshalb auch — was von unverantwortlichen Elementen gefordert wurde — einen Streik in der Frage der Verbesserung der Ernährungslage abgelehnt. Wir haben ihn deshalb abgelehnt, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß dadurch die Ernährungslage um kein Gramm verbessert werden könnte, daß aber ein Streik, wenn er sich unter Umständen auf das ganze Land ausdehnen würde, dazu führen könnte, daß unsere an sich schon brachliegende Wirtschaft noch mehr herabgewirtschaftet wird. Das muß unserer Auffassung nach unter allen Umständen verhindert werden. Wenn wir auch Verständnis für die Nöte der Arbeiter, Angestellten und der Beamtenschaft haben und wenn wir uns auch ganz einsetzen, um zu versuchen, ihr Los zu verbessern, so sagen wir uns doch: Hier geht es nicht mehr, wie ich vorhin bereits erwähnt habe, um eine Schicht des Volkes, sondern hier geht es um die Gesamtheit des Volkes. Ich möchte noch anschließend bemerken, daß es mir ferne liegt, mich heute hierher zu stellen und dem Herrn Ernährungs- und Landwirtschaftsminister irgend welche Vorwürfe zu machen; ich will ihn auch nicht verteidigen. Das ist nicht meine Aufgabe; er hat selbst so viel persönliche Energie in sich, um sich verteidigen zu können. Ich möchte aber doch andererseits sagen: Es gibt doch noch gewisse Dinge, die schon aus rein psychologischen Gründen heraus auch von der Staatsregierung und vom Landtag mit in Erwägung gezogen und gewürdigt werden müssen. Hierbei schwebt uns in erster Linie die Unterbindung, d. h. die schärfste Bekämpfung des Schwarzhandels und des Verschiebens von Mangelware hauptsächlich auf dem Ernährungssektor vor. Ich möchte die Frage aufwerfen: Kann die Staatsregierung mit reinem Gewissen sagen, daß sie alles getan hat, um den Schwarzhandel zu bekämpfen? Wir sagen, nein! Unserer Auffassung nach müßten unter allen Umständen Erempl in schärfster Form statuiert werden, weil diese wenigstens bis zu einem gewissen Grade abschreckend auf die Schwarzhändler wirken. Wenn es nicht anders

(Hagen Lorenz [SPD])

geht, muß man sich dann auch überlegen, ob man nicht von dem Kontrollratsgesetz Nr. 50, das seit 7. April 1947 in Kraft ist, in Ermangelung eines dementsprechenden bayerischen Gesetzes Gebrauch macht.

(Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Es sieht vor, daß für Verschleuderung von Waren Zuchthausstrafen und Geldstrafen in einer ganz ausgiebigen Höhe verhängt werden.

Ich liebe es nicht, bei meinen Reden Zeitungsausschnitte zu benutzen. Aber vielleicht darf ich Ihnen doch wenigstens Art. 1 dieses Gesetzes zur Kenntnis bringen. Er besagt:

Jede Person, die in der Erzeugung, Verwaltung, dem Transport oder der Verwahrung von rationierten Nahrungsmitteln oder Gütern irgendwelcher Art, einschließlich der sich noch in der Herstellung befindlichen, oder von Zuteilungskarten tätig ist und diese stiehlt oder deren Diebstahl bzw. Vergewaltigung oder gesetzwidrige Verwendung vorsätzlich zuläßt, kann mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit mindestens 6 Monaten Gefängnis, in jedem Falle mit einer Geldstrafe von 5 000 Mark bis 5 Millionen Mark bestraft werden.

Wenn man von Seiten der Staatsregierung mit denartigen Maßnahmen vorgeht, dann müßte es nach unserer Auffassung — verzeihen Sie den Ausdruck — mit dem Teufel zugehen, wenn diese Strafen nicht auf einen gewissen Teil der Schwarzhändler abschreckend wirken würden, die nicht immer nur Ausländer sind, sondern zum Teil auch aus unseren Volksgenossen bestehen, die unter allen Umständen als Volksschädlinge aus der Volksgemeinschaft entfernt werden müssen. Das Volk versteht nicht, daß man auch heute wieder das alte Sprichwort bei uns zutreffen läßt: Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen. Die Arbeiter und die Arbeiterfrauen, die einmal hinausgehen, um die dringendste Not ihrer Familie zu lindern und vielleicht zwei, drei oder fünf Eier und ein halbes Pfund Butter in der Tasche haben, verstehen es nicht, wenn man ihnen das abnimmt und dafür den Schwarzhändler, der mit dem Auto vorbeifährt, laufen läßt. Auch hier muß meiner Meinung nach von Seiten der Staatsregierung Remedien geschaffen werden.

(Zuruf: Und die Dienstfahrten der Eisenbahner von Heidelberg nach München!)

Vielleicht auch die! Auch hier wird eine Kontrolle ebenso notwendig sein wie bei den Autofahrern.

Ein anderes Kapitel sind die Schwarzschlachtungen. Ich habe vor einigen Tagen Gelegenheit genommen, dem Herrn Justizminister einen ganz gravierenden Fall zur Kenntnis zu geben. In einer Stadt hat man zwei Männer bei Schwarzschlachtungen erwischt. Einer davon war sogar Sturmbannführer der SS, der sich leider heute noch auf freiem Fuß befindet und sein Geschäft ausüben darf.

(Zuruf: Was sagt Loritz dazu?)

Es war aber nicht eine Schwarzschlachtung für den Haushgebrauch, sondern es wurden bei ihnen über 80 Pfund Räucherfleisch, eine zerlegte Sau, sondern so viel Pfund Schweinefett gefunden. Die Würste waren noch im Wurstkessel. Die Polizei erwischte diese Leute. Man verhaftete sie, setzte sie in Polizeihaft und übergab sie dem Untersuchungsrichter. Und der Herr Untersuchungsrichter — hören und staunen Sie! — hat

diese Leute gegen Stellung einer Kautions von 10 000 Mark wieder auf freien Fuß gesetzt.

(Hört, hört!)

(Stock: Die mußten doch die Würste erst fertigmachen!) Ja, es ist eigentlich, was da gesagt worden ist. Der Untersuchungsrichter begründete die Freilassung damit, daß die Leute aus Geschäftsinteressen heraus gegen Gestellung einer Kautions wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

(Heiterkeit.)

Man fragt sich: Hat man dabei das Schwarzschlachtungsgeschäft oder ein anderes gemeint? Ich will dem Herrn Justizminister keinen Vorwurf machen, daß er hier nicht eingegriffen hat.

(Staatsminister Dr. Högner: Bitte nicht; Unabhängigkeit der Gerichte!)

Ich weiß, daß die Unabhängigkeit der Richter gewährleistet ist. Wenn aber ein Untersuchungsrichter etwas derartiges tut, dann gehört er trotz allem nicht mehr auf diesen Platz hin, auch bei dem Mangel an Richtern, die wir in Bayern aufzuweisen haben. Das sind alles Dinge, die das Volk nicht versteht.

(Staatsminister Dr. Högner:

Sch habe den Staatsanwalt schon angewiesen.)

Wir halten es weiter für notwendig — erschrecken Sie nicht, meine Herren Bauern, soweit Sie hier anwesend sind —, daß eine Überprüfung des Kreises der Selbstversorger angestrebt und durchgeführt werden muß. Warum? Nicht deshalb, um den wirklichen Selbstversorgern etwas zu nehmen! Wir wissen aber durch Ermittlungen, die wir angestellt haben, ganz genau, daß es viele Bauern gibt, die ihre Vettern und Neffen unter irgendeinem fadenscheinigen Grund als Selbstversorger mitdeklariert haben, weil diese vielleicht einmal ein paar Tage bei ihnen Kartoffeln gesteckt oder sonst irgend etwas anderes gemacht haben.

(Zuruf: Das gibt es nicht mehr!)

Doch, doch, wir wissen darüber Bescheid. Wenn Sie sich davon nicht betroffen fühlen, dann seien Sie froh darüber. Aber es gibt einige, die sich betroffen fühlen müssen. Unserer Auffassung nach muß also der Selbstversorgerkreis auf das strengste überprüft werden.

(Zuruf: Herr Kollege, sagen Sie uns Ihre Auffassung über die Teilselbstversorger!)

Nachdem ich die Debatte nicht verlängern will, kann ich mich heute nicht so sehr darüber verbreiten. Ich bin bei anderer Gelegenheit gerne bereit, mich mit Ihnen über diesen Punkt auseinanderzusetzen.

Nach unserer Auffassung muß unter allen Umständen — und sei es auch gegen den Widerstand der Besatzungsmacht — eine Herabsetzung der Rationen in den Interniertenlagern durchgeführt werden. Wir müssen versuchen, die Besatzungsmacht davon zu überzeugen, daß das von uns Gewollte das Richtige ist. Es können die Nationen dort nicht mehr in der bisherigen Höhe gegeben werden. Die Herrschaften darinnen, die unser heutiges Unglück in der Hauptfache mitverursacht haben, haben sich dazu zu bequemen, mit dem niedrigsten Satz auszukommen, den der Normalverbraucher hat.

Eine weitere Maßnahme ist unserer Meinung nach für die Interniertenlager notwendig: das ist das Verbot jeglicher Sendung von Lebensmittelpaketen in die Interniertenlager; denn diese Lebensmittel, die in diesen Paketen in die Erscheinung treten, können

(Hagen Lorenz [SPD])

nicht von den 1000 Gramm Brot, den 150 Gramm Fett und den 600 Gramm Fleisch eingespart werden. Sie werden auf dem Schwarzmarkt besorgt und das muß unterbunden werden. Weiter sind wir der Auffassung, daß ein Ausgangs- und Urlaubsverbot auf der ganzen Linie für die Interniertenlager erlassen werden muß. Dadurch soll verhindert werden, daß die Internierten die Möglichkeit haben, sich auf diese Weise außer der Reihe Lebensmittel mit hineinzuschaffen.

Ferner muß jegliche Art von Kompensationsgeschäften in der gewerblichen Wirtschaft verboten werden. Man hat gegenwärtig ein stillschweigendes Kontingent von 10 Prozent der Produktion den einzelnen Betrieben zu Kompensationszwecken zur Verfügung gestellt, angeblich — ich unterstreiche das ausdrücklich — um sich eventuell notwendige Maschinen, Werkzeuge und Rohstoffe zu besorgen oder, wie man hinten so schamhaft noch anhängt, um dafür zu sorgen, daß die Arbeiter- und Angestelltenschaft eventuell mit Berufskleidung versorgt werden könnte. Wir sind der Überzeugung, daß erstens einmal diese zehn Prozent nicht eingehalten, sondern weit überschritten werden und zweitens meist zu anderen Zwecken Verwendung finden. Sie fließen in schwarze Kanäle und das muß beseitigt werden. Ich spreche es ganz bewußt aus, wenn ich auch weiß, daß ich mich damit vielleicht im Gegensatz zur Auffassung manchen Betriebsrates befinden: Es muß jedem Betrieb verboten werden, irgendwelche Kompensationsgeschäfte zu betreiben. Es darf nicht einem einzelnen Betrieb, der vielleicht die Möglichkeit dazu hat, eine solche Gelegenheit gegeben werden, während ein anderer Betrieb dies nicht kann.

Der Herr Landwirtschaftsminister hat heute früh davon gesprochen, daß die deutschen Berater bei der amerikanischen Militärregierung seiner Auffassung nach falsche Ratschläge geben. Ich nehme an, daß diese Leute durch unsere Regierung dorthin gebracht worden sind.

(Dr. Hundhammer: Nein, nein!)

Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich der Regierung doch empfehlen, einmal der amerikanischen Militärregierung zu sagen, daß wir mit diesen Herrschäften nicht mehr einverstanden sein können, weil sie die Objektivität verlassen und falsche Ratschläge geben haben. Es sind Saboteure, zumal, wenn sie als Deutsche so handeln, wie es hier geschildert worden ist.

All das, was ich hier in kurzen Strichen gezeichnet habe, wird natürlich die Gesamtnot unserer Ernährung nicht beseitigen können. Das wissen wir. Aber haben nicht gerade wir als die Volksvertretung und hat nicht gerade die bayerische Staatsregierung alle Verantwortung, auch psychologisch auf die breiten hungernden Massen in den Städten zu wirken? Wenn das getan wird, was ich hier angedeutet habe, dann werden sich viele, die heute wankend sind in ihrem Glauben an die Regierung, sagen: Jawohl; wir sehen, daß sich die Regierung alle Mühe gibt, um das durchzuführen, was ihr im Rahmen der Möglichkeit gegeben ist. Das ist meine feste Überzeugung, und deshalb muß hier etwas getan werden.

Ich sagte vorhin noch, daß diese Maßnahmen nicht genügen, um unser Elend zu beseitigen. Es ist heute schon davon gesprochen worden, daß wir uns mit General Clay in Verbindung gesetzt haben. General

Clay hat uns gegenüber mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht: „Wir sind bereit, den Deutschen in dieser schweren Ernährungskrise zu helfen. Das setzt aber voraus, daß die Deutschen zuerst selbst alles tun, was in ihren Kräften steht, ehe wir ihnen unsere Hilfe angedeihen lassen.“ Er hat bei dieser Gelegenheit noch hinzugefügt: „Streiks könnten nur dazu führen, daß wir unsere Hände von ihnen abziehen.“ Deshalb haben wir verhindert, daß wegen der Ernährungsfrage Streiks gekommen sind. Andererseits müssen wir deshalb aber auch unsere ganze Kraft einsetzen, damit wir dem Ausland gegenüber den Nachweis erbringen können, daß wir wirklich alles getan haben.

Wenn ich sage, daß wir die Hilfe des Auslands brauchen, so möchte ich nach der Richtung hin auch an einen Satz anknüpfen, den der Herr Ernährungs- und Landwirtschaftsminister heute früh gesprochen hat, indem er sagte: „Wir lehnen eine Kollektivschuld ab!“ Wir haben von Seiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei aus dies bereits im Dezember 1945 mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Wir haben erklärt: Wenn wir eine Kollektivschuld des deutschen Volkes anerkennen würden, dann würde das zur gleichen Zeit eine Diffamierung all der Hunderttausende und Millionen bedeuten, die in den Konzentrationslagern und in den Zuchthäusern während der zwölfjährigen Periode des Nationalsozialismus gesessen haben.

(Sehr richtig!)

Über diesen Kreis hinaus gibt es aber noch eine ganze Anzahl Deutscher, denen man eine Schuld an diesem Geschehen nicht beimesse kann. Wir haben damals schon mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß sich das deutsche Volk, dessen demokratische Organisationen alle zerstochen waren, 1933 nicht gegen Hitler zur Wehr stellen konnte. Wer hat es denn ermöglicht, daß er die Wehrmacht wieder einführen konnte? Wer hat es nicht verhindert, daß die Remilitarisierung des Rheinlandes wieder vor sich gegangen ist? Wer hat es vor allen Dingen nicht verhindert, daß ihm die Rohstoffe noch und noch aus dem Ausland geliefert worden sind zu einer Wiederaufrüstung, die es ihm ermöglicht hat, den Weltbrand anzustecken? — Nicht das deutsche Volk trägt daran die Schuld, sondern die Signatarmächte des Versailler Vertrags! Sie sind hier zumindest in demselben Ausmaß mitverantwortlich.

(Sehr richtig!)

Wenn wir das feststellen, dann tun wir das mit einem gewissen Freimut. Wir wollen nicht betteln. Wir wollen nicht bitten. Wir wissen, daß die Welt und speziell Europa ohne Deutschland nicht zu denken ist. Wir sind bereit, bei der Überbrückung dieses Chaos das Menschenmögliche mit zu tun. Wir erwarten aber auch, daß man das von Seiten der übrigen Welt anerkennt.

(Lebhafter Beifall.)

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Thaler.

Thaler (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute mit Interesse und Anerkennung von dem Bericht des Herrn Ernährungsministers über die in seinem Ministerium geleistete Arbeit Kenntnis genommen. Wir haben aber auch mit Sorgen von den Schwierigkeiten in der Ernährungslage gehört.

Eine dieser Schwierigkeiten ist auch die Frage der Bierherstellung, die, wie wir vernommen haben,

(Thaler [CSU]).

noch nicht gelöst ist. Der Herr Ernährungsminister hat bereits darauf hingewiesen, in welch engem Zusammenhang diese Frage mit unserer Fettversorgung steht. Ich möchte hierzu einige erläuternde Ausführungen machen. Wenn man in nicht fachkundigen Kreisen davon spricht, daß durch die Bierherstellung der Ernährungswirtschaft praktisch überhaupt nichts entzogen wird, so kann man gelegentlich auf ein ungläubiges Lächeln stoßen. Und doch ist es so! Um Sie davon zu überzeugen, möchte ich Ihnen den Vorgang der Bierherstellung und den Anfall der sich hierbei ergebenden Produkte darstellen. Ich will das sehr kurz machen.

Wenn aus Gerste Bier gemacht wird, so ist es zunächst notwendig, daß die Gerste zu Malz umgewandelt wird. Die Gerste wird auf einige Tage in Wasser gelegt. Dann wird sie auf die Tonne gebracht und dort entwickelt sich ein ganz natürlicher Keimungsprozeß. Es bilden sich Wurzeln.

(Unruhe.)

— Ich möchte Ihnen damit ja nur den Nachweis über die anfallenden Produkte liefern. — Wenn dieser Keimungsprozeß vor sich geht, dann verlagert sich das Eiweiß aus dem Korn in die Wurzeln. Die Stärke wird in Zucker umgewandelt. Die so vorgekeimte Gerste wird dann auf die Darre gebracht und getrocknet. Hierbei werden die Wurzeln entfernt. Sie heißen dann Malzkeime. Diese Malzkeime stellen ein sehr eiweiß- und proteinreiches Futtermittel dar. Sie wandern teilweise in die Lebensmittelproduktion und zum andern Teil geben sie unserer Landwirtschaft ein sehr eiweißhaltiges Milchfuttermittel. Wenn dann das Malz zu Bier umgewandelt wird, so wird es in einem Kessel aufgekocht. Bei diesem Vorgang wird dem Korn lediglich der Saft entzogen — und deswegen sprechen wir ja auch von dem edlen Gerstensaft, dem Bier. Es wird lediglich die Würze, also das Bier, abgeläutert, während das Korn selbst, die feste Substanz des Kornes, im Sudkessel zurückbleibt. Diese Substanz, es ist der Treber, wird ausschließlich wieder der Landwirtschaft, bzw. der Lebensmittelversorgung zurückgegeben. Es wird also dem Korn lediglich der Saft entzogen, der für die Bierherstellung notwendig ist, und das Korn selbst wird in die Ernährungswirtschaft zurückgeführt.

Es ist noch etwas anderes dabei zu beachten, was sich besonders auf die Fettversorgung auswirkt: Wenn in den Erntemonaten speziell unserer Landwirtschaft kein Getränk zur Verfügung steht, dann wird sie auf die Milch zurückgreifen; denn Limonade oder Krabbelwasser, wie es auf dem Lande draußen heißt, wird die Landwirtschaft ablehnen. Kaffee steht ja auch nicht zur Verfügung; denn dazu wäre wieder Gerste notwendig, wobei zu bedenken ist, daß bei der Kaffeeherstellung die Abfälle verlorengehen. Es ist ja ungefähr der gleiche Vorgang. Auch hier wird dem Korn die Flüssigkeit entzogen. Aber der Kaffeesatz wird in den Abfallheimer gebracht und kommt nicht zur Ernährungswirtschaft zurück. Es ist bereits ausführlich darauf hingewiesen worden, welche Bedeutung das Bier für die Arbeiterschaft hat. Vor ein paar Tagen habe ich ein ärztliches Gutachten gelesen, das feststellt, daß die Arbeiter, die in großen erhitzten Räumen arbeiten müssen und denen nicht das notwendige und bekömmlichste Getränk, das Bier, zur Verfügung gestellt werden kann, gesundheitlichen Schaden nehmen müssen.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Landtag möge beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Verhandlungen mit der Militärregierung wegen des Braukontingents mit aller Energie erneut aufzunehmen bzw. fortzuführen.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stiller.

Stiller (FDP): Hohes Haus! Mit gespannter Aufmerksamkeit sind wir alle den Worten des Herrn Landwirtschaftsministers Dr. Baumgartner gefolgt und ich möchte hier nicht direkt seinen Ausführungen widersprechen. Insbesondere habe ich den außenpolitischen Schluß seiner Rede mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Ich kann mich selbst noch sehr gut erinnern. Vor etwa zwölf Jahren war ich Lehrling bei den Bayerischen Motorenwerken. Unser Werk stand unmittelbar vor dem Zusammenbruch; nur auf die Aufträge aus Russland warteten wir noch. Die Aufträge aus Russland haben das Werk saniert, das einer der größten Rüstungsbetriebe hier in München war. Das nur als Beispiel. Ich möchte mich aber nicht erdreisten, zu jenen Eiern zu gehören, die nach den Worten des Herrn Ministers gescheiter sind als die Hennen. Ich stehe auch in keiner Verbindung mit der besagten Resolution, die den Herrn Staatsminister aufgesondert hat, zurückzutreten. Ich habe von dieser Resolution erst heute früh aus dem Munde des Herrn Ministers Dr. Baumgartner Kenntnis erhalten.

Nun möchte ich aber hier doch die Gelegenheit benützen, festzustellen, daß ich Äußerungen, in denen die deutsche Jugend abfällig beurteilt wird, von Ihnen und Ihresgleichen gewohnt bin, um nur mit einem Beispiel für den früheren Entnazifizierungminister Dr. Pfeiffer zu verweisen. Unsere Jugend ist zwar gut genug gewesen einerseits auf den Schlachtfeldern und andererseits in den Untergrenzbewegungen zu verbluten, wo Ihre Kreise sehr oft nicht zu finden waren.

(Zurufe und Unruhe.)

— Ich habe gesagt sehr oft!

(Staatsminister Dr. Baumgartner:

Ich war fünf Jahre im Kriege!)

— Herr Minister Baumgartner! Ich habe nicht von Ihnen persönlich gesprochen. Ich habe von Ihren Kreisen gesprochen!

Wenn sich aber diese jungen Menschen heute zum Wort melden, dann wird ihre Kritik —

(Stock: Was hat das mit der Ernährung zu tun?)

— kommt noch, Herr Stock! — Der Herr Minister Baumgartner hat der deutschen Jugend Vorwürfe gemacht, und ich habe als zweitjüngstes —

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Ich habe nicht der deutschen Jugend einen Vorwurf gemacht, sondern einem bestimmten Gremium. Das muß sofort richtig gestellt werden!)

— Bitte! Wenn sich also diese jungen Menschen heute zum Wort melden, dann wird ihre Kritik von manchen Leuten abfällig beurteilt. Unsere Jugend hat wie das Alter das Recht, zum Aufbau unseres Staates ihre Stimme zu erheben. Gerade manche Kreise des Alters haben es vor 1933 nicht verstanden, so zu arbeiten, daß sie das Aufkommen des Nationalsozialismus hätten verhindern können.

(Zurufe: Das ist richtig! — Da waren Sie noch gar nicht da!)

(Stiller [FDP])

Als eines dieser Eier werde ich es jetzt nicht wagen, an den Ausführungen des Herrn Ministers direkt Kritik zu üben.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Das können Sie ruhig tun!)

Aber ich werde mir einige Anfragen an den Herrn Minister erlauben. Es kommt mir sehr eigenartig vor, Herr Staatsminister, daß von den 1,3 Millionen statistisch nachgewiesenen geschlachteten Schweinen die 7 Millionen Normalverbraucher nur 85 000 erhalten haben, während die 2,5 Millionen Selbstversorger über 250 000 davon verbrauchten. Das sind nur amtlich registrierte Zahlen; die haben mit den Schweinen, die außerdem noch schwarz geschlachtet wurden, überhaupt nichts zu tun. Diese Zahlen begreife ich nicht angesichts unserer hungernden Arbeiter in den Städten.

Wenn der Herr Staatsminister erklärt, daß sämtliche Freikontingente in der Wirtschaft aufgehoben werden sollen, dann stimme ich ihm darin zu, wenn die Freikontingente auch in der Landwirtschaft aufgehoben werden.

(Sehr richtig! — Wir haben ja gar keine!)

Meine Herren! Was ist denn die Selbstversorgerration anders als das größte und prozentual krasseste Freikontingent in der ganzen Wirtschaft überhaupt?

(Unruhe, Zwischenrufe.)

Sie haben, Herr Minister, vorsichtshalber von nur 7 Millionen hungernden Menschen in Bayern gesprochen und haben dabei — —

(Zurufe.)

— Ich bringe hier nur statistische Zahlen, sonst nichts. Ich enthalte mich jeden sachlichen Urteils.

(Zuruf: Statistik!)

Die Zahlen stammen vom Landwirtschaftsministerium selbst. Ich habe sie mir sicherheitshalber dort besorgt. — Sie haben vorsichtigerweise von nur 7 Millionen hungernder Menschen in Bayern gesprochen und dabei wohlweislich eingestanden, daß 2,5 Millionen Menschen nicht hungern. Ich verlange nun in keiner Weise, wie Sie das von der Wirtschaft tun, eine Aufhebung dieser Selbstversorger-Freikontingente. Aber ich verlange eine Anpassung, um die hungernde Bevölkerung und die Arbeiter in den Städten vor dem Verhungern und davor zu bewahren, daß sie ihre Arbeitsplätze verlassen müssen, um auf das Land zu gehen, damit sie dort etwas bekommen; denn in dem Verlassen der Arbeitsplätze liegt einer der Hauptgründe für den Zusammenbruch unserer Wirtschaft.

Wenn der Gewerkschaftssekretär Reuter in seiner strengen Rundfunkrede in diesem Punkt meinen Ausführungen in meiner letzten Rundfunkansprache voll und ganz recht gab, so muß ich all jene Kräfte auffordern, denen es tatsächlich um das Wohl des Arbeiters geht, nicht die Interessen der Arbeiter zugunsten einer Koalitionspolitik zu opfern. — Das sagt Ihnen heute kein Sozialdemokrat, sondern ein Freier Demokrat.

Ich vermisste ferner in den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers eine Erklärung darüber, was bisher unternommen wurde, um durch Bodenverbesserungen und ähnliche Mittel unseren heimatlichen Ertrag zu erhöhen.

(Zuruf: Nichts!)

Ich stimme dem Herrn Landwirtschaftsminister voll und ganz darin zu, daß wir unsere landwirtschaftliche Inlandserzeugung mit allen Mitteln steigern und diese Angelegenheit nicht allein von der Verteilungsseite, sondern auch von der Produktionsseite her betrachten müssen. Ich erlaube mir deshalb heute, auch einen konkreten Vorschlag zu einer nennenswerten Verbesserung unserer heimatlichen Ernährungslage zu machen. Es handelt sich um die wirtschaftliche Erforschung des Vorkommens von mindestens 50 Millionen wildwachsender essbarer Pilze in Bayern als Nahrungsmittel. (Heiterkeit.)

Es ist dies eine Angelegenheit, die durchaus nicht zum Lachen ist. (Sehr richtig!)

Hierin hat bisher das Staatsministerium für Ernährung fast überhaupt nichts unternommen, und die Durchführung dieser Angelegenheit wird bedauerlicherweise von vielen Landräten infolge mangelnden Verständnisses sogar unmöglich gemacht.

(Hört, hört!)

Ich werde Ihnen anhand klarer, nüchterner Tatsachen und Vorschläge im Landwirtschaftsausschuß die Wichtigkeit dieses Problems vor Augen führen und ich möchte Sie bitten, objektiv zu sein und den Antrag im Landwirtschaftsausschuß und später im Landtag anzunehmen, und damit unserer notleidenden Bevölkerung eine kleine Hilfe zuteil werden zu lassen.

Ich möchte diesen an den Landwirtschaftsausschuß verwiesenen Antrag hier kurz verlesen:

Das Bayerische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ersucht, unverzüglich einen Fachmann im Ernährungsministerium einzusetzen,

— wobei ich bitte, die Betonung auf „Fachmann“ zu legen —

um alle Maßnahmen zur größtmöglichen Steigerung der industriellen Pilzverwertung in Bayern durchzuführen.

Hierzu möchte ich noch feststellen, daß in der Schweiz und in Frankreich ein ganzes Gewerbe auf die wirtschaftliche Pilzverwertung aufgebaut ist und wir daher nur dem Beispiel dieser Länder zu folgen brauchen.

Abschließend möchte ich an Sie und an alle Minister der deutschen Länder die eindringliche Mahnung richten: Benützen Sie nicht die augenblicklich tiefste Notlage in der Geschichte unseres Volkes, um damit übertrieben einzelstaatliche Politik zu treiben! Ich kenne Firmen in anderen deutschen Ländern — und ich kenne mich dort auch sehr gut aus —, die schon für Millionen von Mark Waren nach Bayern geliefert haben, ohne darüber Worte zu verlieren oder etwas dafür zu verlangen. Wir müssen bei der Beurteilung all dieser Zeiträgen objektiv bleiben und dürfen gerade in der Zeit unserer größten nationalen Not niemals die deutsche Einigkeit gefährden.

(Beifall bei der FDP.)

I. Vizepräsident: Es spricht der Herr Abgeordnete Haufleiter.

Haufleiter (CSU): Meine Damen und Herren! Die Sicherung der Ernährung, über die wir heute sprechen, ist ein Problem, das auch früher schon in Zeiten von Hungersnöten als Frage der Ablieferungskontrolle die Menschen beschäftigt hat. Ich darf hier ganz kurz — ich werde Sie nicht zu sehr langweilen —

## (Hausleiter [CSU])

auf ein Beispiel verweisen, das zeigt, daß für Erfassungssysteme jedoch auch Grenzen gezogen sind. Der römische Kaiser Diokletian hatte infolge der ungeheuren Abwanderung vom Lande eine Hungersnot zu bewältigen; er hat Höchstpreise festgelegt, ein Erfassungssystem eingerichtet und hat dann schließlich, als dieses Erfassungssystem versagte, 60 000 Bauern hingerichten lassen. Wissen Sie, was die Folge davon war? Im nächsten Jahr waren die Preise noch höher, war der Hunger noch größer, aus dem einfachen Grund, weil 60 000 weitere Bauern gefehlt und nicht mehr mitgearbeitet haben.

Ich glaube, wir befinden uns heute in einer ähnlichen Lage, nämlich an den Grenzen eines Kontrollsystems, das nicht mehr übersteigert werden kann, weil natürliche Schranken gesetzt sind. Wenn die Kontrolleure hungern, dann schicken Sie sie vergeblich aufs Land, um zu kontrollieren!

(Sehr gut!)

Irgendwo ist hier Schluß; dann entsteht ein System der Unwahrheit, ein System der Verlogenheit, ein System der Untergrabung der öffentlichen Moral, das die Demokratie kompromittiert. Deshalb sage ich Ihnen: Wir müssen nach anderen Wegen Ausschau halten! Das System der Kontrolle ist abgestumpft. Wir müssen es ergänzen durch produktive Maßnahmen. Mir scheint der Vorschlag eines Prämienystems, den heute der Herr Landwirtschaftsminister ausgesprochen und den die Freie Demokratische Partei in einem Antrag zusammengefaßt hat, über dessen Einzelheiten noch sehr viel geredet werden muß, sehr wesentlich. Es ist die Stunde gekommen, wo wir die Ablieferungsfreudigkeit anregen müssen. Wir haben ja schon ein Prämienystem, wir haben das Prämienystem des schwarzen Marktes; in den Türen nach Köln sehen Sie die Träger der Prämien für unsere Bauern! Legalisieren wir dieses System, das wird produktiv sein! Kontrollieren wir es, schaffen wir Freiheit auf diesem Gebiet, lockern wir dort, wo es möglich ist, beginnen wir hier mit einer inneren Umkehr; dann kommen wir zu raschen, zu moralischen und zu einwandfreien Ergebnissen!

Ich muß mich nun noch an den Herrn Landwirtschaftsminister wenden: Es ist ihm von seinen Referenten ein nicht ganz deutlicher Text einer Entschließung der Jungen Union vorgelegt worden. Vielleicht kann er seine Referenten veranlassen, ihm in Zukunft die genauen Texte zu geben.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Ich habe sie im „Münchner Mittag“ gelesen!)

Ich habe den genauen Wortlaut hier und darf ihn noch einmal vorlesen, Herr Minister! Ich war bei den Diskussionen anwesend; der Herr Minister war eingeladen, und ich habe es aufs äußerste bedauert, daß er gefehlt hat. Ich halte es für gut, daß unsere Minister mit der Jugend diskutieren; denn die Jugend läßt sich beraten, sie ist aufnahmewillig.

Die Jugend hat in diesen Diskussionen zwei große Grundsätze vertreten, und beide scheinen mir demokratisch zu sein. Der eine war der Rückkehr zur Freiheit: Weg von der Zwangswirtschaft, und zwar in einer überlegten, langsamem und den Verhältnissen angepaßten Weise. Der andere Grundsatz stellt auch ein demokratisches System dar, er lautet: Klärung der

Verantwortlichkeit. Eine Demokratie der unklaren Verantwortlichkeit ist schon einmal in Deutschland gescheitert; und wenn heute die Jugend immer wieder auf Klärung der Verantwortlichkeiten hinwirkt, dann ist das keine fehlgeleitete Jugend mehr. Diese Jugend scheint mir aus der Vergangenheit richtige Schlüsse zu ziehen! In diesem Teil der Resolution ist der Herr Minister, wenn wir genau hinhören, nicht zum Rücktritt aufgefordert; der Passus heißt im Wortlaut:

Wir wissen, daß in Hitlers Gewaltpolitik die Wurzel unseres Elends liegen. Weniger klar ist, weshalb entgegen vielfachen Ankündigungen unsere Lage insbesondere auf dem Ernährungsgebiet sich fortschreitend verschlechtert. Hier fordern wir eine Klärung der Verantwortlichkeit.

Sind es deutsche Stellen, die versagen, dann sollen sie abtreten. Tragen sie nur den Schein einer Verantwortung, die ihnen in Wahrheit nicht zukommt, dann sollten sie auf den falschen Anschein einer solchen Verantwortung verzichten.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Sie kennen ja die ganzen Zusammenhänge nicht! Das ist ja lauter Schmarrn!)

Hier hat die Jugend gesprochen. Die Jugend will Klärung der Verantwortlichkeit! Das Volk will auch klare Verantwortlichkeiten; da besteht gar kein Zweifel! Hier scheint mir die Jugend die Sprache des Volkes gesprochen zu haben.

(Dr. Hoegner: Sie tun, als ob Sie blind wären!)

— Dann klären Sie doch bitte die Jugend auf! Ich habe es wunderbar gefunden, daß endlich, auf dem Höhepunkt der Not, diese Aussprache hier stattgefunden hat. Sie hätte schon vor vier Wochen stattfinden können. Dann wäre manche Missdeutung draußen im Volk vermieden worden. Und wenn die Jugend diese Aussprache hier mitbewirkt hat, dann sage ich ihr hier Dank, und ich glaube, ich kann dies im Namen vieler draußen im Lande tun.

(Staatsminister Dr. Baumgartner: Das war ja nur ein bestimmtes, bestelltes Gremium!)

Das war kein bestelltes Gremium; Herr Minister, Sie waren zu dem Gremium bestellt und sind nicht erschienen!

(Dr. Baumgartner: Ich habe etwas anderes zu tun!)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt: Klare Verantwortung, klare Verantwortlichkeit! Heute ist hier gesagt worden, es gebe Männer, die gegen die Zusammenarbeit von Bauern und Arbeitern seien. Ich glaube, niemand, der die Demokratie wirklich will, ist dafür, daß nicht alle Stände, Mittelstand, Bauern und Arbeiter, in der Wirtschaft zusammenarbeiten. Das wollen wir auch.

(Zurufe.)

Herr Dr. Linnert, lassen Sie mich ausreden! Ich glaube, wir verstehen uns ganz gut; denn es hat so ausgesehen, als wollte mit dieser Begründung die Koalition zwischen SPD und CSU verteidigt werden. Dazu muß ich Ihnen aus Gründen der Sachlichkeit ganz deutlich sagen: Vor den Wahlen hat die SPD nicht behauptet, daß sie allein die Partei der Arbeiter sei. Sie hat sich an die Beamten, an die Angestellten und an die Bauern gewandt; und das Gleiche hat die Christlich-Soziale Union getan. Auch in ihren Reihen stehen Bauern und Arbeiter, stehen Mittelständler und Beamte. Wenn man also von der Zu-

## (Hausleiter [CSU])

sammenarbeit zwischen Bauern und Arbeitern spricht, dann soll man dies nicht mit der Koalition zwischen CSU und SPD verwechseln. Es gibt nachdenkliche Demokraten, die sich sagen, es sei nicht klug, daß sich diese beiden demokratischen Parteien gemeinsam verbrauchen. Vielleicht hätten wir da auch klarere Verantwortlichkeiten schaffen sollen!

(Zuruf: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei!) — Ja, das ist wahr! Das ist die Grundlage einer Ehe; aber ich spreche hier von Politik, und da sind die Dinge nun doch etwas anders.

Ich glaube jedenfalls, wir müssen eine klare Politik machen, damit nicht einmal die Stunde kommt, in der Bauern, Arbeiter und Beamte gemeinsam an dieser Regierung der Koalition Kritik üben. Das wollte ich nur dem Kollegen Riene entgegnen.

Durch klare Verantwortlichkeiten allein schaffen wir die Freiheit, mit der wir auf jedem Gebiet, auch auf dem Gebiet der Ernährungspolitik, beginnen müssen. Ende des Zwanges, Mut zur Freiheit, meine Herren! Nur dann wird die Demokratie bestehen.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß sich die Tribünenbesucher aller Beifallskundgebungen zu enthalten haben.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Horlacher.

Dr. Horlacher (CSU): Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen; ich möchte nur noch einige Bemerkungen machen.

Ich habe es außerordentlich bedauert, daß der hohe Eindruck, der heute früh von unserer Debatte entstanden ist

(Sehr richtig!)  
und der sicher im ganzen Volke den Widerhall finden wird, den wir alle wünschen müssen, durch ein paar Bemerkungen in diesem Hause wieder abgeschwächt wurde.  
(Sehr gut!)

Wir hatten uns heute Vormittag und Nachmittag nicht mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen, sondern mit der ernsten Frage, wie durch gemeinsame Zusammenarbeit dieser riesengroßen Not unseres Volkes begegnet werden kann.

Ich trete auch mit aller Schärfe dem entgegen, daß sich hier ein Redner findet — wenn er auch zu meiner eigenen Partei, der CSU, gehört; das ist mir in diesem Fall ganz gleichgültig —, der uns ein solches Gemälde von der inneren Freiheit im wirtschaftlichen Leben hinmalt.

(Zuruf: Er hätte es vor 1933 tun müssen!) Meine lieben Freunde, wohin kämen wir denn, wenn wir heute das Prinzip der Freiheit im Wirtschaftsleben hätten!

(Sehr wahr! — Zurufe: Siehe Untersuchungsausschuß!) Wir von Seiten der vernünftig und klar denkenden Bauern  
(Gelächter.)

vertreten den Standpunkt, daß es unsere Aufgabe ist, nicht allein unsere eigenen Leute zur Pflichterfüllung anzuhalten, sondern auch die übrige Wirtschaft zu der Pflichterfüllung zu bringen, die wir heute noch vermissen.

(Sehr richtig!)

Die Herren Redner von der SPD und auch ein Redner, glaube ich, von der CSU haben ja ausdrück-

lich einzelne Mißstände im Wirtschaftsleben herausgestellt; diese Mißstände müssen von unserer Seite aus gemeinsam bekämpft werden, um der Not des Volkes Herr zu werden.

(Zuruf: Und dazu dient die Debatte!)

— Diesen Zuruf verstehe ich nicht! Ich habe schon einmal als Präsident des Hauses erklärt, daß Zurrufe, wenn sie gemacht werden, auch vernünftig sein müssen. Ich kann die Vernünftigkeit dieses Zurufes nicht einsehen.

(Zuruf: Wenn Sie aber Kritik üben, müssen Sie sich das gefallen lassen!)

— Es gilt in der Demokratie auch der Grundsatz — und den halte ich ebenfalls hoch —, daß jeder das Recht hat, so dumm daherezureden, wie er nur kann!

(Lebhafte Beifall.)

Dann ist ein anderer Gesichtspunkt ins Feld geführt worden, nämlich die Forderung nach Schaffung klarer Verantwortlichkeiten. Meine verehrten Damen und Herren, wir wollen doch hier in diesem Hause nicht Katz und Maus miteinander spielen. Wir wissen genau, welche Verantwortlichkeiten wir zu vertreten haben; wir wissen aber auch andererseits genau, welche Verantwortlichkeiten wir beanspruchen können. Besonders derjenige, der sich auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft auskennt, weiß sehr gut, wie ungeheuer schwer die Verhandlungen mit den Besatzungsmächten sind. Diese Verhandlungen mit den Besatzungsmächten müssen geführt werden; darum kommen wir nicht herum. Unser Volk ist in der Ernährungswirtschaft von der Hilfe anderer abhängig. Mit großzügigen Worten über Verantwortlichkeiten ist da nichts auszurichten; da gilt es nur, nach dem Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens zu arbeiten.

Ich glaube konstatieren zu dürfen, daß der Herr Landwirtschaftsminister in seiner ganzen Tätigkeit alles unternommen hat, um dieses Vertrauen herzustellen und auszubauen. Seine Rede heute vormittag war auch darauf abgestellt, diese Vertrauensgrundlage zu vertiefen, damit man den gutgesinnten Kräften die Möglichkeiten gibt, das deutsche Volk aus der Not herauszuführen; denn die Not ist kein Boden für den Aufbau der Demokratie.

(Sehr gut!)

Erst die Überwindung der Not wird es uns ermöglichen, klare Verantwortlichkeiten und eine gesunde Demokratie zu schaffen.

(Allgemeiner Beifall.)

I. Vizepräsident: Zum Schluß hat das Wort der Herr Abgeordnete Schebeck.

Schebeck (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist geschäftsordnungsmäßig üblich, daß bei der Stellung einer Interpellation die Interpellanten erklären, ob sie durch die Beantwortung von Seiten der Staatsregierung zufriedengestellt worden sind oder nicht. Meine Damen und Herren, ich erkläre namens der Interpellanten, daß wir durch die Beantwortung der Interpellation durch die Staatsregierung in vollem Maße befriedigt sind und der Staatsregierung für die wirklich sorgfältige und eingehende Beantwortung unserer Anfrage danken.

Wenn das bayerische Volk und der bayerische Staat zu Unrecht beschimpft und geschmäht werden, hat der Bayerische Landtag als die verfassungsmäßige Vertretung des Volkes die Pflicht, diese Schmähungen zu-

## (Scheßbeck [CSU])

rückzumessen und das Ansehen Bayerns in der deutschen und in der Weltöffentlichkeit wieder herzustellen. Die — man kann wohl ohne große Übertreibung sagen — großartige Rede des Herrn Landwirtschaftsministers wird die Blicke der ganzen Welt auf Bayern richten: sie wird die ganze Welt aufhorchen lassen.

(Sehr richtig!)

General Clay hat vor einigen Tagen vor der Presse folgendes erklärt: „Die Verantwortung für die Ernährung der deutschen Bevölkerung liegt ausschließlich in deutschen Händen“. Wir nehmen von dieser inhalts schweren Erklärung Kenntnis und werden darnach handeln. Der heutige Vormittag hat gezeigt, daß in Bayern Parlament und Staatsregierung sich der Schwere und der Größe der Verantwortung bewußt sind.

Ich möchte einmal gegenüber der deutschen und auch der Weltöffentlichkeit ganz allgemein folgendes feststellen: Das Bayern von 1947 ist nicht mehr das Bayern von 1918 und von 1933.

(Sehr wahr!)

Wir kapseln uns nicht in unserem bayerischen Hause ein, sondern wir blicken aus dem bayerischen Fenster hinaus, um die europäische Luft und, wenn der Wind besonders stark geht, auch die Weltluft einzutauen. Das, was Sie heute auf Grund der Interpellation gehört haben, läßt erkennen, daß die nordische Redensart von den „doofen Bayern“ wirklich keine leere Redensart ist, aber in einem anderen Sinne, als sie im Norden gebraucht wird. Wir waren wirklich doof, daß wir uns diese Benachteiligung Bayerns in der Belieferung mit Kohle und Eisen gefallen ließen!

(Sehr richtig!)

Hoffentlich sind die nordischen Demokraten in Presse und Rundfunk und die politischen Führer dort oben in der demokratischen Erziehung so fortgeschritten, daß sie es über sich bringen, der Öffentlichkeit mitzuteilen, mit welcher Berechtigung Bayern die erhobenen Vorwürfe zurückweisen konnte, und daß es selbst seinerseits schweren Grund zur Klage hat. Glaubt man im Norden Deutschlands wirklich, daß durch derartige ungerechte Beschimpfungen und Schmähungen Bayerns die Idee von der Einheit aller Deutschen im bayerischen Volke gestärkt und das neue deutsche Staatsbewußtsein gefördert wird? Nur ein Schwachsinniger könnte dies annehmen!

Wir fordern daher unsere Brüder und Schwestern auf: Macht es uns nicht zu schwer, gute Deutsche zu sein und zu bleiben!

(Bravorufe.)

I. Vizepräsident: Die Interpellation ist damit erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge, und zwar zunächst zum Antrag der SPD, Stock und Genossen:

Der Bayerische Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen zur restlosen Erfassung der neuen Ernte zu treffen.

Dr. Horlacher (CSU): Darf ich dazu folgendes bemerken: Ich habe eine Reihe von Anträgen zur Abstimmung vorgesehen, die, wie ich glaube, ruhig ohne Ausschußberatung angenommen werden können, weil sie nur gewisse einzelne Punkte und Richtlinien für

die Regierung enthalten. Unsere Ausschüsse sind ohnehin so sehr überlastet.

Sühler (CSU): Meine Damen und Herren, ich beantrage trotzdem Verweisung an den Ausschuß. Es sind in diesen Anträgen so schwerwiegende Fragen enthalten, daß ohne Ausschußberatung, nur aus dem Handgelenk heraus, eine Abstimmung nicht möglich ist.

I. Vizepräsident: Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß dieser Antrag jetzt gleich verbeschrieben werden soll, der behalte Platz. Wer dagegen ist, wer also für Ausschußüberweisung stimmt, der wolle sich erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Ich stelle fest, daß das die Mehrheit ist. Damit ist auch dieser Antrag angenommen; ich stelle das fest.

(Dr. Linnert: Es ist noch nicht darüber abgestimmt!)

— Dann lasse ich über den Antrag selbst abstimmen. Wer für den Antrag ist:

Die Staatsregierung wird ersucht, schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen zur restlosen Erfassung der neuen Ernte zu treffen.

Den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die Annahme dieses Antrags fest.

Dann liegt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, unterzeichnet Jean Stock und Genossen: Der Bayerische Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, mit den Vertretern der Gewerkschaften und des Bauerverbandes sofort in Besprechungen einzutreten zu dem Zweck

- a) das Ablieferungssoll möglichst zu steigern,
- b) die Landwirtschaft, allenfalls auf dem Wege kurzfristiger Arbeitsverpflichtung, mit den erforderlichen Arbeitskräften zu versorgen.

Wer dafür ist, daß dieser Antrag dem Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung überwiesen werden soll, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe.

Ich stelle fest, daß der Antrag dem Landwirtschaftlichen Ausschuß überwiesen ist.

Die sozialdemokratische Fraktion, unterzeichnet Jean Stock und Genossen, hat weiter folgenden Antrag gestellt:

Der Bayerische Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, schnellstens dafür Sorge zu tragen, daß für den Druck von Lebensmittelkarten technische Maßnahmen eingeführt werden, die den Nachdruck (Falschdruck) erschweren bzw. unmöglich machen.

Ich glaube, diesem Antrag könnte man ohne weiteres zustimmen. Wer dafür ist, daß dieser Antrag sofort verbeschrieben wird, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrags fest.

Wir kommen zum nächsten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

Der Bayerische Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sofort alle Maßnahmen einzuleiten, um eine durchgreifende Entwässerung aller drainagfähigen Böden herbeizuführen.

Wer dafür ist, daß dieser Antrag dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen werden soll, den bitte ich sich vom

## (I. Vizepräsident)

Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen. Ferner liegt ein Antrag der CSU vor:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung sei zu ersuchen, im Hinblick auf den großen Anteil, den das Wildbret an der Fleischversorgung der bayerischen Bevölkerung früher gehabt hat, bei der Militärregierung zu erwirken, daß das geltende Jagdrecht wieder hergestellt wird, um die Wildhegung und Wildfütterung sicherzustellen. Die Jagdausübung soll durch deutsche Jäger wieder gestattet werden. Vor allem soll im Interesse der Hühnerhaltung und Eiererzeugung ein ungehemmter Abschuß des Raubwilds ermöglicht werden.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrags fest.

Wir kommen zum Antrag Dr. Linnert und Fraktion (FDP):

Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird beauftragt

1. das bestehende Zwangslieferungsverfahren durch ein Prämienystem zu ergänzen,
2. die Neufestsetzung einer Mindestablieferungsquote durch die Ernährungsämter Abt. A unter Mitwirkung der Bürgermeister, der Ortsobmänner des Bayerischen Bauerverbandes und von jeweils zwei guten Ablieferern in jeder Gemeinde anzurufen,
3. für diejenigen Mengen, die über die Mindestablieferung hinaus abgeliefert werden, Prämien in Form von Futtermitteln oder Handelsdünger zu gewähren,
4. unverzüglich ein Prämienystem für die Mehrablieferungen auszuarbeiten und dies dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen,
5. Maßnahmen zu treffen, die eine genaue Bestimmung des Begriffes „Selbstversorger“ schaffen, wobei nur solche Personen einzubeziehen sind, die ihren Hauptberuf in der Landwirtschaft haben, und den Kreis dieser Bevölkerungsgruppe auf den Stand von 1938 zurückzuführen,
6. die Rationen für Selbstversorger in ein erträgliches Verhältnis zu den Rationen der Normalverbraucher zu bringen, wobei den schwierigen Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen ist.
7. Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ersucht, unverzüglich einen Fachmann im Ernährungsministerium einzusetzen, um alle Maßnahmen zur größtmöglichen Steigerung der industriellen Pilzverwertung in Bayern durchzuführen.

Wer dafür ist, daß dieser Antrag dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen werden soll, wolle sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe.

Ich stelle fest, daß einstimmig die Verweisung an den Landwirtschaftsausschuß beschlossen ist.

Der Landwirtschaftsausschuß hat folgenden Aufruf an alle Erzeuger und Verbraucher beschlossen:

Die verbrecherische Staatsführung des Nationalsozialismus hat eine furchtbare Erbschaft hinterlassen.

In den Städten wütet der Hunger und die Sorge um die Existenz unseres Volkes beherrscht uns alle. Ein Winter von erbarmungsloser Strenge und langer Dauer hat die wirtschaftliche Not, besonders der arbeitenden Bevölkerung, bedeutend verschärft. Das Gespenst einer Hungersnot bedroht uns alle. Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um die Ernährungslage zu verbessern. Besonders an die Erzeuger, an unsere Bauernschaft muß der Ruf gerichtet werden, alles zu tun, um die Rationen der Normalverbraucher zu verbessern oder wenigstens erhalten zu können.

Wir dürfen die arbeitende Bevölkerung in den Städten nicht hungern lassen! Es geht schon bis an die Grenze menschlicher Kraft, einen solch erbarmungslosen Winter in unzureichenden Wohnungen, in Löchern und Ruinen, vielfach ohne Heizung, ohne Fenster und Türen, ohne wärmende Bekleidung und ohne notwendigsten Lebensbedarf durchzuhalten. Der Hunger treibt die Menschen zur Verzweiflung, und für Menschen in der Verzweiflung gibt es keine Hemmung. Die Folgen wären unausdenkbar!

Wenn zu irgendeiner Zeit, so ist die Gegenwart dazu berufen, die Betätigung wahren Christentums unter Beweis zu stellen.

In den Großstädten gibt es schon seit Wochen keine Kartoffeln; die Brotversorgung ist am Ver sagen. Fleisch und Fett steht fast nicht mehr zur Verfügung.

Alle entbehrlichen Kartoffeln müssen deshalb sofort zur Ablieferung kommen; heraus mit den letzten Resten an Brotgetreide, die nach Sicherung der Felderbestellung noch zur Verfügung stehen!

Auch derjenige, der sein Lieferpflicht erfüllt hat, aber noch über Vorräte an Kartoffeln, Brotgetreide, Hackfrüchten usw. verfügt, wird zu weiteren Lieferungen aufgerufen.

Läßt es nicht so weit kommen, daß Nachschau Kommissionen aus den Großstädten auf die Dörfer geschickt und die Bauernhöfe durchsucht werden! Erfüllt Eure Pflicht und damit das Gebot Gottes auch ohne Gewaltandrohung!

Für diejenigen, die sich ihrer Pflicht entzogen haben, wird die Strafe streng, aber gerecht sein. Sie sind alle bekannt, denn die Lieferungen sind restlos aus der Leistungskartei jedes Anwesens zu ersehen.

Die amerikanische Besatzungsmacht verlangt, daß gegen solche pflichtvergessene Menschen rücksichtslos vorgegangen wird. Durch die deutschen Behörden ist bereits Auftrag ergangen, daß alle säumigen Ablieferer gemeldet werden und daß denjenigen, die nichts abliefern, Grund und Boden genommen und für Siedlungszecke verwendet wird. Ihnen wird das Judasgeld, welches sie für Schleichhandelsware eingenommen haben, zum Fluche werden!

Auf zur Tat! Benützt die Zeit nach der Felderbestellung dazu, die Vorratsräume zu prüfen und alles, was nicht zum eigenen Verbrauch benötigt wird, für den Verkauf bereitzustellen.

Von der Staatsregierung verlangen wir, daß endlich dafür gesorgt wird, daß der Bauer seine

## (I. Vizepräsident)

Bedarfsartikel, die er zur Führung des Betriebes und damit zur Erzeugung von Lebensmitteln benötigt, um Geld kaufen kann und nicht gezwungen ist, Tauschgeschäfte zu machen.

Wer in Zukunft die Abgabe von Ware von der Hingabe von Lebensmitteln abhängig macht, hat schwere Strafen zu gewärtigen.

Unerbittlich wird gegen den Schwarz- und Schleichhandel vorgegangen!

Zu den Schwarzhändlern zählen auch jene, die sich unter Vorschützung von Not von beschlagnahmten Waren Zuteilungen geben lassen, um diese zu Phantasiereisen weiterzuverkaufen.

Auch gegen die Belieferer der Schwarzhändler wird mit empfindlichen Strafen vorgegangen, denn wenn keine Lieferanten für die Schwarzhändler vorhanden wären, gäbe es auch keinen Schwarzhandel. Die schlechten Ablieferer werden darüber nachgeprüft, ob sie ihre Erzeugnisse an Schleichhändler abgegeben haben, und dementsprechend auch zur Bestrafung herangezogen.

Aber nicht nur die Erzeuger werden zu getreuester Pflichterfüllung aufgefordert, sondern auch alle, die arbeiten können.

Es kann nicht mehr geduldet werden, daß Tauschende Menschen im Lande sind, die nichts tun, während die Felder verunkrautet.

Unkrautjäten, Pflanzenverziehen und sonstige landwirtschaftliche Arbeiten verrichten kann jeder, auch wenn er sie nicht gelernt hat.

„Wer essen will, muß auch arbeiten“, dieses Gebot muß in der Zeit der Not wieder volle Geltung erlangen.

An die Verbraucherschaft appellieren wir, die schweren Opfer, die ihr auferlegt sind, in der Zukunft zu ertragen, daß alle Anstrengungen gemacht werden, aus der eigenen bäuerlichen Erzeugung die letzten Reserven für die Ernährung zu mobilisieren. Wenn wir die nächsten 6—8 Wochen durchhalten, dann ist der Anschluß an die zugesagten Einfuhren bzw. an die neue Ernte gesichert.

Für die bisher bewahrte Besonnenheit und Geduld sprechen wir unserem Volk die höchste Anerkennung aus.

Nur, wenn wir alle zusammenhelfen und des unbeugsamen Willens sind, die Not zu meistern, werden wir sie überwinden, denn dann werden wir uns bei der Besatzungsmacht das Ansehen und Vertrauen sichern, das die Voraussetzung ist für die Lieferung jener Mengen an Lebensmitteln, die wir aus eigener Kraft nicht aufzubringen vermögen.

Und nun ans Werk! Helft alle zusammen, der arbeitenden Bevölkerung das tägliche Brot zu geben, den Hunger zu stillen! Helft die Kluft zwischen der alten und der neuen Ernte zu überbrücken!

Der Landwirtschaftsausschuß hat diesen Aufruf einstimmig beschlossen. Wer für diesen Aufruf ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen, diesen Aufruf zu veröffentlichen als Aufruf des Bayerischen Landtags an das bayerische Volk.

(Dr. Linnert: Aber nicht bloß in den Zeitungen!)

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir haben dann nachzuholen die Aussprache über den

**Entwurf des Gesetzes über die Wiedererrichtung von Verbraucher-Genossenschaften — Konsumvereinen.**

Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Krempel. Ich erteile ihm das Wort.

Krempel (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Die Bayerische Verfassung sagt in Art. 151:

Die Freiheit der Entwicklung persönlicher Entschlußkraft und die Freiheit der selbständigen Tätigung des Einzelnen in der Wirtschaft wird grundsätzlich anerkannt.

In Art. 153 heißt es:

Die selbständigen Kleinbetriebe und Mittelstandsbetriebe in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie sind in der Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen. Der Aufstieg tüchtiger Kräfte aus nichtselbstständiger Arbeit zu selbständigen Existenz ist zu fördern.

Art. 154 sagt:

Die auf demokratischer Grundlage aus den Kreisen der Berufsverbände gewählten Selbstverwaltungsgremien der Wirtschaft nehmen an den wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben teil.

Der größte Teil des bayerischen Volkes hat dieser Verfassung seine Zustimmung gegeben, die den mittelständischen Betrieben Schutz vor Aufsaugung garantiert. Ich bräuchte heute zu dem Thema Wiedergutmachung der Konsumvereine nichts zu sagen; denn wir haben ja bereits im Ausschuß der Wiedergutmachung, wie sie uns vorgelegt wurde, mit Ausnahme eines Punktes zugestimmt. Nachdem aber gestern sehr ausführlich dargetan wurde, als ob einzige und allein die Konsumvereine die Verkaufsquellen wären, die dem Volke nützen, wäre es eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Mittelstand, wenn wir als Vertreter des Mittelstandes hier nicht erklären würden, daß wir nicht schlafen, sondern auf die Verfassung pochen werden, wenn wir durch die Konsumvereine der Gefahr der Aufsaugung oder Überlastung ausgesetzt würden. Die Konsumvereine bilden, das wollen wir hier schon sagen, eine Gefahr für den freien Handel, wenn sie politisiert werden, wenn sie einen gewissen Zwang in Bezug auf die Freiwilligkeit ausüben, wie es bei den Nazis der Fall war. (Zuruf: Haben Sie Angst?)

— Nein, wir haben keine Angst, aber die Zugehörigkeit zu den Freien Gewerkschaften ist auch eine freiwillige, und trotzdem gehen sie her und sagen, du bekommst keine Schuhe, wenn du nicht zuerst zur Gewerkschaft gehst.

(Zuruf: Das ist nicht wahr!)

— Das weiß ich ganz bestimmt und kann ich auch nachweisen, das ist sogar an einem Arbeitsamt geschehen. (Zuruf: Die Gewerkschaften verteilen keine Schuhe; das machen die Betriebsräte.)

— Sie haben mich scheinbar nicht ganz verstanden wollen. Die Konsumvereine können eine kalte Sozialisierung, eine allmähliche Ausschaltung des freien Handwerks bedeuten, und dagegen müssen wir uns wehren und wir sagen unseren Anhängern, daß wir Wache halten werden auch im Landtag, daß wir jederzeit auf

(Krempel [CSU])

die Verfassung pochen werden, die uns schützt. Wir haben in den ganzen Ausschusssitzungen nichts weiter verlangt als gleiche Rechte und gleiche Pflichten und keine Bevorzugung der Konsumvereine, so daß man gestern diesen Redekampf gar nicht hätte zu führen brauchen. Nachdem das aber schon geschehen ist, müssen auch wir darauf etwas reagieren.

Die Gefahr der kalten Sozialisierung besteht tatsächlich. In der russischen Zone ist das Fieberthermometer der Sozialisierung bei den Konsumvereinen bereits auf 40 Prozent gestiegen und bei uns steht es im Lebensmittelhandel auf 9 Prozent und im Textilhandel auf 2 Prozent. Wer also Anhänger der freien Wirtschaft ist, hat allen Grund, nicht dem Feind der freien Wirtschaft dienstbar zu sein, noch dazu in einer Zeit, da ihm die Demokratie die Macht gibt. Und die Macht, das heißt die Führung in der Koalition steht ja nicht den Sozialdemokraten zu, sondern der CSU, und das bayerische Volk hat nicht dem Sozialismus bei den Wahlen die Mehrheit gegeben, sondern der christlichen Auffassung vom Wirtschaftsleben.

(Zuruf: Das war sehr deutlich!)

In der gestrigen Debatte hat der Herr Abgeordnete Baur die Vorteile der Konsumgenossenschaften herauszustellen versucht gegenüber den Ausführungen der Herren Kollegen Bodesheim und Scheibbeck, der übrigens in ganz ausgezeichneter Weise unsere Ideen klar gelegt hat, und er hat Bemerkungen gemacht, die uns veranlassen, dazu auch etwas zu sagen. Es ist nicht gleich, ob alle Menschen Diener des Staates sind, es ist nicht gleich, ob möglichst wenig Beamte des Staates dem Volke dienen, es ist nicht gleich, ob der Staat viele gute Steuerzahler hat oder nicht. Rund 70 000 Einzelhändler stehen im bayerischen Wirtschaftsleben, darunter rund 20 000 Witwen, meist Kriegerswitwen, die nicht dem Staate zur Last fallen, sondern selbst ihre Familie durchhalten.

(Zuruf: Die werden ja nicht gefährdet!)

Von diesen rund 70 000 Einzelistenzen verdient statistisch nachgewiesen jeder Einzelne monatlich 270 Mark. Diese 70 000 Einzelhändler haben an Umsatzsteuern jährlich durchschnittlich 25 Millionen und an Einkommensteuern rund 120 Millionen bezahlt, bei einem Jahresumsatz von zwei bis drei Milliarden Mark. Die freie Wirtschaft auf dem Gebiete des Einzelhandels hat also etwas geleistet und dem Staat etwas gegeben. Wir im Einzelhandel brauchen keine Angst zu haben vor den Konsumvereinen. Bei uns arbeiten alle Familienmitglieder mit, um das Geschäft aufrecht zu erhalten. 20 Prozent der Arbeiten im Einzelhandel werden von den mithelfenden Familienmitgliedern geleistet. Diese Leistung können uns die Konsumvereine nicht absprechen. Ich bräuchte, wie gesagt, heute nicht zu reden, wenn Sie nicht gestern so getan hätten, als ob die Konsumvereine allein in der Lage wären, dem Volk die Lebensmittel und die Artikel des täglichen Bedarfes zuzuführen.

(Zuruf: Das hat niemand behauptet.)

Wir vom freien Einzelhandel verteidigen die private Initiative, weil sie uns die Kraft gibt, etwas zu leisten und dem Volke zu dienen. Uns steht zur Verfügung der persönliche Kundendienst an Stelle des Dienstes des Angestellten und die Auswahl im Geschmack, in der Mode usw.

(Zuruf: Unter der Ladenpudel!)

— Unter der Ladenpudel! Reden Sie nicht! Ich könnte Ihnen da manches sagen. Es gibt Leute unter Ihnen, die sitzen im Glashaus. Werfen Sie also nicht mit Steinen!

(Zuruf: Keine falsche Scham, heraus damit!) Ich will niemand verdächtigen. Meine Damen und Herren, man kann den Einzelhandel nicht aus dem Wirtschaftsleben herausnehmen.

(Zuruf: Das will ja niemand!)

Aber die Konsumvereine sind doch, nehmen wir es, wie es ist, dazu da, um den Einzelhandel im Laufe der Zeit auszuschalten.

(Zuruf: Wer sagt das?)

Es hat auch christliche Konsumvereine gegeben.) Die sind von ganz anderen Ideen ausgegangen. Schauen wir uns einmal das wahre Gesicht der Konsumvereine an! Im Jahre 1933 bestanden nach statistischen Feststellungen 1185 Verbraucher-Genossenschaften mit über 12 000 Verteilungsstellen in Deutschland. Im Jahre 1936 nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Verbraucher-Genossenschaften vom 21. Mai 1935 waren es 1113 mit etwa 9000 Verteilungsstellen. 72 Verbraucher-Genossenschaften waren als nicht lebensfähig liquidiert worden. Die Verbraucher-Genossenschaften haben nämlich nicht bloß den Verkauf von Konsumartikeln betrieben, sondern haben auch Sparkassen angelegt, und bei der damaligen Krise ist eine große Anzahl dieser Verbraucher-Genossenschaften wie andere Banken mit den investierten Spargeldern der Mitglieder unter die Räder gekommen. Wie ich feststellen konnte, sind im Jahre 1941/42 insgesamt 933 Verbraucher-Genossenschaften in das Gemeinschaftswerk überführt worden. Die Zahlen von 1943 und 44 stehen mir leider nicht zur Verfügung. Diese Zahl läßt aber bereits erkennen, daß von einer Schwächung der Konsumvereine rein zahlenmäßig nicht die Rede sein kann. Umsatzzahlen besitzen wir leider nicht. Dabei ist folgendes zu beachten. Von 1937 ab haben sich die Konsumvereine auf ihre wehrwirtschaftliche Bedeutung berufen. Es ist ihnen auch gelungen, die Anerkennung des damaligen Kriegsministeriums zu erhalten. Vor allem war es Geheimrat Pietschek vom damaligen Kriegsministerium, der sich als Freund und Förderer der Konsumvereine zeigte und der dann auch dem Aufsichtsrat des Gemeinschaftswerks der DAF angehörte. Meines Erachtens ist es ihm in erster Linie zu danken, daß die ganzen Produktionsbetriebe der DAF und auch die Verteilungsstellen erhalten blieben. Von Interesse dürfte es auch sein, daß in diesem Aufsichtsrat auch der Referent für Genossenschaftsfragen im Reichswirtschaftsministerium, Oberregierungsrat Dr. Rother, vertreten war. Diese Tatsache, daß sowohl die Schwerindustrie wie das Reichswirtschaftsministerium in dieser wirtschaftlichen Organisation maßgeblich vertreten war, ist sehr beachtlich. Am besten ist diese Bedeutung in der Denkschrift von Dr. Ley über das Gemeinschaftswerk der DAF dargelegt. Ich erzähle Ihnen das aus einem bestimmten Grund. Und nun folgende wichtige Feststellung:

Es wird niemand leugnen können, daß die Konsumvereine dem Entnazifizierungsgesetz entkommen sind, weil Genossenschaften allgemein lediglich ihre Geschäftsführer auswechselten und damit denazifiziert wurden. Wenn man gestern so viel gesprochen hat, dann hätte man auch darüber sprechen können, daß im

(Krempl [CSU])

Mittelstand die Existenzen zum größten Teil zerschlagen sind und daß auch diese eine Wiedergutmachung brauchen. Ich kenne eine GmbH., die hatte einen Geschäftsführer, das war ein Judenverfolger; bei der Judenverfolgung war er der erste, und dieser Betrieb ist heute denazifiziert, bloß der Geschäftsführer ist draußen. Ein Konkurrenzbetrieb, in dem der eigene Besitzer da war, der eine große Familie zu ernähren hat, der 1935 in die Partei hineingezwungen wurde, ein Mann, der mittun mußte, der sofort nach dem Einmarsch der Amerikaner sich für die Demokratie eingesetzt hat, weil er sich sofort meiner Partei zur Verfügung gestellt hat, und weil er sofort mit mir auf Versammlungen gegangen ist, der Mann ist heute auf 2 Jahre arbeitsunfähig und zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt, nur deshalb, weil er — ich könnte Beweise liefern — vom politischen Haß verfolgt ist.

(Dr. Hoegner: Der muß schon etwas am Kerbholz haben!)

— Bei weitem nicht soviel als irgendein großer Mann, der entlastet wurde.

(Zuruf: Zum Thema!)

Das gehört zum Thema, denn das ist ja das Gift, das unser Volk so vergiftet, daß unten so viel Unrecht besteht. Ist irgend jemand in einem Konsumverein aus seinem Haus und seiner Wohnung vertrieben worden, weil sich Ausländer hingestellt haben und hier Treuhänder werden wollten? Sehen wir irgendwo anders Geschäftsinhaber, deren Geschäft zugrunde geht, weil ein solches Unglück über sie gekommen ist?

**Präsident:** Herr Abgeordneter, Ihre Rede würde viel größere Wirksamkeit haben, wenn Sie beim Thema bleiben würden. Sie sind beim Wiedergutmachungsgesetz gegenüber den Konsumgenossenschaften und nicht beim Entnazifizierungsgesetz. Ich erinnere mich an die gestrige Debatte wegen der Vergiftung des öffentlichen Lebens. Ich bitte, Erörterung von Einzelfällen zu unterlassen, das gehört in ein anderes Gebiet, und sich auf die Konsumvereine zu beschränken.

**Krempl (CSU):** — Es ist heute im Laufe des Nachmittags viel gesprochen worden, wo auch Rügen hätten erteilt werden können, es sind heute viele Entgleisungen vorgekommen. Aber hier soll ich keine Vergleiche ziehen zwischen dem Unglück und der Wiedergutmachungspflicht auf der einen und auf der anderen Seite! Ich habe jedoch wenigstens den Willen gehabt, diese Unterschiede aufzuzeigen. Wir vom freien Mittelstand wissen, daß wir einem stolzen Stand dienen. Der Einzelhändler ist die unterste Stufe der Gruppe, die die Völker hochgebracht hat. Ich denke an Nürnberg, an die übrigen Städte Deutschlands, an Venetig, aber ich brauche nicht so weit zu gehen, ich denke an Augsburg.

(Zuruf: Das waren Kaufleute!)

— Ja, das waren Kaufleute, und der Kaufmann muß den Anfang nehmen und nur wenn der Kaufmann einen Anfang hat, kann er auch höher steigen und kann auch zum Auslandskaufmann werden. Aber im Konsumverein entwickelt sich der Kaufmann bestimmt nicht nach oben. Wenn fünf Schnupfer in einem Dorf sich gemeinsam den Schnupftabak von Ratibor schicken lassen, dann ist das auch ein Konsumverein.

(Heiterkeit.)

Ich kann den Sozialdemokraten den Gefallen tun und kann schließen, (Beifall.)

weil sie anscheinend doch nicht gerne über Konsumvereine etwas anderes reden hören, als sie wünschen.

(Zuruf: Scheinbar!)

Es ist anscheinend so, daß der Konsumverein ein Fangen ist, es ist anscheinend doch so, daß Konsumvereine die wirtschaftliche Vermaßung wünschen, um auch die politische Vermaßung herbeizuführen. Aber wir vom freien Mittelstand, wir verteidigen unsere freie Existenz und wir werden auch beweisen, daß wir den Konsumverein nicht fürchten, wenn der Staat den Konsumvereinen in der Warenzuteilung keinen Vorzug gibt. (Zuruf: Das wollen wir auch gar nicht!)

Wenn der Staat nicht, wie es früher war, die Konsumvereine finanziell bevorzugt, wenn die Konsumvereine die gleichen Steuern zahlen wie wir, wenn die Konsumvereine, das ist der Wille des gesamten Ausschusses gewesen, an das gleiche Handelschutzgesetz gebunden sind, das der Herr Justizminister Dr. Hoegner herausgegeben hat, dann fürchten wir nichts, und wir werden unsererseits auch vorschlagen, daß das Handelschutzgesetz nicht bloß bis zum Jahre 1949 in Gültigkeit bleibt, sondern wir werden ein ähnliches Gesetz verbessern und aufzubauen, damit die freie, demokratische Wirtschaft gesichert ist und damit die Paragraphen der Verfassung, die uns zustehen, uns vor Auffangung und Überlastung bewahren. Das ist die Pflicht des bayerischen Staates, das hat der bayerische Staat in die Verfassung übernommen, und wenn zwischen Konsumvereinen und freiem Handel kein Unterschied besteht, bin ich der erste, der dafür kämpft. Wenn gestern der Zuruf vom Hohen gesunken ist — ich habe im Wirtschaftsministerium gebeten, man möge doch dazu übergehen und alle Waren von der Fabrik bis zum allerkleinsten Krämer erfassen, man möge endlich eine Radikalkur treffen, man möge ein Gesetz machen, daß alle Waren erfaßt werden. Aber es ist ungerecht, wenn man viele Leute, die auf Grund von Verordnungen, auf die man nicht mehr viel gibt, weil sie aus der Nazizeit stammen, wenn insbesondere solche Leute, die erst im August, im Oktober 1945 aus der Gefangenschaft kamen, Trümmerhaufen angetroffen haben und, weil alle vier Wochen in der Stadt geplündert wurde, Waren verstekken müssen, dann heute zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden sind.

(Zuruf: Die hätten längst melden müssen!)

Ich weiß das schon, ich spreche die Leute nicht unschuldig, es sind Fehler gemacht worden, aber die Strafen sind zu schwer. Deshalb muß eine Remedur geschaffen werden, damit solche Leute, die es leicht nahmen, nicht mehr solche Fehler machen. Also: Ich habe nur deshalb gesprochen, damit der Mittelstand draußen weiß, daß wir auch für ihn eintreten.

(Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Drechsel.

**Drechsel (SPD):** Meine Damen und Herren! Das Gesetz zur Wiedererrichtung von Verbrauchergenossenschaften soll ein Wiedergutmachungsgesetz sein. Wieder gutgemacht werden soll angeblich der Schaden, der durch den Nationalsozialismus an diesen Genossenschaften entstanden ist, der nach 1933 die Grundlage für den Bestand und für die freie Ent-

## (Drechsel [SPD])

wicklung dieser Art von Genossenschaften bewußt zerstört hat. Ich bezweifle, daß dieser Schaden wieder gutgemacht werden kann, wie ich überhaupt bezweifle, daß auf irgendeinem Gebiet der Schaden wieder gutgemacht werden kann, der durch den Nationalsozialismus verursacht worden ist. Wenn wir das wissen, daß wir den angerichteten Schaden nicht wieder gutmachen können, dann müssen wir aber wenigstens die Voraussetzungen schaffen, daß die aus unseren Wirtschaftsleben auch nicht mehr wegzudenkenden und nicht mehr wegzudiskutierenden Genossenschaften gleichberechtigt in der Wirtschaft existieren. Das bedeutet, daß wir nicht einfach da anfangen können, wo im Jahre 1933 aufgehört worden ist, wie wir auf vielen Gebieten nicht einfach da anfangen können, wo 1933 aufgehört wurde. Aufgehört wurde 1933 damit, daß die Verbrauchergenossenschaften als Anhänger einer Partei betrachtet wurden, einer Partei, die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Aus dieser Ansicht heraus, die vor 1933 im politischen Leben gültig war und die auch gestern der Abgeordnete Scheffbeck vertreten hat und die in einer ganz besonderen Form der Abgeordneten Krempel vertritt, aus dieser Erwägung heraus ist der Nationalsozialismus gegen diese Art von Genossenschaften, nämlich gegen die Verbrauchergenossenschaften, vorgegangen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich nach diesen Ausführungen des Abgeordneten Krempel die gestrige volkswirtschaftliche Vorlesung des Abgeordneten Scheffbeck und die Liebeserklärung, die er abgegeben hat, doch noch etwas ergänze. Die Genossenschaften und insbesondere die Verbrauchergenossenschaften mußten sich in Deutschland gegen viele Widerstände durchsetzen, bis sie endlich heute zu dem Standpunkt gekommen sind, daß sie auch in der Verfassung des bayerischen Staates anerkannt werden. Was ist überhaupt eine Genossenschaft? Eine Genossenschaft ist eine Willens- und Tatgemeinschaft. Diese allgemeine Begriffsbestimmung, die ich zunächst einmal zu Grunde legen werde, muß man sich vor Augen halten, wenn man das Wesen der Genossenschaften richtig erfassen will; denn aus dieser grundlegenden Erkenntnis lassen sich die einzelnen Erscheinungen des genossenschaftlichen Lebens in ihrem notwendigen und zweckbestimmten Zusammenhang am besten herleiten. Aus solcher Erklärung des Begriffes Genossenschaft ergibt sich zunächst, daß bei der einzelnen Genossenschaft als wirtschaftlicher Unternehmung nicht die Beteiligung des Kapitals, sondern die tätige Anteilnahme eines bestimmten, aber nicht begrenzten Personenkreises im Vordergrund steht. Die Genossenschaft ist also im Gegensatz zur Kapitalgenossenschaft, deren Hauptform die Aktiengesellschaft darstellt, eine Vereinigung von Personen unbegrenzter Zahl, die aus der Erkenntnis und zur Förderung gemeinschaftlicher Ziele aus freiem Entschluß zusammentritt, um ihre an sich geringfügige, im wahrsten Sinne des Wortes gemeinnützige kapitalmäßige Beteiligung einem gemeinsamen Streben dienstbar zu machen. Die kapitalmäßige Beteiligung des einzelnen Genossenschaftsmitgliedes bringt demnach nicht, wie es der Abgeordnete Krempel annimmt, etwa eine volle Anteilnahme an der Genossenschaft zum Ausdruck, sondern vielmehr ist die lebendige tätige Mitarbeit an dieser Genossenschaft, an der Verfolgung der genossen-

schaftlichen Ziele, das Hauptmerkmal und die Grundlage des genossenschaftlichen Schaffens. Die Genossenschaften sind deshalb als Wirtschaftsvereinigungen zu betrachten, deren Mitarbeiter einen Teil ihrer wirtschaftlichen Aufgaben an der gesamten volkswirtschaftlichen Gestaltung so hinnehmen, daß sie nur für diesen einzelnen Zweck zusammenentreten, um die Interessen derjenigen durchzusetzen, die in der gesamten Volkswirtschaft an der niedrigsten Stufe stehen. Nicht der gemeinschaftliche Geschäftsbetrieb als solcher, der als Konkurrenz des Einzelunternehmens betrachtet wird, stellt also die Genossenschaft dar; er ist nur Mittel zum Zweck der Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft ihrer Mitglieder, wie es im § 1 des Genossenschaftsgesetzes so schön heißt.

Meine Damen und Herren! Diese wenigen Ausführungen über die Genossenschaft habe ich deshalb gemacht, um Ihnen zu beweisen, daß die Genossenschaften aus unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben nicht mehr wegzudenken sind. Aus dieser Erwägung heraus verdienen die Genossenschaften auch die Gleichberechtigung. Gleichberechtigung bedeutet nach meiner Auffassung, entgegen der Auffassung des Abgeordneten Scheffbeck, die er gestern vertreten hat, nicht, daß man den Konsumgenossenschaften vor 1933 die Aufstellung von Automaten verboten und zwar deshalb verboten hat, damit Nichtmitglieder aus diesen Automaten nichts kaufen können. Das ist insofern keine Gleichberechtigung, weil man damit auch den Mitgliedern der Genossenschaften es unmöglich gemacht hat, sich aus den Automaten der Genossenschaften etwas zu kaufen. Wenn es Gleichberechtigung gewesen wäre, dann hätte man ebensogut ein Verbot für die Nichtmitglieder der Genossenschaft erlassen können, dahingehend, sich aus den Automaten der Genossenschaften keine Ware zu entnehmen. Richtiger wäre es, um diese Gleichberechtigung bei den Verbrauchern in der Wirtschaft durchzuführen, mit einem Appell an das wirkliche demokratische Verhalten die Mitglieder der gesamten Gemeinschaft zu erziehen. Ebenso ungerecht wäre es, ein Verbot festzulegen, daß Verbrauchergenossenschaften Waren an Nichtmitglieder verkaufen. Damit komme ich zu diesem neutralistischen Punkt, wie ihn heute der Abgeordnete Scheffbeck bezeichnet hat. (Scheffbeck: Da müssen Sie das Genossenschaftsgesetz ändern lassen.)

— Herr Kollege Scheffbeck, es kann vielleicht sein, daß wir in Deutschland auch in dieser Hinsicht zu einer Abänderung des Genossenschaftsrechts kommen.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auf die Art und Weise, die auch der Abgeordnete Krempel hier wieder vertreten hat, eingehen, die insbesondere auch im Wirtschafts-Ausschuß schon eine gewisse Rolle gespielt hat. Man war bei diesen Verhandlungen des Ausschusses zeitweise der Meinung, daß es sich nicht um ein Wiedergutmachungsgesetz handelte, sondern daß man sich in einer Beratung über den Schutz des Einzelhandels befand. Und aus dieser Atmosphäre heraus ist dann auch der Brief entstanden, den der Abgeordnete Scheffbeck gestern teilweise zitiert hat. Der Abgeordnete Scheffbeck hat gestern versucht, diejenigen, die von Staats wegen als die Vertreter der Verbrauchergenossenschaften in Bayern auftraten, wegen dieses Briefs in Mißkredit zu bringen.

(Scheffbeck: Ich habe nur Feststellungen gemacht!) — Und ich treffe jetzt die Feststellung, daß dieser Brief

## (Drechsel [SPD])

nicht die Erregung erzeugen kann, die er nach Ansicht des Abgeordneten Scheffbeck erzeugt hat. Ich darf Ihnen diesen Brief in vollem Wortlaut vorlesen und ich darf dann daran einige andere Feststellungen knüpfen. Der Brief lautet folgendermaßen:

„Das Gesetz kommt demnächst vor den Landtag“. Der Brief ist bekanntlich an die CSU-Fraktion gerichtet.

(Zuruf: Auch die Überschrift verlesen!)

An die Landtagsfraktion der Christlich-Sozialen Union, zu Händen des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer.

Betrifft: Gesetz über die Wiedererrichtung von Verbrauchergenossenschaften.

Sehr geehrte Herren!

- 1) Das Gesetz kommt demnächst vor den Landtag. Umstritten ist noch die Anlaufzeit, innerhalb welcher an Nichtmitglieder verkauft werden darf. Wie schon in unserem Schreiben vom 17. Februar, richten wir an Sie heute noch einmal den Appell, die Frage der Anlaufzeit nicht politisch zu beurteilen, sondern sachlich und nach den elementaren Gesetzen von Recht und Billigkeit.
- 2) Zur sachlichen Beurteilung überreichen wir Ihnen als Anlage noch eine Abschrift des Stuttgarter Protokolls vom 4. 11. 1946. Darin werden von neutraler Seite die Gründe aufgeführt, dererwegen eine Anlaufzeit bis Ende 1952 als angemessen anzusehen ist. Außerdem nennen wir Ihnen nachstehend einige Zahlen, die deutlich hervorheben, wie schwer der Nationalsozialismus die Konsumgenossenschaften schon in den ersten 6 Jahren seiner Herrschaft geschädigt hat. Im Jahre 1941 hat er sie bekanntlich völlig vernichtet.

Und nun stellt der Brief fest, daß die Zahl der Genossenschaften am 31. Dezember 1930 in Bayern 1281 betrug, aber am 31. Dezember 1938 1068, die Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1930 3 737 000 und am 31. Dezember 1938 1 954 000, die eigenen Mittel am 31. Dezember 1930 177,3 Millionen und am 31. Dezember 1938 90 Millionen Mark, der Warenaumsatz 1419 Millionen im Jahre 1930 und 534 Millionen im Jahre 1938, im Jahre der Hochkonjunktur, die Zahl der Verkaufsstellen am 31. Dezember 1930 12 230 und am 31. Dezember 1938 8 712.

Im Konjunkturjahr 1938

— heißt es weiter —

hätten die Konsumvereine einen Warenaumsatz von 2 500 Millionen erreicht, wenn die Unterdrückung durch den Nationalsozialismus nicht gekommen wäre. Der tatsächlich erzielte Umsatz betrug nur reichlich ein Fünftel.

- 3) In Großbritannien, in der Schweiz, in Schweden, Finnland und in anderen Staaten besteht ein leistungsfähiger privater Einzelhandel, obwohl dort der Verkauf an Nichtmitglieder seit Jahren frei ist. Warum macht man gerade in Deutschland mit politischen Mitteln aus den Konsumgenossenschaften eine Art Mittelstandsschreck? Einer Ihrer Abgeordneten hat im Wirtschaftsausschuß selbst betont, daß vor 1933 vom Umsatz des deutschen Lebensmitteleinzelhandels nur 5 Prozent auf die Konsumgenossenschaften entfallen sind. Auch daraus geht hervor, daß die Feindschaft gegen die Konsumgenossenschaften unberechtigt ist.

4) Der von der Mehrheit der CSU-Abgeordneten im Wirtschaftsausschuß gefasste Beschuß läuft daraus hinaus, daß die neue Konsumgenossenschaftsbewegung bis zum 30. Juni 1948 wieder aufzubauen soll, was der Nationalsozialismus in den 12 Jahren vernichtet hat. Jedem Kind ist klar, daß das unmöglich ist. Man hat eingewendet, daß der Einzelhandel durch den Krieg gleichfalls gesunken ist. Wir wiederholen, was wir in unserem Brief vom 17. Februar 1947 bereits gesagt haben: Kriegsschäden haben die ehemaligen Konsumgenossenschaftsbetriebsstätten mindestens ebensoviel erlitten, wie der private Einzelhandel. Um diese handelt es sich nicht. Es handelt sich darum, daß die Konsumgenossenschaften zu Gunsten des Einzelhandels 12 Jahre hindurch politisch verfeindet, verfolgt und schließlich vernichtet worden sind. Wer eine Anlaufzeit bis 30. Juni 1948 für angemessen erklärt, der verhöhnt die deutschen Konsumvereine, der macht sich mit ihren Naziunterdrückern nachträglich noch solidarisch.

Und dann kommt das, was Scheffbeck gestern teilweise verschwiegen hat:

- 5) Der von der Mehrheit der CSU-Abgeordneten gefasste Beschuß hat mit Sachlichkeit nichts zu tun. Er widerspricht allen Begriffen von Recht und Billigkeit und kann beim besten Willen nicht anders gewertet werden, denn als Ausdruck politischer Gehässigkeit, wie sie —

— und das haben Sie vergessen, Herr Abgeordneter Scheffbeck —

in den Reihen der NS-Hago, des Kampfbundes des Handels und Gewerbes, zuhause gewesen ist.

(Zuruf: Das ist das Allerschlimmste!)

— Das, was vor mir hier gesagt worden ist, erinnert tatsächlich an die Methoden der NS-Hago. —

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wir wollen nicht glauben — heißt es weiter — daß die CSU-Mehrheit im Plenum ebenso handeln wird; deshalb bitten wir Sie, für den § 2 der vom Landerrat und vom bayerischen Kabinett verabschiedeten Fassung zu stimmen.

- 6) Im Wirtschaftsausschuß ist wieder allgemein behauptet worden, daß die Konsumvereine politische Einrichtungen sind. Diese Behauptung war der Vorwand, unter dem der Nationalsozialismus die Konsumgenossenschaften vernichtet hat. Wer solche Behauptungen wieder aufstellt, wer sie zur Grundlage eines Beschlusses gegen die Konsumgenossenschaften macht, der bedroht die politische Neutralität der Konsumgenossenschaften von außen her: von innen ist sie nicht bedroht.

- 7) Die Frage der Anlaufzeit ist für die Konsumvereine eine wirtschaftliche Frage von höchster Bedeutung. Sie wird vom Landtag und den politischen Parteien entschieden. Wir erwarten dafür Verständnis bei allen politischen Parteien und wir suchen dieses Verständnis ganz besonders bei der CSU als der größten Partei. Bitte, fassen Sie unseren erneuten Appell in diesem Sinne auf! Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Oskar Dürr, Staatskommissar  
gez. Dr. Heinz Fischer,

stellvertretender Staatskommissar.

(Zurufe.)

## (Drechsler [SPD])

Ich möchte in Ergänzung dieses Briefes noch darauf hinweisen, daß diese beiden Herren nicht Beamte der bayerischen Regierung sind, sondern daß es die Beauftragten der amerikanischen Militärregierung zur Wiedererrichtung der Konsumvereine sind, die von der bayerischen Staatsregierung bestätigt worden sind.

(Schefbeck: Und wer bezahlt sie?)

— Kein Mensch bezahlt sie. Diese beiden Herren bekommen von der bayerischen Staatsregierung keinen Pfennig Gehalt, denn sie sind diejenigen, die die Wiedererrichtung der durch den Nationalsozialismus geschädigten Konsumvereine betreiben sollen und einzigt und allein von diesen Konsumgenossenschaften finanziert werden.

Meine sehr verehrten Anwesenden, ich will mit diesen Feststellungen keine weitere Erwiderung insbesondere auf die Ausführungen des Abgeordneten Krempel machen. Aber eines möchte ich noch feststellen: Wenn im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Landtags der Abgeordnete Krempel im Anschluß an die Ausführungen dieser beiden Herren von roten Krawatten und von Versammlungsreden für sozialdemokratische Versammlungen gesprochen hat, dieser beiden Herren, die als Beauftragte der Staatsregierung anwesend waren, dann darf man sich nicht wundern, wenn ein solcher im Ton noch sehr vornehmer Brief geschrieben worden ist.

(Zurufe: Sehr richtig! — Widerspruch.)

Ich möchte wenigstens die Herren in der CSU-Fraktion darauf aufmerksam machen, daß es bei der Wiedererrichtung der Konsumgenossenschaften doch um etwas anderes geht, als vom Abgeordneten Krempel hier angenommen worden ist.

Wenn der Abgeordnete Schefbeck gestern darauf hingewiesen hat, daß auch prominente Mitglieder der CSU typische Vertreter der Genossenschaftsidee sind, dann bin ich ihm für diesen Hinweis außerordentlich dankbar. Ich möchte aber daran nur die Bemerkung knüpfen: Ich möchte eine gewisse Partei im bayerischen Landtag heute einmal sehen, was sie tun würde, wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Zuge der nationalsozialistischen Idee damals genau so behandelt worden wären, wie es die Konsumgenossenschaften worden sind. Ich bin der Überzeugung, daß die CSU-Fraktion, hoffentlich wenigstens in ihrer Mehrheit, eine andere Stellung gegenüber den Genossenschaften insgesamt einnehmen würde, als sie es jetzt hier gegenüber den Verbrauchergenossenschaften, gegenüber den Konsumvereinen tut.

(Wimmer: Von den eingezahlten und gestohlenen Geschäftsanteilen der Genossenschaften gar nicht zu reden!) Wir haben uns persönlich im Wirtschaftsausschuß gefreut, als der Herr Landtagspräsident Dr. Horlacher es für notwendig fand, einmal im Wirtschaftsausschuß zu erscheinen und dort einiges über Genossenschaften zu sagen, und ich möchte Ihnen aus seinen Ausführungen hier nur zwei Sätze verlesen: „Die Genossenschaftsidee schädigt nicht den tüchtigen und ehrlichen privaten Handel, sondern nützt der Gesamtwirtschaft“ und „Die Genossenschaften sind die Träger des Fortschritts im wirtschaftlichen Leben“.

(Krempel: Das sind keine Konsumvereine!)

— Herr Abgeordneter Krempel, ich verweise nur auf das lächelnde Gesicht des Herrn Landtagspräsidenten, der es in diesem Falle wirklich auch nicht begreifen

kann, welche Stellung Sie überhaupt einnehmen. Genossenschaft bleibt schließlich Genossenschaft, und wenn sich Verbraucherkreise zusammenschließen, um ihre Interessen wahrzunehmen, dann tun sie nichts anderes, als wenn sich die Bauern zusammenschließen, um auf genossenschaftlicher Basis ihre Produkte zu vertreiben und auf gemeinnütziger Basis wieder Einkäufe zu tätigen. Ich möchte den Abgeordneten Krempel sehen, wenn der Nationalsozialismus im Zuge seiner Politik damals auch gegen den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Einzelhändler vorgegangen wäre, wenn er die Edeka aufgelöst hätte und wenn die Edeka die Schäden erlitten hätte, die die Verbrauchergenossenschaften erlitten haben. Dann würde wahrscheinlich auch der Abgeordnete Krempel für eine ausreichende Wiedergutmachung eintreten.

Jetzt lassen Sie mich zum Schluß kommen! Wir haben keine normale Wirtschaft und werden wahrscheinlich auf Jahre hinaus auch keine normale Wirtschaft bekommen. Halten Sie es für möglich, daß die Verbrauchergenossenschaften, die, wie ich nochmals betone, aus unserem Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken sind, in der Lage sein werden, auf Grund dieser wirtschaftlichen Bedingung bis zum 30. Juni 1948 die Mitglieder zu werben, die sie im Jahre 1933 gehabt haben? Das können Sie wahrscheinlich nicht behaupten und ich bin der Auffassung, daß die Konsumgenossenschaften am 30. Juni 1948 noch nicht so weit sein werden, als sie es vielleicht 10 Jahre nach ihrer Gründung in Deutschland gewesen sind. Aus diesem Grunde war die Festlegung einer Ablaufsfrist bis zum 30. Juni 1948 eine Ungerechtigkeit, die sich einfach nicht aufrecht erhalten läßt.

Ich möchte Sie noch auf etwas anderes aufmerksam machen. Vom Abgeordneten Schefbeck wurde gestern auf die Verhältnisse in der russischen Zone hingewiesen und behauptet, daß dort der Umsatz der Verbrauchergenossenschaften auf 40 Prozent des Gesamtumsatzes des Einzelhandels gestiegen ist. Ich weiß, daß in der russischen Zone eine Methode der Wirtschaftsführung betrieben wird, die unserer eigenen Wirtschaftsführung niemals genehm sein kann. Dies betonen auch wir Sozialdemokraten. Eines aber hat man in der russischen Zone gehabt: man hat das Verbot des Verkaufes an Nichtmitglieder analog der Entwicklung in den Ländern aufgegeben, die neben einem gesunden Einzelhandel eine starke Konsumgenossenschaftsbewegung besitzen. Ich weiß nicht, ob wir nicht vielleicht in den anderen deutschen Ländern in den Geruch einer gewissen Rückständigkeit kommen, wenn wir eine so unberechtigt kurze Ablaufsfrist festsetzen. Gerade weil in den letzten Tagen, wenn auch zu Unrecht, auf Bayern so viel geschimpft worden ist, ist es nicht notwendig, daß wir im Bayerischen Landtag Anlaß dazu bieten, daß in dieser immerhin auch wichtigen Frage der gesamten Wirtschaft im übrigen Deutschland über Bayern geschimpft und Bayern als das Land hingestellt wird, das in der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung, in der auch die Genossenschaften eine Rolle spielen, rückständig sein werde.

(Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Kaiser.

Kaiser (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage der Wiedergutmachung gegenüber den Verbrauchergenossenschaften hat nach meiner unmaßgeblichen Meinung die Gemüter in unnötiger Weise

(Kaißer [CSU])

erhitzt. Viele haben noch nicht begriffen, daß die Entwicklung der gesamten Arbeitnehmerbewegung, und zwar sowohl der Gewerkschaften als ihrer genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen, nicht mehr da einzusezen kann, wo sie 1933 aufgehört hat. Die Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit stehen ebenso wie die Mittelstandsorganisationen und die industriellen und Handelsverbände auf dem Standpunkt, daß in Zukunft die Austragung ihrer wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Belange entpolitisirt und neutralisiert werden muß. Auf dieser Plattform müssen sich alle Stände innerhalb unseres Volkes bewegen. Die Genossenschaftsidee ist älter als die gewerkschaftliche Idee. Sie kann nicht als klassenkämpferisch bezeichnet werden, sondern wurde aus der Not der Armen geboren, die zur Einsicht gelangten, daß sie im Falle des Zusammenstehens im Wirtschaftsleben allmählich einen bedeutsamen Rechnungsfaktor darstellen und daß die Mobilisierung der wirtschaftlichen Kraft der Arbeitnehmer in den Genossenschaften ihnen den Weg zur staatsbürglerlichen Gleichberechtigung erschließen würde. So war die Entwicklung in der Vergangenheit. Wenn nun in unserer deutschen Wirtschaft einmal die Form der Genossenschaft und die Form des Handels vorhanden ist, muß man beiden auch gleiches Recht angedeihen lassen.

Wir sind uns alle darüber klar, daß gegenüber den Konsumvereinen eine Wiedergutmachung zu erfolgen hat. So will es der vorliegende Gesetzentwurf, der im Ausschuß angenommen worden ist und wohl auch von der Vollversammlung akzeptiert werden wird. Meine Freunde von der CSU und ich persönlich halten aber die Anlaufzeit für zu kurz. Man muß doch bedenken, daß die Konsumvereinsbewegung 13 Jahre unterbrochen war und der Mitgliederstand insbesondere in den von Luftangriffen betroffenen Städten nicht von heute auf morgen wieder zusammengetragen werden kann.

(Zurufe bei der CSU: Sehr richtig!)

Bei den Konsumvereinen handelt es sich um Einrichtungen, die die Arbeitnehmer aus eigener Kraft geschaffen haben. Da muß man weitblickig urteilen und jeden kleinen Krämergeist ablegen. Im Geiste der Aufgeschlossenheit muß die Einstellung zu dieser Frage erfolgen und eine gegenseitige Verständigung gesucht werden. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Anlaufzeit für die Konsumvereine in Bayern ebenso wie in den übrigen Ländern festgesetzt werden muß. (Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Nun kommen wir zur Abstimmung über den Entwurf des Gesetzes über die Wiedererrichtung von Verbraucher-Genossenschaften (Konsumvereinen). Ich schlage dem Hause vor, die erste und zweite Lesung miteinander zu verbinden. Die Staatsregierung ist mit dieser Sachbehandlung einverstanden. Aus dem Hause erfolgt kein Widerspruch; ich stelle das fest.

Wir kommen nun zu § 1 des Gesetzes. Abänderungsanträge hiezu liegen nicht vor. Wer für diesen § 1 ist, möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — § 1 ist einstimmig angenommen.

§ 2 erhält nach dem Beschuß des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art folgende Fassung:

(1) Verbraucher-Genossenschaften dürfen bis zum

Ablauf des 30. Juni 1948 im regelmäßigen Geschäftsverkehr Waren auch an Nichtmitglieder verkaufen. §§ 8 Abs. 4 Satz 1, 31, 152, 153 des Gesetzes betr. die Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften werden bis dahin nicht angewendet.

(2) Steuerrechtliche Vorschriften werden hierdurch nicht berührt.

Dies ist eine Abänderung der Vorlage, die als Termin den 31. Dezember 1949 vorgesehen hat. Nach der Geschäftsordnung müssen wir zunächst über den Abänderungsantrag des Ausschusses abstimmen.

(Dr. Hoegner: Es liegt ein Abänderungsantrag zum Ausschußbeschuß vor!)

— Zum Abänderungsantrag des Ausschusses liegt ein Abänderungsantrag der SPD vor, der die ursprüngliche Fassung der Vorlage wieder herstellt. Er ist der weitergehende, über den wir zuerst abstimmen müssen.

Wer für den sozialdemokratischen Abänderungsantrag ist, der die Frist bis zum 31. Dezember 1949 festsetzt, möge sich vom Platz erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Präsidium ist der Auffassung, daß nunmehr die Mehrheit steht.

Wir müssen nun über den Ausschußbeschuß abstimmen, der die Frist bis zum 30. Juni 1948 verkürzen will.

Wer für den Ausschußbeschuß ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist dieselbe Mehrheit; der Ausschußbeschuß ist angenommen.

Wer dem § 2 der Vorlage in der Fassung des Ausschußbeschlusses zustimmt, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Das ist die gleiche Mehrheit. § 2 ist somit in der Fassung des Ausschußbeschlusses angenommen.

(Unruhe bei der SPD. — Stock: Genau wie 1921. Sie haben nichts gelernt.)

Wir kommen nun zur Abstimmung über §§ 3, 4, 5 und 6, die nach den Ausschußbeschlüssen unverändert bleiben sollen. Ich stelle die Zustimmung des Landtags hierzu fest.

In § 7 hat der Ausschuß das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. April 1947 festgesetzt. Im Einvernehmen mit dem Herrn Justizminister schlage ich vor, dem § 7 folgende Fassung zu geben:

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1947 in Kraft.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit; es ist so beschlossen.

Ich stelle fest, daß das Gesetz in erster Lesung die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Wir treten gleich in die zweite Lesung ein. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache zur zweiten Lesung ist geschlossen. Wir kommen zur Schlußabstimmung.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse der ersten Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ich stelle die Annahme des Gesetzes fest. Ich stelle weiter fest, daß die Überschrift „Gesetz über die Wiedererrichtung von Verbraucher-Genossenschaften (Konsumvereinen)“ mit der gleichen Mehrheit genehmigt ist.

Das Gesetz erhält folgende Einleitung:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen:

**(Präsident)**

Sie stellen dazu die Zustimmung des Hauses fest. Damit ist dieser Gesetzentwurf erledigt. Die Debatte für heute ist geschlossen.

Wir kommen dann zu den persönlichen Bemerkungen. Ich bitte die Redner, sich möglichst kurz zu fassen. Hier hat sich noch der Abgeordnete Schebeck zum Wort gemeldet.

In der Reihenfolge der Meldungen hat das Wort zunächst der Abgeordnete Hans Hagn.

**Hagn Hans (CSU):** Bedauerlicherweise sehe ich mich veranlaßt, eine Feststellung zu treffen. Ich knüpfte an die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten von Knoeringen über die Brunnenvergiftung im Volke an. Es hat auf mich sehr befremdend gewirkt, als mir gestern Abend ein Kollege das Nachrichtenblatt der SPD in die Hand gedrückt hat, in dem eine volksvergiftende Sachdarstellung gegeben wird. Wir hatten in der letzten Sitzung des Flüchtlingsausschusses in der Sorge um die Unterbringung unserer Flüchtlinge verschiedene Probleme erörtert. Hierzu habe ich verschiedene Gedankengänge zur Erwägung gestellt. Mit Billigung der Flüchtlinge habe ich meine Bestrebungen dahin erläutert, daß ich sie unterzubringen versuchen möchte erstens durch entsprechende Wohnraumerfassung, zweitens durch Wohnraumerstellung und drittens durch eine eventuelle Auswanderung. Dabei habe ich auch ausgeführt, daß ich nicht glaube, daß wir die Frage der Demokratie lösen können, wenn wir nicht imstande sind, das Primärste, die Flüchtlingsfrage, zu lösen und daß wir ohne die Hilfe der Besatzungsmächte das Flüchtlingsproblem niemals zu lösen imstande sein werden. In diesem Zusammenhang habe ich dem Gedanken Raum gegeben, daß man vielleicht mit den internationalen Institutionen, wie dem Roten Kreuz oder der Kurie, in Verbindung treten könnte, um durch ihre Beziehungen zum Auslande jener Gruppe von Flüchtlingen, die angefischt der derzeitigen Notlage des deutschen Volkes auswandern wollen, Gelegenheit dazu zu bieten.

(Zuruf bei der SPD: Im Protokoll steht anders!)

— Das Protokoll können Sie nachlesen. Ich habe genau in diesem Sinne gesprochen. In einer Zeitung steht aber folgendes:

Bei einer Zusammenkunft des Kreisflüchtlingsausschusses der SPD warnte der Abgeordnete Bitom die Flüchtlinge, in das Flüchtlingsgesetz zu große Erwartungen zu setzen. Große Entrüstung löste seine Feststellung aus, daß bei einer Ausschusssitzung ein Abgeordneter der CSU allen Ernstes vorgeschlagen hätte, Schritte zu unternehmen, damit die in Bayern befindlichen Flüchtlinge nach Südamerika gebracht werden könnten. Der Kreisvorstand der SPD Richard Stock gab unter anderem seiner Meinung Ausdruck, daß die Flüchtlinge ihre Lage nicht dadurch verbessern können, wenn sie sich gegenseitig die Ohren vollklagen und bemitleiden, sondern einzeln und allein durch den Anschluß an die politischen Parteien.

Im Nachrichtenblatt der SPD, Ausgabe Mitte April, steht folgendes:

Flüchtlinge nach Südamerika? Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß die Eingliederung der Flüchtlinge für die einheimische Bevölkerung außerordentliche Belastungen mit sich bringt. Es sind von

allen Seiten Vorschläge zur Behebung der großen Schwierigkeiten gemacht worden. Die Vorschläge aber, die der CSU-Abgeordnete Hagn im Flüchtlingsausschuß machte, übersteigen alles bisher Dagewesene. Er wünscht die Einschaltung der Kurie, um die Ansäsigmachung ganzer Dörfer von Flüchtlingen in auswärtigen Ländern, etwa in Südamerika, zu ermöglichen. Daß ein Abgeordneter einer Partei, die sich bei jeder Gelegenheit auf ihr Christentum beruft, die Kirche zu einer solchen Handlung einschalten will, ist bezeichnend.

Wenn der Abgeordnete Bitom geglaubt hat, in dieser demagogischen Art und Weise Rache dafür nehmen zu können, daß ich ihm das schöne Geschäft mit der Siedlung am Römerweg versalzen habe, so halte ich dies für eine Brunnenvergiftung übelster Art. Schieben Sie nicht alle diese Brunnenvergiftungen der Presse zu! Ich würde gerade Ihnen, meine Herren von der SPD, und diesen Leuten, denen Sie Inspirationen geben, raten, etwas vorsichtiger zu sein. Ich habe den Kampf und die Taktik der SPD schon vor 1933 verfolgt. Bedauerlicherweise muß ich feststellen, daß Sie nichts gelernt, auch nichts dazugelernt und bereits alles wieder vergessen haben.

(Große Unruhe und Zurufe bei der SPD.)

Nehmen Sie Ihr Nachrichtenblatt zur Hand! Ich empfehle Ihnen, lernt um, Ihr Herren, ehe es zu spät ist!

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Op den Orth.

**Op den Orth (SPD):** Ganz kurz zum Thema Brunnenvergiftung! Es tut mir leid, daß ich nach meinem Vorredner in dessen eigener Sache sprechen muß, da wir beiden uns ganz besonders gut verstehen. In den Ausschusseratungen haben wir uns kennengelernt. Ich weiß, daß er ein sehr loyaler Kollege ist. Aber ich bin Mitredakteur dieser Zeitung für Unterfranken. Wir haben fünf Bezirke in Bayern, in denen nach der Genehmigung der Amerikaner diese Blätter erscheinen dürfen. Wir haben es so geregelt, daß die vierte Seite lokalen Charakter trägt. Die ersten drei Seiten werden hier in München redigiert. Ich habe mich nun wirklich bemüht, festzustellen, ob ein Fehler unseres Münchener Mitarbeiters vorliegt. Es steht wörtlich im amtlichen Protokoll des Landtags, was tatsächlich gesprochen worden ist. Dahin, Herr Kollege, müssen Sie also Ihre Angriffe richten, nicht gegen unseren aufrichtigen Mitarbeiter, der auch nach dem Pressegesetz nur seine Pflicht erfüllt und wiedergegeben hat, was gesagt worden ist. Im Protokoll der Sitzung des Flüchtlingsausschusses vom 26. März 1947 heißt es wörtlich:

**Hagn (CSU):** wünscht die Einschaltung der Kurie, um die Ansäsigmachung ganzer Dörfer von Flüchtlingen in auswärtigen Ländern, etwa in Südamerika zu ermöglichen.

(Zuruf: So ist es auch gewesen!)

Ich bitte meine eigenen Parteifreunde, aus dieser Sache nicht eine Kardinalfrage zu machen. Wir müssen versuchen, dieses Missverständnis zu beseitigen.

(Zuruf: Er darf auch nicht Schmuzfink sagen.) Das Wort Schmuzfink ist an diesem Platze auch nicht richtig. Und nun ein Auszug aus dem Wirtschaftsausschuß vom 18. März. Nach dem amtlichen Protokoll heißt es hier wörtlich:

**Hagn (CSU):** wendet sich gegen Elemente, denen anderswo der Boden zu heiß geworden ist und die

## (Op den Orth [SPD])

sich in Bayern ansässig gemacht haben, den Wohnraum verringern und sich auf dem schwarzen Markt einschalten.

(Hagn: Da habe ich nicht die Flüchtlingskreise gemeint. Sie wissen genau, wen ich gemeint habe!)

Es heißt dann weiter:

Er bittet, den Antrag Scheßbeck abzulehnen, ergänzt ihn aber bald darauf durch einen eigenen Antrag mit folgendem Wortlaut:

Alle in Bayern befindlichen Personen, die ihren Wohnsitz außerhalb der bayerischen Grenzen haben und von denen festgelegt ist, daß sie zurückkehren können und es nur an ihrem guten Willen fehlt oder aus sonstigen undurchsichtigen Gründen verweigern, zurückzukehren, sind umgehend in ihre Heimat abzutransportieren.

Die Anzahl der Personen, die darunter fallen, wird von Fachleuten ungefähr auf 300 000 geschätzt.

Nach dem Protokoll heißt es dann weiter:

Ministerpräsident Chard würde es sehr bedauern, wenn der Antrag in der schroffen Form angenommen würde. Es darf nicht übersehen werden, daß dieser Antrag sich ausschließlich gegen Deutsche richtet und die Ausländer nicht erreichen kann, die so lange im Lande behalten werden müssen als vorgeschrieben wird. Anstoß erregt ferner, daß diesen Personenkreisen in Aussicht gestellt wird, sie müßten allenfalls zwangsweise die bayerischen Grenzen verlassen. Wie soll das

— immer noch Dr. Chard —

außerdem erzwungen werden? Dazu müßten alle Besatzungsmächte ihre ausdrückliche Genehmigung und eine entsprechende Hilfestellung geben. Es ist wiederholt zugesichert worden, daß ein gewisser Ausgleich innerhalb der Zonen soweit wie möglich vorgenommen wird. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist aber praktisch immer abgestoppt worden, weil man allzu große Härten vermeiden wollte. Die Zahl der Härtefälle könnte größer sein als die der Regelfälle. Der Ministerpräsident würde die Annahme eines solchen Antrags gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die Moskauer Konferenz alles überschattet, besonders bedauern und für unzuträglich halten, da ein solcher Beschuß den Besatzungsmächten, die uns in unserem berechtigten Bestreben zu unterstützen bereit sind, ihre Tätigkeit erschwert.

Hagn stimmt den Ausführungen des Ministerpräsidenten in vielerlei zu und zieht seinen Antrag zurück. Er behält sich aber vor, für die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschusses eine andere Formulierung einzubringen.

Das sind feststehende Tatsachen und nun bitte ich Sie, sich Ihr Urteil über das SPD-Nachrichtenblatt selbst zu bilden.

Ich komme nunmehr zu den Angriffen auf den der SPD nahestehenden Lizenzträger und Chefredakteur Brey. Auf Grund unseres gemeinsamen Lebenskampfes — wir sind gemeinsam geschlagen und geprügelt worden — habe ich mich für verpflichtet gehalten, hierzu Stellung zu nehmen. Ich habe Brey sofort telefonisch veranlaßt nach München zu kommen und der Partei Rechenschaft zu geben. Wir haben gefragt: Hast Du das wirklich getan? Dann können

wir Dich nicht halten. Wir haben aber festgestellt, daß unsere Zweifel berechtigt waren. Ich bedauere außerordentlich, was hier gesagt wurde, und möchte alle Mitglieder dieses Hauses bitten, in Zukunft von der Erörterung solcher örtlichen Begebenheiten abzusehen. (Zuruf: Wenn man schießt, wird dagegengeschossen!) Ich bedauere das Wort schießen. Ich gehöre selbst einer Redaktion an, die es bis heute nicht notwendig hatte, auch nur eine einzige Berichtigung zu bringen. Wir haben das Lob sämtlicher Kreise einschließlich der Geistlichkeit und der Amerikaner, daß wir es verstehen, in demokratischer Weise alle Bevölkerungskreise bei der Berichterstattung zu berücksichtigen.

(Kraus: Das ist richtig. Das stimmt.)

Ich möchte auch nicht erklären, daß ich es für richtig halte, wenn Redakteure sich zur Veröffentlichung persönlicher Angelegenheiten in der Zeitung bereit erklären. Bei uns wandern solche Dinge meistens in den Papierkorb. Wir fragen stets unser Gewissen, ob wir die Veröffentlichung einer solchen Meldung verantworten dürfen. Wir prüfen stets vor der Veröffentlichung und nicht erst nachher, ob so etwas stimmt. So handelt ein verantwortlicher Redakteur. Chefredakteur Brey gehört nach unseren Feststellungen im Frankenlande zu den Redakteuren, die äußerst gewissenhaft sind und es schon vor 1933 waren.

Ich habe nun festgestellt, daß Herr Landrat Dr. Kroll — er hat selbst den Namen genannt — sein Material vom Öffentlichen Kläger hat. Herr Will selbst ist aber auch gegen den „Fränkischen Tag“, feindlich eingestellt. Daß sich diese beiden — entschuldigen Sie, Herr Kollege! — jetzt verständigt haben, können wir annehmen. Herrn Will warf der „Fränkische Tag“ unter anderem vor, daß er den Meldebogen eines seiner Verwandten, der im Range eines Sturmführers der SA stand, mit dem ganzen Material an sich genommen habe, obwohl dieser Fall nicht zu seiner Spruchkammer gehörte. Diese Akten — so habe Will selber angegeben — seien ihm aus seiner Aktenmappe entwendet worden. Auch anderes Belastungsmaterial wäre bei Will verschwunden. Das hat der „Fränkische Tag“ gesagt und das wäre vielleicht die Aufgabe eines Redakteurs.

Nun hat Dr. Kroll auf Grund dieser Mitteilungen und auf Grund der Tatsache, daß ihm in der Öffentlichkeit etwas von 100 Zentnern Roks vorgeworfen wurde —

(Zurufe von der CSU und groÙe Unruhe.)

— Ich bedauere, daß ich mit diesen persönlichen Dingen kommen muß. Gleichzeitig bin ich aber auch Redakteur und es ist angebracht, daß wir uns die Zeit nehmen, die Verteidigung der Presse zu hören. Wir greifen diese in allen Sitzungen streng an und zwar, wie ich zugeben muß, sehr oft mit Recht. Herr Dr. Kroll muß es sich gefallen lassen, daß wir ihm heute sagen, daß er uns nicht alles geschildert hat, wie es war. Im Mitteilungsblatt der CSU hat Dr. Kroll behauptet, daß er gegen die Behauptung, er habe 100 Zentner Roks für seine Privatwohnung bezogen, Strafantrag gestellt habe.

(Dr. Kroll: Das habe ich nicht behauptet! Ich habe Strafantrag wegen Verleumdung gestellt.)

Sie haben nicht wegen unwahrer Angaben, sondern wegen formaler Beleidigung Strafantrag gestellt. Im Hause ist Staatsanwalt Dr. Dehler anwesend. Ich

## (Op den Orth [SPD])

glaube, er kennt die Sache, es ist eine Bamberger Angelegenheit.

(Dr. Dehler: An sich ist es Pflicht, daß Will kein Material hergibt. Ich kann aber als Generalstaatsanwalt auf Grund meiner Verschwiegenheitspflicht nichts sagen.)

Ich will nur das Bild, das von Redakteur Brey als Lizenzträger und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei hier entstanden ist und das erschreckend war, richtigstellen. Hierzu fühle ich mich verpflichtet und bedauere, daß Dr. Kroll überhaupt den Fall hier vorgebracht hat. Dr. Kroll klagt wegen formaler Bekleidung, nicht wegen unwahrer Angaben, und fühlt sich durch den Ausdruck „Kohlenaffäre“ beleidigt. Chefredakteur Brey hat aber das Wort „Kohlenkandal“ bewußt vermieden. Er hat sich sofort gesagt: ein solcher Ausdruck kommt nicht in Frage, das wäre eine Beleidigung. Er hat ihn daher abgeschwächt, weil er gewissenhaft ist. Sie fühlen sich, Herr Dr. Kroll, beleidigt, weil die Zeitung den Kreisausschuß, der den Roksbezug decken wollte, darauf hingewiesen hat, daß er nichts mit der Roksverteilung zu tun habe, sondern daß er dafür da sei, nachzuprüfen, was im Kreise geschieht. In der Zeitung hieß es, daß der Kreisausschuß derartige Dinge statt zu decken entlarven sollte. Der Ausdruck „Entlarvung“ ist für Dr. Kroll, der hier selbst von „Schmutzfinken“ gesprochen hat, eine Beleidigung. Tatsache ist, daß der Bezug von 100 Zentnern Brennmaterial von der Kohlenhandlung Wendler in Ebensfeld und vom Kreiswirtschaftsamt Staffelstein bestätigt wurde. In der Zwischenzeit hat die Zeitung eine Zuschrift erhalten, nach der Dr. Kroll auch noch von anderen Kohlenhändlern Brennstoff bekommen haben soll. Dem Strafantrag fügt Dr. Kroll eine Aktennotiz seines Leiters des Kreiswirtschaftsamtes bei, nach der Kroll für 80 Zentner von der Lieferung aus Ebensfeld Bezugsberechtigung gehabt hätte, während die weiteren 20 Zentner ohne Bezugsberechtigung an Dr. Kroll geliefert worden seien. Dieser Leiter des Kreiswirtschaftsamtes, Herr Bohla, erklärte in der Redaktion des „Fränkischen Tags“ vor einem Zeugen zum Chefredakteur Brey, daß er als Leiter des Kreiswirtschaftsamts Herrn Dr. Kroll bereits im Dezember erklärt habe, daß die Rokslieferung an ihn nicht gut gehen könnte. Die Sache müsse ein Ende haben; wenn die Presse davon erfähre, gäbe es einen Skandal. Der letzte Bezugsschein über 20 Zentner, so erklärte Herr Bohla vom Wirtschaftsamt — ein GSU-Mann —, sei dem Landrat Dr. Kroll während des Urlaubes von Bohla und gegen seine Auffassung gegeben worden. Dr. Kroll erklärt zu der Sache, daß er Zentralheizung habe und an den Schornstein keinen Ofen anschließen könne. Ein Ofen wird sich bestimmt anschließen lassen. Und Herr Kroll hat dem Strafantrag ein Gutachten beigelegt, nach dem seine Wohnung wie eine Gasanstalt aussehen würde, wenn er auf Einzelheizung übergehen würde.

Wir kommen aus bombardierten Gegenden. Hunderttausende unserer Volksgenossen haben Ofenrohre aus den Fenstern herausgestreckt, da darf man als Abgeordneter nicht sagen, daß die eigene Wohnung dafür zu schade sei. Ich verstehe, wenn sich da der Chefredakteur des „Fränkischen Tag“ zum Sprecher der Bevölkerung macht, die über Ihr Verhalten, Herr Dr. Kroll, so beunruhigt war. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Lichtenfels-Staffelstein hat sich auch

um diese Sache gekümmert und an Sie einen Offenen Brief geschrieben. Ich lese ihn nicht vor, bitte, beantworten Sie ihn an einer anderen Stelle!

(Dr. Kroll: Ich wollte ihn im „Fränkischen Tag“ beantworten, der nimmt aber derartige Entgegnungen nicht auf und verstümmelt sie.)

Ich glaube, daß Herr Chefredakteur Brey eine Erwiderung, wenn sie sachlich gehalten ist — man darf darin nicht von „Schmutzfink“ sprechen —, aufnimmt.

Das Wichtigste ist etwas anderes. Der katholische Pfarrer Barthels aus Mürsbach über Bamberg schreibt am 11. April 1947 eine Offene Anfrage an den Landrat von Staffelstein. Sie lautet:

Es ist Ihnen bekannt, Herr Landrat, daß in einer Ihrer Kreisgemeinden im Jahre 1946 trotz rechtzeitigen Einspruchs ein politisch belasteter Bürgermeisterkandidat aufgestellt und das erste Mal mit knapper Mehrheit, ein zweites Mal mit weniger als der Hälfte der abgegebenen Stimmen gewählt worden ist. Trotzdem er beide Male die Genehmigung der Militärregierung nicht erhielt, amtiert er heute noch als Bürgermeister. Er hat als solcher auch standesamtliche Funktionen ausgeübt, die jedenfalls rechtsungültig sein dürften.

Ich lese die Anfrage nicht weiter vor, weil sie zu lang ist. Ich teile Ihnen nur mit, daß in der Gemeinde eine allgemeine Unruhe darüber herrscht und daß es Aufgabe des Landrats wäre, diese Dinge in Zukunft in seinem eigenen Kreis abzustellen.

Das Schlimmste, was man unserem Chefredakteur Brey vorgeworfen hat, ist, daß er Nazi-Porzellan verhandelt haben soll. Dazu kann ich mitteilen, daß Herr Brey im Jahre 1933 von den Nationalsozialisten als Redakteur seines Amtes enthoben wurde und daß ihn dann eine Bamberger Firma, bei der er bereits von 1924 bis 1929 tätig war, als Angestellter aufgenommen hat. Diese Bamberger Firma, ein Verlag, zählte zu ihren Hauptkunden einen Herrn Warnecke aus Hamburg. Dieser Herr hat nach dem Bombardement auf Hamburg im Jahre 1941 Bamberg aufgesucht und hat den damaligen Chef des Herrn Brey gebeten, ihm Lagerräume für wertvolles Porzellan zu verschaffen. Herr Brey hat als Angestellter mitgeholfen, Bunker hiesfür in einem Felsenkeller aufzutreiben. Das Porzellan wurde dann in drei Lagern untergebracht, von denen zwei ausgebombt wurden und nur eines übrig geblieben ist, ein sehr großes Lager. Das Porzellan in diesem Lager wurde dann im Auftrag des Besitzers — denn Privateigentum war damals so heilig wie es heute ist — in Kisten an Expeditionen übergeben und verschickt. Herr Brey hatte mit dieser Sache nur als Angestellter des Bambergers Verlags zu tun. Als die Amerikaner einrückten, haben sie 50 Service für die Siegesfeier verlangt und aus diesem Lager bekommen. Dafür haben sie bezahlt und das Geld ist auf eine Bamberger Bank geslossen. Es wurde im Jahre 1945 noch vom Besitzer Warnecke abgehoben. Der Rest des gesamten Porzellans wurde schließlich auf Grund eines Befehls der britischen Militärregierung nach Hamburg geschafft. Das ist die Porzellangeschichte. Warnecke selbst soll nun SD-Mann gewesen sein. Herr Brey hat davon nichts gewußt. (Unruhe.)

Sie müssen sich schon gedulden, wenn es gilt, die Ehre eines Menschen wieder herzustellen. Herr Brey hat nie gewußt und hat auch heute keine Beweise dafür, daß

## (Op den Orth [SPD])

der Geschäftsmann Warnecke SD-Mann gewesen ist, daß er ein Spitzel für die Gestapo war. Er hat lediglich einmal von einem Bekannten gehört, der ihm sagte, „Bren, sieh Dich vor, der Kunde Warnecke soll ein Spitzel sein“. Herr Brey hat pflichtgemäß als Sozialdemokrat allen Bekannten Bescheid gesagt und sie vor Warnecke gewarnt. Nun frage ich Sie, war es richtig, daß Herr Dr. Kroll den Herrn Chefredakteur Bren, der eine saubere politische Weste hat, in dieser Weise verdächtigt?

(Zuruf: Was ist mit dem Brief?)

Darauf wollte ich eben zu sprechen kommen. Wir alle haben den Eindruck gehabt, daß es sich hier um einen Privatbrief des Herrn Brey gehandelt habe. Zu unserm Erstaunen müssen wir feststellen, daß Herr Brey zu der Zeit in diesem Geschäft bis zu 60 Briefe hinausgeben mußte. Wir alle wissen auch, daß es eine Floskel gegeben hat und in vielen Geschäften dem Kunden gesagt worden ist, bitte, gedulden Sie sich noch ein wenig, nach dem Sieg ist alles wieder da. Das haben Tausende bayerischer Geschäftsleute — die Herren nicken mit dem Kopf — gesagt. Diese Floskel ist auch in Briefen an hohe Nationalsozialisten angewendet worden.

(Widerspruch und Unruhe.)

Werte Anwesende, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie im Unrecht sind. Ich erinnere Sie daran, daß wir hier über den Bericht des Wahlprüfungs-ausschusses und die Zulassung von Abgeordneten zu entscheiden haben. Es hat sich herausgestellt, daß Abgeordnete ganze Bücher nationalsozialistischen Inhalts geschrieben haben, und Sie haben trotzdem dagegen gestimmt. Das kommt später, wir erinnern Sie aber jetzt daran, weil Sie hier einem sozialistischen Redakteur vorwerfen, daß er einen Brief geschrieben habe: „Wertiger Kunde, nach dem Sieg usw.“ Obwohl der angebliche Briefschreiber sich heute nicht darauf befinnen kann, ob er überhaupt einen solchen Brief geschrieben hat, sagt er ehrlich, es ist durchaus möglich, denn solche Briefe sind im Tag 50 bis 60 hinausgegangen. Als Privatmann aber, sagt er, hat er keine Ursache gehabt, jemals einen solchen Brief zu schreiben. Er weiß vielmehr nach, daß er die Beziehungen zu Sozialdemokraten, die zum Nationalsozialismus übergetreten sind, abgebrochen hat, weil sie unter Privatbriefen den Gruß „Heil Hitler!“ geschrieben haben. So fanatisch und konsequent war der Sozialdemokrat Brey. Ich glaube, hiemit bewiesen zu haben, daß es in Zukunft besser ist, die Abgeordneten erledigen diese Streitigkeiten in ihrem Kreis.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Kroll hat sich hierzu zum Wort gemeldet. Wenn das Haus einverstanden ist, nehme ich diese Wortmeldung voraus. Ich bitte, sich kurz zu fassen.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Kroll.

Dr. Kroll (CSU): Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz in eigener Sache und in der Angelegenheit Brey.

Das hört sich wunderbar an: „hundert Zentner Roks“! Der Sachverhalt ist folgender. Als ich nach Staffelstein kam, wurde mir eine speziell gebaute Wohnung zur Verfügung gestellt, die einen speziellen Herd hat, der auch im Sommer nur mit Roks befeuert werden kann, weil er zugleich der Küchenherd ist. Im Winter bin ich vor den Kreisausschuß getreten

und habe gesagt: Bitte, gebt mir, nachdem der frühere nationalsozialistische Landrat aus der Dienstwohnung heraus ist, meine Dienstwohnung und ich stelle dafür meine jetzige Wohnung einem Amerikaner zur Verfügung, der seine Frau herüberholen will. Mit Zustimmung der SPD-Kreisausschusmitglieder wurde ich daran gehindert, in diese Dienstwohnung zu ziehen. Das hat man verschwiegen. Ich wollte ausziehen und wurde daran gehindert. Ich habe darauf zu einer Maßnahme gegriffen, die vielleicht einmalig ist. Ich habe meinen Roks einer Krankenanstalt zur Verfügung gestellt, die aber darauf verzichtet hat, weil sie ihn nicht benötigt hat. Ich konnte also auf diese Weise nicht aus der Wohnung heraus. Die Darstellungen des Herrn Brey mit den Schlagzeilen auf der ersten Seite sind so, daß man sagen muß, er trägt persönliche Fehden in seiner Zeitung aus, denn eine Angelegenheit, die man ununterbrochen bringt, muß auch entsprechend behandelt werden.

(Zuruf: Sie sind kein Flüchtling!)

Ich bin mit dem Handwagen aus Berlin geflohen, auf dem ich das bisschen Habe, das ich hatte, gefahren habe. Das ist wohl auch ein Flüchtlingsdasein.

(Zuruf: Die andere Sache!)

Der Pfarrer Barthels von Mürsbach hat gegen eine Bürgermeisterwahl protestiert, die im Januar 1946 stattgefunden hat; und ich bin erst im August 1946 als Landrat nach Staffelstein gekommen.

(Zuruf: Die Buttergeschichte! — Unruhe. — Glocke.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Eines möchte ich konstatieren: Zur Hebung des Ungehens der Demokratie dienen diese Dinge nicht.

Stellv. Ministerpräsident Dr. Hoegner: Ich beantrage, daß solche Privatangelegenheiten künftig vor dem Altestenrat des Landtags ausgetragen werden.

Dr. Kroll (CSU): Ich stelle fest, die Formulierung „Hoffentlich ist der Tag nicht mehr ferne, an dem Sie nach dem Endesieg und nach der Vergeltung Ihre Büros in Berlin wieder aufmachen können“ entspricht nicht dem gewöhnlichen Geschäftsstil. Derjenige, der den Brief bekommen hat, hat dagegen protestiert. Ich habe die Akten hier, daß Herr Brey gewußt hat, daß es sich um Vorzetteln von Goebbels oder Göring gehandelt hat. Ich werde die Akten an die Stelle bringen, wo sie hingehören. Die Verteidigung des Herrn Brey ist lendenlahm und berücksichtigt nicht das Material, das vorhanden ist. Dann gebe ich der Presse einen guten Rat, den soeben Herr stellv. Ministerpräsident Dr. Hoegner gegeben hat: warum geht man nicht zu den Stellen, die für solche Beschwerden zuständig sind? Es sind über diese Dinge auch Erhebungen beim Regierungspräsidenten gepflogen und es ist alles geklärt worden. Herr Brey hat aber weiter Muße gehabt, darüber zu schreiben, und verteidigt sich nun in lendenlahmer Weise. Er weiß nicht mehr, daß er seinen Verleger, den er jetzt zum Nationalsozialisten stempeln will, was eine große Unverfrorenheit ist, persönlich aufgefordert hat, Artikel gegen Juden zu schreiben. Die Aktenunterlagen sind hier, Sie können sie einsehen. Glauben Sie nicht, daß wir uns ins Bockshorn jagen lassen! Wenn von einer Seite mit solchen Methoden geschossen wird, sind wir leider gezwungen, zurückzuschließen.

Präsident: Die Anregung des Herrn stellvertretenen Ministerpräsidenten Dr. Hoegner, daß solche Sachen, die rein persönlicher Natur sind, künftig vorher

(Präsident)

mindestens im Altestenrat geklärt werden, halte ich für wertvoll. (Zurufe.)

— Herr Dr. Linnert, ich habe Sie immer für einen Demokraten gehalten, dazu gehört auch, im Hause alles zu vermeiden, wofür die große Masse unseres Volkes kein Interesse hat. Glauben Sie mir, wenn ich das ausspreche!

Stellv. Ministerpräsident Dr. Hoegner: Ich erhebe meine Anregung zum Antrag.

Präsident: Ich lasse über diesen Antrag sogleich abstimmen. Der Antrag ist zur Genüge bekannt. Wer diesem Antrag zustimmt, wolle sich von seinem Platz erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schefbeck.

Schefbeck (CSU): Ich möchte wirklich eine persönliche Erklärung abgeben, wie sie geschäftsordnungsmäßig zulässig ist. Was wir jetzt erlebt haben, war geschäftsordnungsmäßig unzulässig. Ich möchte nur den Vorwurf des Herrn Abgeordneten Drehsel zurückweisen, daß ich den Brief des Staatskommissars für das Konsumgenossenschaftswesen an die Landtagsfraktion der CSU entstellt wiedergegeben hätte. Ich stelle hiezu fest, daß der Brief von mir fast wörtlich zitiert worden ist. Wenn Herr Abgeordneter Drehsel sagt, der Brief wäre in vornehmen Ton gehalten, bin ich der Ansicht, daß er hierbei Vornehmheit mit Beleidigung verwechselt. Für mich jedenfalls ist es eine Beleidigung, wenn man mir vorwirft, daß ich mich mit Nazienterdrückern solidarisch erkläre, und daß man mir bei einer Stellungnahme zu einem wirtschaftlichen Problem politische Gehässigkeit unterschiebt. Wenn Streit darüber besteht, ob dieser Brief beleidigend ist oder nicht, dann gibt es eine Stelle, das festzustellen, nämlich die Einreichung einer Privatklage wegen Beleidigung beim zuständigen Gericht. Im übrigen möchte ich folgendes sagen: Wo kämen wir denn hin, wenn der politische Gegner, der eine andere wirtschaftspolitische Meinung hat, sich wegen seiner Stellungnahme beleidigen lassen muß? Für eine solche Demokratie und für einen solchen Parlamentarismus habe ich kein Verständnis! Dies entspricht auch nicht den parlamentarischen Traditionen der früheren großen Sozialdemokratischen Partei.

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Staatsminister Loritz.

Staatsminister Loritz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur eine ganz kurze persönliche Erklärung abgeben, nachdem leider, obwohl diese Erklärung schon seit ein paar Tagen der Öffentlichkeit bekannt ist, davon in verschiedenen Zeitungen usw. noch keine Kenntnis genommen wurde. In verschiedenen Presseartikeln in der letzten Zeit stand, es sei an mich vom Chef der eidgenössischen Bundespolizei ein Brief gerichtet worden, in dem etwas von einer angeblichen Übernahme der deutschen Gesandtschaft in Bern durch den Herrn stellvertretenden Ministerpräsident Dr. Hoegner und den Chef der Landespolizei von Godin stand. Ich möchte hiezu in aller Öffentlichkeit, weil mir sonst kein anderer Weg mehr offen steht, erklären, daß diese Nachricht von Anfang bis Ende erfunden und erlogen ist und daß ich niemals irgend einen solchen Brief des Chefs der eidgenössischen Bundespolizei bekommen habe.

Präsident: Nun sind die persönlichen Bemerkungen abgeschlossen.

Wir kommen zur Fortsetzung der morgigen Sitzung. Ich schlage dem hohen Haus vor, sie morgen vormittags um 9.30 Uhr am gleichen Ort abzuhalten, damit den Fraktionen vorher noch Gelegenheit gegeben ist, zu einer Frage, die ich gerne auf die Tagesordnung setzen möchte, nämlich das Aufwandsentschädigungsgebot, Stellung zu nehmen. Gleichzeitig teile ich bei dieser Gelegenheit mit, daß die CSU-Fraktion morgen für 8 Uhr durch Herrn Dr. Hundhammer eine Fraktionsitzung anberaumt hat. Als Tagesordnung für morgen würde ich in Aussicht nehmen:

1. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Aufgaben wirtschaftlicher Art zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Durchführung des Art. 160 der Bayerischen Verfassung.

Hierzu Zusatzantrag der Abg. Stiller und Genossen vom 22.4.47.

2. Interpellation der Abgeordneten Dr. Rindt und Genossen über angebliche Äußerungen des Herrn Staatsministers Loritz in der „Täglichen Rundschau“ in Berlin über die Entnazifizierung in Bayern.

In Verbindung damit: den mündlichen Bericht des Altestenrates, der den Bericht des Präsidiums über den Besuch des Lagers Moosburg zur Kenntnis genommen hat. Darüber soll berichtet werden. Außerdem liegt hierzu der Antrag sämtlicher Parteien des Hauses aus dem Altestenrat zur Frage der Entnazifizierung vor, der zur Erledigung gebracht werden soll.

Dann folgt der Rest der Tagesordnung, wie er gestern und heute bekanntgegeben worden ist. Wenn es möglich ist, soll auch noch das Gesetz über die Aufwandsentschädigung zur Verabschiedung gebracht werden. Ich will es versuchen, denn das Landtagsamt muß in diesen Fragen Klarheit haben. Weiter bittet der Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses — das ist auch sehr wichtig — auf die Tagesordnung noch den ersten Teilbericht über die bisherige Arbeit des Wahlprüfungsausschusses zu nehmen, ferner die Kritik des Wahlprüfungsausschusses an der mangelhaften Unterstützung durch einige Spruchkammern. Es ist das eine wichtige Angelegenheit, die auch einmal erledigt werden müßte.

Das Haus ist damit einverstanden, daß wir diese Punkte auf die Tagesordnung nehmen und wir morgen so disponieren, wie ich Ihnen jetzt aufgezeigt habe. Ich bitte Sie, sich darauf einzustellen, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß der Landtag mit dieser Tagesordnung morgen vormittag zu Rande kommt; es muß mit einer Nachmittagsitzung gerechnet werden, nachdem dieses Pensum aufgearbeitet werden sollte, vielleicht mit einer sich anschließenden Nachtsitzung nach einer kurzen Abendunterbrechung, wie mir vorgeschlagen worden ist, oder einer weiteren Sitzung am Samstag vormittag.

(Dr. Hundhammer: Oder nächste Woche!)

Darüber muß man sich unterhalten. Jedenfalls steht fest, es ist nicht damit zu rechnen, daß die Herren Abgeordneten morgen vor spät abends aus diesem Hause herauskommen. Darauf bitte ich sich gleich einzustellen. Vielleicht kann man sich darüber verständigen, daß die einzelnen Redner nicht so viel Zeit beanspruchen, wie es heute vielfach geschehen ist. Das Haus ist mit meinen Ausführungen einverstanden, ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 55 Minuten.)

